Donnerstag, 21. Februar 1985 - D ★★★

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 44 - 8.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr. Dänemark 8,00 dkr. Frankreich 6,50 F. Griechenland 100 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1300 L. Jugoslawien 200,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl. Norwegen 7,50 nkr. Österreich 12 öS. Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr. Schweiz 1,80 sfr. Spanien 125 Pts. Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Späth weist zurück: Baden-Württembergs Ministerpräsident widersprach Berichten, in denen behauptet worden war, die CDU habe seit Jahren Freie Wählervereinigungen finanziell unterstützt. Nur zum Informationsaustausch sei 1972 eine gemeinsame Arbeitsgruppe gegründet worden. (S. 4)

Fluchthilfe: Ein Ostberliner Gericht verurteilte den Bürgermeister der Stadt Arolsen (Hessen), Ernst-Hubert von Michaelis, wegen Beiteiligung an einem 1977 gescheiterten Fluchthilfeunternehmen zu sechs Jahren Haft. Der CDU-Politiker war Mitte Dezember am „DDR"-Kontrollpunkt Marienborn festgenommen worden.

Demonstrations-Verbot: Der Landkreis Lüchow-Dannenberg untersagte die für das Wochenende geplanten „Aktionstage gegen Atommülltransporte und Kriminalisierung" im Wendland. Mit einem unfriedlichen Verlauf und schwerwiegenden Ordnungswidrigkeiten sei zu rechnen.

Staatssicherheitsdienst: Ein Mitarbeiter des Ostberliner Staatssicherheitsdienstes ist in die Bundesrepublik übergelaufen. Seine Aussagen führten zu zwei Verhaftungen von „DDR"-Agenten.

Streikaufruf: Der Untergrundsender der Gewerkschaft „Solidarität" verbreitete in Warschau den Aufruf von Arbeiterführer Walesa und der Untergrundführung der Gewerkschaft zu einer 15minütigen Arbeitsniederlegung am 28. Februar. (S. 9)

Direkt-Wahl: In Frankreich sollen die Abgeordneten der 21 Regionalparlamente 1986 erstmals direkt nach dem Verhältniswahlrecht gewählt werden, kündigte der Premierminister an. Ein weiterer Punkt des 1982 verabschiedeten Gesetzes zur Dezentralisierung werde damit erfüllt. (S. 6)

Stockholm-Konferenz: Alle Teilnehmerstaaten der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sollen das Recht haben, vertrauensbildende Maßnahmen im militärischen Bereich auf fremdem Staatsgebiet zweimal im Jahr zu prüfen, beantragte die Türkei. Einem Inspektionsteam sei die Einreise innerhalb von 36 Stunden zu erlauben.

Sondersynode: Die vom Papst für November einberufene Sondersynode soll eine „Bilanz" der Erfahrungen mit den Ergebnissen des Zweiten Vatikanischen Konzils ziehen, hieß es im Vatikan.

WELT-Forum Verteidigung im All

Soll Bonn sich an den Forschungen der USA für einen Schutz im Weltraum gegen die Atom-Angriffsraketen der Sowjets beteiligen? Zwei Politiker sagen ihre Meinung: Jürgen Todenhöfer für die CDU, Alfons Pawelczyk für die SPD. S. 9

WIRTSCHAFT

Abfall: Bundesregierung und Bundesrat sind sich einig, daß die Abfallvermeidung und -verwertung Vorrang vor der Abfallbeseitigung haben soll. Mehrwegverpackungen müßten daher aus Gründen des Umweltschutzes erhalten bleiben, meinte Innenminister Zimmermann. (S. 11)

Verflechtung: Als Gegenleistung für finanzielle Hilfen an die in Schwierigkeiten geratene Rickmers-Werft in Bremerhaven forderte Bremen die Gesellschafter auf, eine Verflechtung mit der Seebeck-Werft AG in Bremerhaven einzugehen. Zu einem Symbolbetrag von 1 DM soll Seebeck die Werft kaufen. (S. 13)

Börse: Hohe Umsätze verzeichnete die Börse. Der Rentenmarkt gab leicht nach. WELT-Aktienindex 172,2 (171,4). BHF-Rentenindex 101,119 (101,170). Performance-Index 99,280 (99,301). Dollarmittelkurs 3,3232 (3,3162) Mark. Goldpreis pro Feinunze 302,90 (302,60) Dollar.

ZITAT DES TAGES



» Die DDR gehört zum deutschen Vaterland, aber das Regime muß so tun, als sei es nicht so. Es propagiert Geschichte, und es leugnet Geschichte. Das wird nicht funktionieren «

Bundeskanzler Helmut Kohl in einem Interview mit der „Bunten Illustrierte" (S. 10) FOTO: POLY-PRESS

KULTUR

Ursprung: Mit den Aufführungen der ältesten italienischen und deutschen Oper – „Euridice" und „Geistlichen Waldgedicht oder Seelewig" – hat sich Saarbrücken der Ursprünge des musikalischen Dramas erinnert. (S. 21)

„Berlinale": Ernüchterung macht sich bei den Anhängern der Zelluloid-Streifen breit. Während England und die USA Beiträge von Niveau lieferten, enttäuschte das Werk aus der Bundesrepublik aufgrund seiner Klischees. (S. 21)

SPORT

Schach: Weltmeister Anatoli Karpow fordert in einem Brief an den Präsidenten des Weltverbandes, den am vergangenen Freitag abgebrochenen Titelkampf gegen Garri Kasparow möglichst bald fortzusetzen. (S. 19)

Motorsport: Der Große Preis von Monaco, Weltmeisterschaftslauf der Formel 1, findet wahrscheinlich statt. Der Weltverband und der Verband von Monaco schlossen bei ihrem Streit um s Geld einen „Friedensvertrag". (S. 19)

AUS ALLER WELT

„Reise-Magnet": Mit einem Anstieg der Touristenzahlen um 116 000 auf mehr als 1,5 Millionen Besucher verzeichnete Berlin 1984 im Vergleich zum Vorjahr ein Rekordergebnis. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 5,4 Prozent auf rund vier Millionen. Als Reise-Magnet entpuppte sich die Stadt vor allem für Ausländer, deren Zahl um 9,2 Prozent auf mehr als 290 000 stieg.

Mafia: Nach einem umfassenden Geständnis eines inhaftierten Mafioso wurden in Mailand 177 Haftbefehle erlassen. (S. 22)

Wetter: Heiter, im Norden leichter Schneefall. -5 bis 2 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Vogel: Bündnistreue der SPD nicht nur deklamatorisch

Einheitliche europäische Haltung gegenüber SDI-Programm gefordert

PETER PHILIPPS, Bonn

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel hat im Gespräch mit der WELT die „Zugehörigkeit der Bundesrepublik Deutschland zum westlichen Bündnis" unterstrichen. Er betonte nach der Rückkehr von einer zweitägigen Reise zu den Leitungsgremien von NATO und EG in Brüssel, daß „Sicherheit nicht außerhalb der Bündnisse, sondern nur in ihnen zu finden" sei. Er sehe keinen „Zeitpunkt, zu dem die westlichen Staaten Europas ihre Sicherheit ohne den nuklearen Schild der USA erreichen könnten". Dies habe er auch in seinen Brüsseler Gesprächen unterstrichen und auf den „entsprechenden Beschluß unseres Essener Parteitages" verwiesen. Bei der NATO habe er „nicht den Eindruck gehabt", daß die Bündnistreue der SPD in Frage gestellt werde, hingegen „in einer ganzen Reihe von Punkten die Bereitschaft nicht nur zum Zuhören gefunden, sondern auch die Bereitschaft auf unsere Argumente einzugehen", etwa was die Überlegungen zu Änderungen der NATO-Strategie angehe. „Man hat zur Kenntnis genommen, vielleicht stärker als das beim Lesen von Papieren der Fall ist, daß der Beschluß zum Bündnis auch auf dem wohlverstandenen Eigeninteresse der Bundesrepublik beruht und nicht nur deklamatorischen Charakter hat", sagte Vogel zur WELT.

Nach seinen Worten sei in Brüssel „die Bereitschaft, einzelne Aspekte unserer Argumente zu akzeptieren, sehr viel größer als in Bonn". Dies gelte beispielsweise „für die Frage eines 100 bis 150 Kilometer breiten atomwaffenfreien Streifens beiderseits der Bündnisgrenze, die Frage der Reduzierung der taktischen Atomwaffen, einer chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa und der Überlegung, ob wir nicht in der Gefahr sind, uns zu sehr im Bündnis auf den militärischen Aspekt zu konzentrieren und dabei andere politische Faktoren zu übersehen wie die volkswirtschaftliche Situation des Warschauer Paktes und die Akzeptanz der Ordnung, in der die Menschen leben". Es habe „offene Ohren gegeben für den wichtigen Aspekt der Anhebung der nuklearen Schwelle", eine „kontroverse Diskussion" über den von der SPD geprägten Begriff der „strukturellen Nichtangriffsfähigkeit" und „keinen Streit darüber, daß neue Technologien die Möglichkeit schaffen, zu einer Ausstattung zu kommen, die den defensiven Charakter noch weiterentwikckelt". Über die Rogers-Vorschläge unter dem Stichwort FOFA, die eine Bekämpfung des Gegners hinter den Linien vorsehen, sei „im NATO-Bereich die Diskussion noch nicht zu Ende"; insbesondere gelte dies für die Haltung der westdeutschen Repräsentanten, „die die Vorneverteidigung nicht geschwächt sehen wollen zugunsten anderer Aktivitäten.

SEITE 2: Zwiegeteilt

Für ihn sei jedenfalls, dies habe er auch in seinen Gesprächen mit den NATO-Botschaftern, Generalsekretär Lord Carrington und dem Oberkommandierenden General Rogers deutlich gemacht, der „orientierende Begriff die Kriegsverhütungsfähigkeit" entscheidend. Man verstehe durch

● Fortsetzung Seite 10

Strauß bremst Kritik an der FDP

Zum Aschermittwoch klare Absage des CSU-Chefs an Große Koalition in Bonn

GÜNTHER BADING, Passau

Zur heutigen Koalition der Unionsparteien mit den Freien Demokraten gibt es nach Ansicht von Franz Josef Strauß weder zur Zeit noch nach den Bundestagswahlen 1987 eine realistische Alternative. Zwar sei nicht auszuschließen, daß CDU und CSU zusammen die absolute Mehrheit der Mandate erringen könnten, die „wahrscheinliche und sichere Möglichkeit" allerdings sei die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der FDP, sagte der CSU-Vorsitzende beim traditionellen politischen Aschermittwoch seiner Partei vor rund 8000 Zuhörern in der Passauer Nibelungenhalle. Der in der Vergangenheit von Freidemokraten manchmal als Drohpotential empfundenen Alternative einer Großen Koalition der Union mit den Sozialdemokraten erteilte Strauß eine klare Absage. Die durch ihre Annäherung an die grünen „Öko-Kommunisten" in der eigenen Wertordnung beschädigte SPD müsse erst einmal wieder die eigene Koalitionsfähigkeit herstellen, bevor man über so etwas nachdenken könne.

Für einen wahren Demokraten sei es bedauerlich, daß es zur heutigen Machtkonstellation keine Alternative gebe, sagte Strauß. Doch genügten die Umkehrversuche des SPD-Vorsitzenden Willy Brandt nicht, der nur verbal jetzt „gemeinsame Lösungen" von Fragen nationalen Interesses zusammen mit der Union propagiere.

SEITE 2: Frieden mit der FDP
SEITE 3: Belebender Wind

Der Irrweg der Sozialdemokraten, sichtbar am Beispiel Hessens und an den gegen den Bestand unserer Wertordnung gerichteten Äußerungen des saarländischen SPD-Vorsitzenden Lafontaine und seines designierten Umweltministers Jo Leinen – eines ehemaligen DKP-Mitgliedes, das unseren Staat „unregierbar" machen wolle –, müsse durch Rückkehr zum demokratischen Grundkonsens beendet werden. Sonst bleibe die SPD „auf lange Zeit regierungsunfähig".

Strauß bemühte sich deutlich, seine Kritik an der FDP zu bremsen. „Ich bin kein Feind dieser Partei", versicherte er seinen Zuhörern, die teilweise mit Transparenten aufmarschiert waren, auf denen ein Abschied der FDP aus der Bundespolitik gefordert wurde. Aber er könne „einfach nicht verstehen", warum die Freien Demokraten bei entscheidenden Fragen wie dem Jugendschutz oder der inneren Sicherheit, etwa dem Vermummungsverbot, Front gegen CDU/CSU machten.

Unter dem Motto „40 Jahre Frieden in Freiheit" zog Strauß auch eine Bilanz der politischen Lebensarbeit seiner Generation, die nach dem Krieg unser Land aus den Ruinen wieder aufgebaut habe. Nie sei eine Generation so „gebeutelt" worden wie diese. Aber niemals in der deutschen Geschichte habe eine junge Generation „so gute Chancen gehabt wie heute".

IRA-Millionen in Dublin konfisziert

gat./DW. Dublin

In einer Blitzaktion hat sich die irische Regierung die gesetzliche Möglichkeit geschaffen, bei mehreren Banken in Dublin hohe Geldsummen zu beschlagnahmen, die der nordirischen Terrororganisation IRA gehören. Es soll sich um rund 35 Millionen Mark handeln, die wahrscheinlich durch Entführungen, Raub und Mord aufgebracht wurden. Das irische Parlament verabschiedete auf einer Sondersitzung einen Zusatz zum Terroristengesetz.

Diese Klausel gibt dem Justizminister das Recht, Banken und andere Geldinstitute zu zwingen, Kontenbestände, die nach seiner Auffassung einer illegalen Organisation gehören, dem Obersten Gericht zu überstellen. Die Regierung in Dublin hat mit ihrem energischen Eingreifen erneut gezeigt, daß sie IRA-Aktivitäten in Irland nicht duldet.

Gegen Überalterung der Offiziere

kie, Bonn

Das Bundeskabinett hat gestern den Gesetzentwurf zur Lösung des sogenannten „Verwendungsstaus" bei den Streitkräften verabschiedet. Das Gesetz umschreibt die Möglichkeit, bis zum Jahre 1991 1500 Offiziere im Alter zwischen 45 und 52 Jahren frühzeitig in den Ruhestand zu schikken, damit eine Überalterung der Truppenführung in der Bundeswehr vermieden wird. Die Regierung teilt nicht die Auffassung der Länder, daß das neue Gesetz laut Artikel 74 a Absatz 3 des Grundgesetzes der Zustimmung durch den Bundesrat bedürfe. Sie stützt sich dabei auf die Rechtssprechung des Bundesverfassungsgerichts, wonach die Regelung der Dienstverhältnisse in den Streitkräften als untrennbarer Bestandteil der bundeshoheitlichen Wehrverfassung anzusehen ist.

Seite 2: In Pension, marsch, marsch!

Peres will mit Hussein reden

DW. Rom

Der israelische Ministerpräsident Shimon Peres hat sich gestern erstmals dazu bereit erklärt, in Amman direkte Verhandlungen über die Lösung des Nahostproblems zu führen.

Aus seiner Sicht wären unmittelbare israelisch-jordanische Kontakte der erfolgversprechendste Weg zu einer Regelung, sagte Peres auf einer Pressekonferenz zum Abschluß seines dreitägigen Aufenthalts in Rom.

„Ich bin bereit, nach Amman zu fahren. Und ich bin sicher, die Israelis wüßten gern, ob König Hussein bereit ist, nach Jerusalem zu kommen und uns seine Vorstellungen darzulegen", sagte der israelische Ministerpräsident. Peres erklärte erneut, er erwarte sich von einem amerikanisch-sowjetischen Meinungsaustausch über Nahost wenig Erfolg.

Seite 9: Für direkte Gespräche

Junge Generation sucht Stil und Schick

SIEGFRIED HELM, London

Teenager und Twens entwickeln neues Modebewußtsein. Die Gleichmacherei von gestern, in der sich die Jeans-Generation gefiel, weicht rapide einem Verlangen nach Stil, Farbe, Form und Schick. Der uniformierte Look ist immer weniger gefragt. Das neue Zauberwort heißt Individualismus.

Sichtbarstes Indiz für diesen Trend ist die rückläufige Entwicklung der Jeans-Mode. Branchenführer Levi Strauss mußte zuerst auf dem heimischen Markt den Jeans-Gürtel enger schnallen. Im vergangenen Jahr schloß Levi Strauss 20 Produktionsstätten, entließ 5000 Arbeitnehmer. Der Nettogewinn fiel von 194,5 Millionen Dollar auf 41,4 Millionen. Allein im letzten Quartal 84 ging der Umsatz um 14,7 Prozent zurück.

Die USA waren bei dieser Abkehr vom Einheitslook Trendsetter. Marketing Director Miles Templeman gab zu, daß diese Entwicklung inzwischen auch Europa erfaßt hat. Levi Strauss kündigte jetzt die Entlassung von 670 Arbeitnehmern seiner britischen Gesamtbelegschaft von 1700 Mitarbeitern sowie die Schließung von zwei seiner vier schottischen Fabriken und die Verlegung der Londoner Zentrale in die Provinzstadt Northhampton an. Man nennt das Konsolidierung. Gesundschrumpfung steht auch in Frankreich und Belgien vor der Tür. David Buck, Textilexperte des Börsenmaklers De Zoete and Bevan, spricht von Einbußen auf dem Jeans-Markt von sieben Prozent jährlich im Zeitraum von 1980 bis 83.

Modeschöpfer haben die Zeichen der Zeit schnell erkannt. Stiegen junge Leute früher in die Kluft, so kleidet man sich heute wieder. Vorbei ist es mit der Freude an gezielter Verwischung des Unterschieds noch der Geschlechter im „Unisex", als maskulin und feminin oft nur noch an Hüften und Haaren zu erkennen waren, oder gar nur noch am Adamsapfel. Die Unterschiede werden heute wieder betont. Man sieht wieder Bein, oft mit phantasievollen Spitzenmustern bestrumpft.

Wo einst gepflegte Ungepflegtheit herrschte, wird heute dem freien Spiel der Phantasie mehr Raum gegeben. Gefragt ist gepflegte Freizeitkleidung, Designer-Sportkleidung. Beliebt sind Oberteile von Ellesse, Hemden von Lacoste, Produkte aus den Modeboutiquen von Benetton mit ihrer Betonung von „casual wear". Jogging-Anzüge wetteifern in raffiniertem Schick, Sportkleidung in allen Variationen erfreut sich bei den unter 25jährigen größter Beliebtheit. Davon profitierte ein Hersteller von Sportkleidung wie Adidas, der neben seinen bewährten Tennis- und Fußballschuhen in großem Stil Freizeitkleidung anbietet.

Je nach Geldbeutel ist auch Lederkleidung „in". Aber nicht mehr im Rocker-Schnitt wie einst mit prallen Formen, sondern ganz dezent. Sex wird von der Mode wieder im „understatement" verpackt.

Findet bei den Teenagern auch der „Boy George"-Look mit seinen kaftanähnlichen und farbenfrohen Gewändern Anklang, so ist bei den über 20jährigen Individualismus Trumpf. Prinzessin Diana heute in Jeans? Undenkbar. Sie ist Trendsetter für weiche Feminität. An amerikanischen Universitäten halten die Studenten wieder viel auf gute Kleidung. Ihre englischen Kommilitonen der Ära Thatcher sind auch schon darauf gekommen.

Ironie der Mode-Geschichte: Der Wandel der Mode als soziales Phänomen im Westen findet seinen Kontrapunkt in China im Abrücken von der Mao-Uniform. (SAD)

DER KOMMENTAR

Brisante Einladung

WILFRIED HERTZ-EICHENRODE

Es muß sich erst noch zeigen, ob Peres im eigenen Land mit seiner Einladung an König Hussein von Jordanien nur auf Zustimmung stößt. Doch es bleibt eine Tatsache: Der israelische Regierungschef bietet dem König an, vor der Knesseth zu sprechen wie Sadat im Jahr 1977, und er ist selbst bereit, nach Amman zu fahren.

Viele Deutungen sind möglich. Die wahrscheinlichste ist, daß Peres das glitzernde Blendwerk löschen will, mit dem Arafat seit seiner vorgeblichen Vereinbarung mit Hussein den Nahen Osten illuminiert. Für diese Mutmaßung spricht der Verkündungsort Rom; denn in Europa zeigt sich die italienische Regierung von dem Blendwerk am meisten beeindruckt. Zugleich will Peres den Sowjets zuvorkommen, mit denen sich die Amerikaner zum Sondierungsgespräch über Nahost an einen Tisch gesetzt haben. Israel hat jedes Interesse daran, Klarheit zu schaffen.

So gewinnt die Einladung an den König die Härte einer Nagelprobe. Tritt Hussein vor die Knesseth und sagt er dort wie der Ägypter Sadat „Der Friede sei unser aller auf arabischen Landen und in Israel", so mag das Friedenswerk im Nahen Osten voranschreiten. Kommt Hussein nach Jerusalem und sagt wie Sadat, Israel müsse in Gegenseitigkeit mit den Arabern alle Garantien erhalten, die es wünsche, „um in voller Sicherheit und Ruhe zu leben", dann fällt ein Lichtstrahl aus Gottes Himmel auf die Heilige Stadt der Juden, Christen und Mohammedaner.

Kommt Hussein nicht, so wäre seine noch immer geheim gehaltene Vereinbarung mit dem Terroristen Arafat als arabisches Märchen entlarvt. Dann wäre erwiesen, daß der König sich vor Syrien duckt, daß er Nebelkerzen wirft, um seine Handlungsunfähigkeit zu verbergen. Israel wüßte dann, woran es mit Hussein ist, und auch die Amerikaner und Europäer sollten es wissen. Der Jordanier ist von den Israelis schon lange zu Verhandlungen gebeten. was hinderte ihn, so mutig zu sein wie Sadat?

Die Europäer tun gut daran, abzuwarten, was das Ergebnis der Nagelprobe sein wird. Das gilt auch für den Ministerpräsidenten des Freistaates Bayern, auf dessen Gebiet die Fabrik liegt, die den Panzer Leopard 2 baut. Strauß wirbt wieder für den Export des Panzers nach Saudi-Arabien. Er meint, das Königreich solle befähigt werden, seine Ordnungsfunktion auszuüben. Ordnungsfunktion kann nur Friedensfunktion sein. Doch Saudi-Arabien befindet sich im Kriegszustand mit Israel.

Reagan will auch Truppen besuchen

Co. Bonn

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan wird während seines am 5. und 6. Mai stattfindenden Staatsbesuches in der Bundesrepublik Deutschland gemeinsam mit Bundeskanzler Helmut Kohl deutsche und amerikanische Truppen auf einem NATO-Stützpunkt, wahrscheinlich in Bitburg, besuchen. Ferner ist eine Rede Reagans an die deutsche Jugend auf dem Hambacher Schloß in der Pfalz vorgesehen (WELT v. 20. 2.). Dies hat der Stabschef des Weißen Hauses, Michael Deaver, gestern mit der Bundesregierung und dem Bundespräsidialamt in Bonn vereinbart.

Nach dem jetzt in Aussicht genommenen Programm wird der Staatsbesuch im Anschluß an den vom 2. bis 4. Mai angesetzten Weltwirtschaftsgipfel folgendermaßen ablaufen: offizielle Begrüßung, Gespräche mit Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Bundeskanzler Kohl, Staatsbankett auf Schloß Augustusburg in Brühl, Truppenbesuch, Rede an die Jugend. Ferner wird nach Mitteilung von Regierungssprecher Peter Boenisch geprüft, ob ein Kurzbesuch in einem weiteren deutschen Bundesland möglich ist; dafür ist Bayern in Aussicht genommen. Derzeit werden, wie Boenisch erklärte, noch Sicherheits- und Transportfragen erörtert. Die Transportfragen ergeben sich vor allem durch die erwartete Mitreise von rund 300 amerikanischen Journalisten.

Am 7. Mai wird der US-Präsident Spanien besuchen; am 8. Mai wird er eine Rede vor dem Europäischen Parlament in Straßburg halten.

Diepgen: Berliner fühlen sich ausgetrickst

ms. Bonn

Zum Verzicht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) auf Berlin als Austragungsort der Fußball-Europameisterschaft 1988 äußerte sich der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen.

WELT: Herr Diepgen, die Fußball-Europameisterschaft 1988 findet ohne Berlin statt. Wie empfinden die Berliner diese Entscheidung?

Diepgen: Die Berliner sind sehr enttäuscht und fühlen sich ausgetrickst. Es ist nicht nur eine Entscheidung, die die Fußballfreunde verärgert, sondern alle Berliner provozieren muß. Der DFB hat sich mit dieser Entscheidung ins politische Abseits gestellt.

WELT: Ist nach Ihrer Einschätzung mit dieser Entscheidung ein politischer Preis an den Ostblock gezahlt worden?

Diepgen: Es bleibt nach wie vor ärgerlich, daß Ostblockstaaten Sport als Mittel der Politik nutzen und mißbrauchen. Ich meine, man darf sich aber dadurch nicht unter Druck setzen lassen.

WELT: Sagen Sie ein offenes Wort zum Verhalten der verantwortlichen Funktionäre des Deutschen Fußball-Bundes (DFB).

Diepgen: Der DFB hat meiner Einschätzung nach zu schnell nachgegeben. Ich habe Zweifel, ob er seine Verhandlungsposition voll ausgeschöpft hat. Berlin hätte erwarten können, daß es in den Entscheidungsprozeß einbezogen und nicht vor vollendete Tatsachen gestellt wird. Der Grundsatz des Fair play wurde verletzt.

Seite 19: Die Reaktionen

c

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

In Pension, marsch, marsch!

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Die Regierung ist von dem Widerstand überrascht worden, der ihrem Vorhaben, in den Jahren von 1986 bis 1991 insgesamt 1500 Berufsoffizieren zwischen 45 und 53 Jahren die vorzeitige Pensionierung zu ermöglichen, entgegenbrandet. Niemand bestreitet die Notwendigkeit, etwas gegen die Überalterung des Offizierskorps zu tun. Die Einsatzfähigkeit der Truppe hängt davon ab. Gleichwohl findet nicht nur die Opposition Haare in der Suppe, auch unionsgeführte Länder verbiestern sich im Wenn und Aber, und Bayern sagt sogar lauthals nein. Unter diesen Umständen hatten sich auch in den Reihen des Kabinetts Zweifel an der Durchsetzbarkeit eingenistet.

Nun hat sich das Kabinett ermannt. Es hält nicht nur an Wörners Plan fest, sondern bestreitet dem Bundesrat, der im ersten Durchgang ein mattes Ja gehaucht hatte, jedes Vetorecht. Schade, daß Kanonen dieses Kalibers aufgefahren werden müssen. Denn in Wirklichkeit handelt es sich um eine Marginalie, um eine für jedermann erkennbar befristete pragmatische Maßnahme. Optik hin, Optik her – wir alle geben für die Bundeswehr aus guten Gründen viele Milliarden aus; darf deren vernünftiger Nutzen in Frage gestellt werden, nur weil 1500 würdige Herren mit den Beförderungsmöglichkeiten zugleich die von der Sache her gebotene Verwendung innerhalb des Offizierskorps blockieren? Die 650 Millionen, die Wörners Befreiungsschlag kosten soll, stehen in keinem Verhältnis zu den Gesamtaufwendungen für die Bundeswehr.

Doch nun kommen die einen, die ihre Stirn in Falten legen und fragen: Was ist mit dem Zoll, der Feuerwehr, der Polizei, dem Bundesgrenzschutz? In Anbetracht der Aufgabe, die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr zu erhalten, sind das kleinkarierte Einwendungen, die Politikerangst vor egoistischen Interessenverbänden verraten. Und da kommen die Bayern mit dem Argument, die 1500 Herren im prächtigsten Mannesalter drohten den Arbeitsmarkt zu überfluten. Das ist purer Populismus, der den Neid mobilmacht.

Aushilfen sind selten erfreulich. Aber oft sind sie notwendig. So auch hier. Wer vernünftigen Zweifeln Raum geben will, könnte allenfalls fragen, ob die Zahl von 1500 Frühgängern wirklich ausreicht, um im Stellenkegel der Berufsoffiziere normale Zustände herzustellen.

Zwiegeteilt

Von Herbert Kremp

Frau Wieczorek-Zeul, sozialistische Europa-Abgeordnete deutscher Nation, bestritt am Aschermittwochmorgen den Rundfunknachrichten-Platz Nummer eins. Sie brillierte mit der Bemerkung, der Präsident des Europa-Parlaments, Pierre Pflimlin, habe „instinktlos" gehandelt, als er den US-Präsidenten für den 8. Mai nach Straßburg einlud. Wie sie das meinte, ist klar: Frau Wieczorek-Zeul ist Antiamerikanerin.

In dieser Zeitung äußert sich der Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel über die Beziehung der Partei zum westlichen Bündnis. Er sagt, dieses Bündnis sei notwendig, ein Ersatz für diesen Schutz sei nicht in Sicht. Vogel mag andere Gedanken über den Inhalt der Bündnis-Strategie haben als das Bündnis – darüber wäre zu diskutieren. Aber es gilt festzuhalten und am besten festzunageln, daß der Oppositionsführer die Westorientierung des Gemeinwesens grundsätzlich bejaht. Hans-Jochen Vogel ist kein Antiamerikaner.

Für ihn ist es natürlich unzumutbar, mit Frau Wieczorek-Zeul verglichen zu werden. Es handelt sich um institutionell und personell allzu unterschiedliche Formate. Um sie auf gleiche Größe zu bringen, bedürfte es im Falle von Frau Wieczorek-Zeul des Fernglases. Mit unbewaffnetem Auge betrachtet hat die Europa-Parlamentarierin also gar nichts oder nur Unwesentliches geäußert. Damit ist die Sache aber noch nicht erledigt. Denn wenn man die Meßlatte des Geistes anlegt, gemeint ist der Geist der SPD, dann erscheinen Vogel und Frau Wieczorek-Zeul auf einmal fast gleich groß. Wie das?

Die Dame mit dem Doppelnamen repräsentiert mit ihrer antiamerikanischen Anzüglichkeit nämlich etwa die Hälfte der heutigen Sozialdemokratie, während Vogel mit seiner grundsätzlichen Zustimmung zum Bündnis bestenfalls die andere Hälfte verkörpert. Wenn er so denkt, wie er über den Westen spricht, gerät er fast schon in die Nähe Helmut Schmidts und seiner oft zitierten und von der Partei am Ende nicht mehr akzeptierten zähneknirschenden Verantwortungsethik. Er ist nur noch ein Teilbereichs-Herrscher. Dem um sich greifenden „Geist" setzt er Willen entgegen. Das ist eine rationale Position, die der Gefahr der Überflutung ausgesetzt ist.

Frieden mit der FDP

Von Manfred Schell

Vom Kehraus mit Franz Josef Strauß in Passau ging (diesmal) friedensstiftende Wirkung für das an den Rändern zerzauste Koalitionsbündnis in Bonn aus: Strauß hat seinen Frieden mit der FDP gemacht. Die Ratio hat diesen hochintelligenten Mann, dessen Herz für Bayern schlägt, der aber mit dem Kopf in der Weltpolitik ist, dazu bewogen. Er weiß, daß die bürgerliche Koalition nur dann langfristig Bestand haben kann, wenn die FDP am Leben bleibt. Deshalb, so sagt Strauß, wolle und dürfe man den Koalitionspartner „nicht kaputtmachen". Dahinter steckt Logik, keine Liebe, denn der politische Fuchs weiß natürlich sehr genau, wie risikoreich es für die Union wäre, künftig auf die absolute Mehrheit zu setzen.

Strauß, der einzige Vorsitzende einer Koalitionspartei, der nicht am Kabinettstisch sitzt, dürfte mit dem, was er in Passau gesagt hat, mehrere Adressaten im Kopf gehabt haben. Zunächst die FDP, hier vor allem deren designierten Vorsitzenden Martin Bangemann. Ihm traut er offenkundig sehr viel zu, ihn schätzt er als wackeren Politiker, als ehrlichen Gesprächspartner. Jeder weiß, daß zwischen Strauß und Genscher Welten lagen. Und dies hatte nicht nur damit zu tun, daß Strauß gern Außenminister geworden wäre – so kleinkariert denkt er nicht. Seine massive Kritik entzündete sich an Essentials der Bonner, von Genscher betriebenen Außenpolitik.

Aber Strauß hat vor dem großen Publikum in Passau auch zu seinen eigenen Anhängern gesprochen, auch wenn manche von ihnen bei dem vielen Bier, das dort getrunken worden ist, das auf Anhieb nicht verstanden haben mögen. Er sagte ihnen klipp und klar, daß er keine Alternative zur jetzigen Regierungskonstellation sieht, also nicht für einen Alleingang der Union zur Verfügung steht. Die FDP ihrerseits sollte den gestrigen Aschermittwoch mit Strauß als Chance begreifen und ihre unverständlichen Blockade in wichtigen Fragen der Innen- und Rechtspolitik beenden. Es kommt darauf an, wie Strauß sagte, daß man gemeinsam am Ruder bleibt. Und das geht nur, wenn der Schwanz nicht mit dem Hund wackelt.



Abgerutscht — KLAUS BÖHLE

Haare zu Berge

Von Wilhelm Hadler

Die Europäische Gemeinschaft hat Mühe, glaubwürdig zu bleiben. Kaum eine Gelegenheit vergeht, ohne daß ihre Führer die Zukunft beschwören. Im Alltag herrschen jedoch Egoismus und Krämergeist. Anlaß zum Europessimismus bietet vor allem die Art, wie die beiden wichtigsten gegenwärtigen Probleme angegangen werden: die Aufnahme Spaniens und Portugals und die Bewältigung der Haushaltskrise. Den Regierungen fehlt die Kraft, das als notwendig Erkannte zu entscheiden.

Spätestens seit dem Stuttgarter Gipfel im Juni 1983 hat die EG sich auf die früher erfolgreiche Praxis besonnen, Kompromisse im Rahmen großer Paketlösungen zu finden. Deswegen weigert sich Bonn, der EG mehr Finanzmittel zuzugestehen, solange die iberischen Beitrittsverträge nicht ratifiziert sind. Andere Mitgliedstaaten fürchten ihrerseits, die Zeche der Süderweiterung zahlen zu müssen, und versuchen einen Ausgleich zu erhalten. Das aber ruft die Finanzminister auf den Plan. Schon die bisherigen Ausuferungen der Agrarpolitik haben die Kosten derart in die Höhe schnellen lassen, daß ihnen die Haare zu Berge stehen.

Seit Januar lebt die Gemeinschaft von der Hand in den Mund, weil das EG-Parlament dem Haushaltsplan 1985 nicht zugestimmt hat. Es weigert sich, in der Erwartung höherer Einnahmen nach einer ausgehandelten Süderweiterung einen bewußt zu niedrig angesetzten Etat zu verabschieden. Deswegen darf die Kommission monatlich nur jeweils soviel ausgeben wie im Vorjahresmonat, und die Agrarzahlungen sind allenfalls bis zum Herbst gesichert. Zudem fehlt jeglicher Spielraum für neue politische Initiativen, zum Beispiel in der Forschung – Tagungen von Fachministern sind deshalb folgenlose Diskussionen.

Bonn verschließt sich zwar nicht der Notwendigkeit, der EG noch in diesem Jahr eine Finanzspritze zu injizieren. Die Deutschen wollen dies jedoch nur in Form (später zurückzahlbarer) nationaler Beiträge tun. Alle übrigen Mitgliedsländer befürworten dagegen eine vorzeitige Aufstockung des Mehrwertsteueranteils der Gemeinschaft von 1 auf 1,4 Prozent, obwohl die Staats- und Regierungschefs diese Erhöhung mit der EG-Erweiterung verknüpft haben.

Die Briten zum Beispiel haben Interesse daran, die EG-Mittel so schnell wie möglich aufzustocken. Nur wenn genügend Geld in der Kasse ist, kann die EG nämlich ihre Beitragsreduzierung finanzieren. Und die Franzosen haben Angst, daß die Agrarpolitik gefährdet wird. Andererseits machen sie geltend, daß eine Sonderregelung zugunsten der Briten in dieser Nationalversammlung auf große Schwierigkeiten stoßen würde – eine Paketlösung ist aus all dem nur schwer zu schnüren.

Nicht genug Geld ausgeben kann die Gemeinschaft nach Meinung der Griechen, Italiener und Iren; sie erwarten Anstrengungen zugunsten der ärmeren Regionen, zumal sich gezeigt hat, daß der Gemeinsame Markt bisher eher zum Nutzen der reichen als der rückständigen Gebiete gewesen ist. Ein Hindernis für die Süderweiterung ist deshalb die Forderung des griechischen Premierministers Papandreou nach einem 14-Milliarden-Programm zugunsten der Mittelmeerregionen. Die frühere EG-Kommission hat hier überzogene Erwartungen erweckt, von denen die griechische Regierung im Vorwahlkampf nicht abrücken mag.

Die Bundesregierung schließlich ist beim Bundestag im Wort. Als größter Nettozahler glaubt Bonn die Mittelaufstockung nur dann vertreten zu können, wenn damit die Süderweiterung ermöglicht wird. Die Deutschen müssen sich freilich vorwerfen lassen, daß sie kräftig zur Explosion der Agrarkosten beigetragen haben. Außerdem: der Beitritt Spaniens und Portugals kommt ihrem Exportinteresse stärker entgegen als dem italienischen oder griechischen.



Ein weiter Weg bis Brüssel: Portugiesische Weinbäuerin FOTO: MANFRED GROHE

Was (nicht nur) die Gespräche mit den iberischen Ländern so frustrierend macht, ist die Unfähigkeit, sich auf vernünftige Verhandlungspositionen zu einigen. Jeder Partner versucht dem anderen die Hauptlast der Kompromisse aufzuerlegen, ob es sich nun um die Übergangsfristen für Obst und Gemüse, Wein oder Oliven handelt oder um den Zugang spanischer Fischer zu den EG-Gewässern.

Die Gemeinschaft ist schwach, weil die Mitgliedsregierungen schwach sind. Deshalb besteht die Gefahr, daß die Probleme der Erweiterung, wie beim Beitritt Großbritanniens oder Griechenlands, unter den Teppich gekehrt werden. Die geplante Einnahmenerhöhung ist schon vor dem iberischen Beitritt „verfrühstückt". Was nützt es, Visionen für eine Europäische Union zu haben, wenn die EG nicht einmal in der Lage ist, ihre täglichen Probleme zu lösen? Die mangelnde Handlungsfähigkeit ist nicht nur eine Frage der Brüsseler Entscheidungsprozeduren, sondern des Willens der Mitgliedstaaten, über den wirtschaftlichen Interessenausgleich hinaus die Integration voranzutreiben.

Zum Schwur kommt es, wenn die Regierungschefs sich im Laufe dieses Jahres entscheiden müssen, ob sie den Sprung zur Intensivierung der Zusammenarbeit wollen. Der institutionelle Ausschuß wird nämlich mit Sicherheit keinen einstimmigen Vorschlag hervorbringen. Vor allem Länder wie Griechenland und Dänemark müssen Farbe bekennen, ob ihnen nur an Agrarexporten und an Zuwendungen aus der EG-Kasse gelegen ist.

Vom Vater der Römischen Verträge, Jean Monnet, stammt der Hinweis, daß am Anfang der Einigung ein „politisches Projekt" (die Europäische Verteidigungsgemeinschaft) stand und daß die EG nie geboren worden wäre, wenn man immer auf den Letzten gewartet hätte. Es scheint, daß manche der heutigen Regierungschefs daran erinnert werden müßten.

IM GESPRÄCH Jürgen Wohlrabe

Exportiert Sozialrevolution

Von Hans-Rüdiger Karutz

Seit Weihnachten stehen sie vor dem Dorfkino im Erzgebirge oder vor dem Filmpalast an der Ostberliner Frankfurter Allee Schlange: Ein Mann aus dem Westen bescherte dem mitteldeutschen Filmpublikum einen der „großen Animationsstreifen der Welt": Jürgen Wohlrabe. Filmkaufmann, Politiker aus Leidenschaft, ein Mann des Entertainments und, wenn nötig, der gepflegten Selbstinszenierung. Sein Filmverleih, ein Großer der Branche, brachte Asterix, den gallischen Helden, drüben auf die Leinwände. Für den 49jährigen „fanatischen Berliner", wie er sich bezeichnet, war es die bisherige Krönung einer erfolgreichen Zusammenarbeit mit dem Staatsunternehmen „Defa". Kaufmann Wohlrabe schätzt seine Gesprächspartner im anderen Teil der Stadt als fair: „Wir haben ein ungewöhnlich gutes Verhältnis."



„Kann" nicht so gut mit Kohl und von Weizsäcker: Wohlrabe FOTO: DIE WELT

Den listigen Comic-David, der den Goliath immer wieder nasführt („Die spinnen, die Römer"), drüben einzuführen brauchte eine „gewisse Überzeugungsarbeit", räumt Wohlrabe ein. „Mensch, habe ich gesagt, das war einer der ersten Sozialrevolutionäre ..." Der siegreiche Kleine gegen die Großen (die übrigens bei Asterix Besetzer sind) – ein Denkmuster, das beim Publikum drüben beliebt ist.

Wohlrabes Lebensziel indes lag nicht in der entrückten Traumwelt der Lichtspiele, sondern in weltlicher Machtsuche: Mit 27 Jahren CDU-Abgeordneter in Berlin, als Erbe des Wahlkreises des Exinnenministers und Expräsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Ernst Benda, wurde er von Berlins Partei-Senior Ernst Lemmer an die Hand genommen und zählte bald zur Berliner CDU-Führungsreserve.

Es kam anders. Ein galliger Herbert Wehner adelte Wohlrabe schon in dessen Bundestags-Jungfernrede mit dem Zuruf „Übelkrähe" – ein unbezahlbarer Einstieg in Bonner Geschäftigkeit. Wohlrabe sorgte als Berichterstatter für die Bundeshilfe für Berlin auch zu SPD/FDP-Senatszeiten an der Spree für auskömmliche Finanzhilfe vom Rhein, über die Ex-Bürgermeister Schütz einmal witzelte: „Ich muß meinen Berlinern klarmachen, daß Steuern etwas sind, das man zahlt, und nicht etwas, das man kriegt." Von den Oppositionsbänken geißelte Wohlrabe die Milliarden, die – bisweilen auch ohne sichtbare Gegenleistung – im Zuge der Vertragspolitik nach Ost-Berlin flossen.

Im Bundestag „konnte" er jedoch nicht mit Fraktionschef Helmut Kohl. Und als Wohlrabe Ende der siebziger Jahre wieder nach Berlin zurückkehrte, um das Familienunternehmen zu führen, und 1979 wieder ins Abgeordnetenhaus gewählt wurde, stand dem dortigen politischen Aufstieg der fehlende „Draht" zu Richard von Weizsäcker im Wege.

Zum Kern der Berliner Union von heute, der „Beton-Riege", hält er eher auf Distanz: „Ich habe immer auf eine gewisse Selbständigkeit Wert gelegt." Der einstige „Parteiknecht" (so sieht er seine Vergangenheit) wandelte sich zum ideenoffenen Wert-Konservativen: „Man muß über die eigene Scheune hinaussehen." Berliner Politik bestimmt Wohlrabe heute als Vorsitzender des Parlamentsausschusses mit, der die 750-Jahr-Feier vorbereitet – als ein patriotischer Entertainer mit märkisch-preußischen Wurzeln.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Rhein-Zeitung

Das Koblenzer Blatt pfeift wegen Neubergers Abseitsstellung:

Was haben sich die Herren des Deutschen Fußball-Bundes wohl dabei gedacht, als sie in Bern das Danaergeschenk der Ostblockfunktionäre entgegennahmen und sich artig dafür bedankten, daß sie 1988 in der Bundesrepublik die Endrunde um die Fußball-Europameisterschaft durchführen können? Sie hatten ja nur ein „klitzekleines" Zugeständnis zu machen, das ihnen offenbar gar nicht schwerfiel. Sie mußten zugestehen, nur ja nicht Berlin in die Reihe der Städte einzubeziehen, die Endrundenspiele ausrichten dürfen. Hermann Neuberger, dieser Alleskönner an der Spitze des DFB, schluckte die Kröte gehorsamst.

EPOCHE

Die Münchner Monatsschrift meint zum Staatsverständnis:

Hatte die Staatstheorie im 19. Jahrhundert vorwiegend noch auf der Unterscheidung von Staat und Gesellschaft bestanden, so erleben wir heute einen Einbruch der Gesellschaft und ihrer privaten organisierten Interessen in die Sphäre des Staates, wie er breiter und intensiver nicht gedacht werden kann ... Die „Privatisierung" des Staates durch den Einbruch der Gesellschaft ist von entscheidender Bedeutung. Man nennt ihn den „Pluralismus" und meint damit nicht etwa die Tatsache, daß die Gesellschaft nach einer Vielzahl von Interessen differenziert ist: Das gehört zur Natur jeder Gesellschaft. Man meint mit dem Ausdruck vielmehr, daß die organisierten natürlichen Interessen in zunehmendem Maße zu mehr oder minder autonomen Gebilden führen, die sich auf Kosten der staatlichen Herrschaftsfunktionen entfalten und den Staat auf die Rolle eines Dachverbandes mit begrenzten schiedsrichterlichen Funktionen verweisen.

NIN

Nicht ohne Schadenfreude schreibt das jugoslawische Nachrichtenmagazin über die Schwierigkeiten, die Bulgarien mit seiner türkischen Minderheit hat:

Vorbei sind die Zeiten, da die Türken Bulgaren auf den Pfahl gespießt haben. Jetzt zwingen die Bulgaren die Türken dazu – Bulgaren zu werden. Anlaß für die Unruhe und die Revolte der in Bulgarien lebenden Türken, welche im südlichen Teil des Landes siedeln, war eine Aktion der bulgarischen Staatsorgane, die zum Ziel hatte, ihre Vornamen und Familiennamen zu bulgarisieren. Wenn sie schon ein integrierender Bestandteil der bulgarischen sozialistischen Nation werden, warum sollte sich Ibrahim nicht Iwan und Mustafa dann nicht Boris nennen! Der türkischen Bevölkerung in Bulgarien paßte das aber gar nicht, und so tauchten in den Zeitungen der Türkei und anderswo Meldungen auf, in denen einmal von 40, dann aber auch von 800 Angehörigen der türkischen Minderheit die Rede war, welche bei Zusammenstößen ihr Leben verloren.

Merkwürdiges Verfassungsverständnis in Düsseldorf

Weitere Unklarheiten beim WDR-Vorschaltgesetz / Von Wilm Herlyn

Den WDR wolle er aus dem Wahlkampf halten, ließ Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Johannes Rau verkünden. Und den Mitarbeitern des Sender Unruhe ersparen. Darum wolle er das WDR-Vorschaltgesetz unterschreiben.

Befremdlich – es zeigt den Grad der Verwirrung, die die Düsseldorfer Genossen in Sachen Medienpolitik befallen hat – ist dabei das Verfassungsverständnis des Ministerpräsidenten. Er teilte nämlich mit, er habe mit SPD-Fraktionschef Karl Josef Denzer „entschieden, daß der in der Öffentlichkeit umstrittene Paragraph vier (des WDR-Vorschaltgesetzes) wieder aufgehoben werden wird", wohlgemerkt aber erst dann, wenn er seine Unterschrift unter das Gesetz inklusive des umstrittenen Paragraphen gesetzt hat. Heißt das, daß nun der Ministerpräsident entscheidet, was nur der Gesetzgeber, das Parlament also, laut Verfassung entscheiden kann? Der Artikel 67 der Landesverfassung ist eindeutig: „Gegen ein vom Landtag beschlossenes Gesetz kann die Landesregierung innerhalb von zwei Wochen Bedenken erheben. Der Landtag entscheidet sodann, ob er den Bedenken Rechnung tragen will."

Welche Gedanken bewegen also Johannes Rau, eine Garantie abzugeben, das Parlament werde am 11. März bei der Novellierung des WDR-Gesetzes den Paragraphen vier streichen? Und wer garantiert diese Garantie? Fraktionschef Denzer, den die eigenen Abgeordneten gerade erst in der Frage der Diätenerhöhung sitzenließen? Deswegen verlangt die CDU eine Sondersitzung des Parlamentes, ohne Rücksicht darauf, daß Johannes Raus Reisepläne – er will vom 24. bis 28. Februar die USA besuchen – damit durchkreuzt würden.

Das umstrittene Vorschaltgesetz ist eigentlich nur dazu da, die Amtszeit von Rundfunkrat und Verwaltungsrat zu verlängern, bis die Novellierung des WDR-Gesetzes aus den fünfziger Jahren verabschiedet ist – wäre da nicht dieser Paragraph vier, den SPD-Medienexperten hineingeschmuggelt haben. Der nämlich fesselt dem neuen WDR-Intendanten Nowottny die Hände: Solange Paragraph vier gilt, kann er kaum wichtige personelle Entscheidungen treffen.

Für den Stein des Anstoßes sorgte die SPD selbst, indem sie es versäumte, trotz zwanzig Jahre langer Herrschaft in Düsseldorf das längst überfällige WDR-Gesetzeswerk vorzulegen. Denn einig sind sich alle Parteien, dem Gebot der Rechtsprechung zu folgen und den direkten Einfluß der Parteien in den Kontrollgremien des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zugunsten gesellschaftlich relevanter Gruppen zurückzudrängen.

Doch das Vordringen privater Anbieter begann die SPD-Medienexperten, die sich als Gralshüter der Rundfunkfreiheit und der Pluralität sehen, zu verwirren. Sie kamen gar auf die Idee, ausgerechnet den WDR zum Kontrolleur, zur Genehmigungsbehörde für die Einspeisung in die Kabelanlagen, machen zu wollen. Das bedeutet nichts anderes, als den bisherigen Monopolisten über neue Mit-Wettbewerber entscheiden zu lassen. Noch mehr Verwirrung stiftete der Genosse Intendant Friedrich Freiherr von Sell. Als er im Dezember überraschend seinen vorzeitigen Rücktritt ankündigte, geriet die Staatskanzlei in Zeit- und Ideennot. So gelang es der CDU, zusammen mit der FDP den parteilosen Friedrich Nowottny zum Intendanten zu wählen.

Die Erkenntnis, daß deswegen in WDR-Fragen nichts mehr gegen den Noch-Studio-Chef in Bonn läuft, mochte sich in der SPD allerdings nicht durchsetzen. So schalteten die „Experten" auf stur, als Nowottny den Gremien beschied, er wolle nicht wie geplant am 14. Juni sein neues Amt antreten, sondern erst dann nach Köln wechseln, wenn Paragraph vier entfernt sei. Reinhard Grätz, SPD-Landtagsfraktionsvize und Mitglied des WDR-Verwaltungsrates, sagte allerdings in der vergangenen Woche, der Paragraph vier sei „unverzichtbar", ja, er sei sogar „zwingend rechtlich".

Daß er dabei das Gremium, dem er selbst angehört, in Frage stellt, fiel dem Fachingenieur dabei nicht auf. Seine Parteigenossen im Verwaltungsrat, Günter Hammer und Heinz Kühn, der langjährige Ministerpräsident, vermochten darüber auch nur den Kopf zu schütteln. Sie beschlossen, erst einmal ein Gutachten in Auftrag zu geben, um zu prüfen, inwieweit es zulässig ist, die Rechte des Verwaltungsrates, der durch den Paragraphen vier berührt ist, so einzuschränken.

Auch daß Medienpolitik und Kommunikation etwas mit dem Ton untereinander zu tun haben, scheint die nordrhein-westfälische SPD aus den Augen verloren zu haben. Schreibt doch Reinhard Grätz in Anspielung auf die Empfindsamkeiten von Friedrich von Sell: „Bisher hatten wir eine Mimose als Intendant, jetzt haben wir eine Primadonna." Nowottny wird's gelesen haben.

Verschleppt zur Zwangsarbeit – ein Jahr der Schrecken

Zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion verschleppt – das war gegen Kriegsende das Schicksal von einer Million Deutschen, aber auch von Millionen Menschen aus Osteuropa. Einer, den dieses Schicksal als Jungen traf, erinnert sich in einem Buch.

Von LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

An einem eiskalten Februartag des Jahres 1945 macht sich in der ostpreußischen Stadt Mohrungen ein gerade 15jähriger Junge auf, dem Befehl des sowjetischen Standort-Kommandanten zu folgen, sich registrieren zu lassen. Die ausgestorbene Stadt flößt ihm Furcht ein. Der Schnee ist vom Aschenregen rotbraun gefärbt. Vor dem Elternhaus des Jungen liegen zwei tote deutsche Soldaten. Ein paar Häuser weiter kommt der Knabe an einer Frau vorbei, die mit hochgeschürzten Röcken steifgefroren im Schnee liegt, von den „Befreiern" erst vergewaltigt und dann erschossen. Den 15jährigen überkommt das Grauen; er ahnt nicht, daß das erst der Anfang seiner Schrecken ist.

12 Millionen Deportierte in der Sowjetunion

Er kann nicht wissen, daß auch er ein Opfer jenes Geheimprotokolls der Konferenz von Jalta sein wird, in dem die Siegermächte sich das Recht einräumten, Zivilpersonen zu Reparationsdiensten zwangszuverpflichten. Eine Million Deutsche werden auf dieser Basis – teilweise aber auch schon vorher, ohne jedes Abkommen – in die Sowjetunion verschleppt. Amerikaner und Engländer machen von dieser Möglichkeit nie Gebrauch. Aber die Sowjetunion kümmert sich nicht einmal um die Einschränkungen, die im Protokoll festgelegt sind. Sie verschleppt Kinder und Greise, sie macht vor Juden ebensowenig halt wie vor Polen, Ungarn, Jugoslawen, Rumänen. Insgesamt gibt es 1945 über zwölf Millionen Zwangsarbeiter in der Sowjetunion.

Ein Zehntel der sogenannten Reparationsdeportierten aus Deutschland stirbt schon auf dem Transport. 45 Prozent beträgt am Ende die „Sterblichkeitsrate". Die letzten Überlebenden kehren erst Mitte der 50er Jahre nach Deutschland zurück.

Jener damals 15jährige, der von Mohrungen aus in den Ural verschleppt wurde, hat fast 40 Jahre später einen Bericht verfaßt, der fernab jeder schriftstellerischen Ambition an eine Seite der Zeitgeschichte erinnert, die man sonst eher am Rande abhakt. Herbert Mitzka, geboren am 6. Dezember 1929 in Königsberg, heute Oberstudienrat für alte Sprachen und Geschichte in Bensheim an der Bergstraße, schildert in seinem Bericht „Meine Brüder hast du ferne von mir getan" (Atelier Hübner Verlag, Einhausen) ganz subjektiv und mit sehr privatem Duktus ein „Normalschicksal": Erlebnisse eines gewöhnlichen Kindes, das in die Mahlsteine der Zeitgeschichte geriet.

Das schmale Buch liest sich dennoch – vielleicht auch gerade wegen seiner fehlenden Überhöhung – fesselnd. Es ist ein nüchternes, sprödes Buch, das versucht, allen Seiten Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Ein Kind, denunziert von einem deutschen NKWD-Agenten, ausgerüstet mit nichts als zwei Butterbroten (die es in Erwartung schneller Rückkehr auch noch verschenkt), findet sich plötzlich auf einem wochenlangen Marsch quer durch Ostpreußen und Polen. Mit geringster Verpflegung, in eisiger Kälte, vorwärtsgetrieben von der sowjetischen Wachmannschaft, geht es zu Fuß bis nach Zichenau, nördlich von Warschau.

Wer nicht weiterkann, bleibt liegen. Junge Russinnen schlagen verletzten Männern in die offenen Wunden. Der Knabe beginnt an Ruhr zu leiden. Zu der physischen Zerstörung kommt die psychische. Vergewaltigungen, Erschießungen, die Zerstörung aller Moralbegriffe, die nicht ganz verstandene Abkehr von bisherigen politischen Glaubensinhalten, der Verlust der Familie – für einen 15jährigen kaum zu verkraften.

Von Zichenau aus geht es in Viehwagen weiter bis nach Slatoust (hinter Ufa) im Ural. Unterwegs: Zunahme der Krankheiten, bestialischer Gestank in den Waggons, Hunger, Durst, Diebstähle, eine wachsende Zahl von Toten. Der Gesundheitszustand des kleinen, 1,55 Meter großen Herbert wird immer schlechter. Waschen – Fehlanzeige. Die beiden Pullover, die ihn bislang vor der größten Kälte schützten, werden ihm geklaut. Jedes Denken und Fühlen mündet in die Devise: Überleben.

Dann das Lager von Slatoust, acht Kilometer außerhalb der Industriestadt, unmittelbar unter den schneebedeckten Gipfeln des Ural. Baracken ohne Tische und Stühle. Schlafen auf dem blanken Boden. Die Wege im Lager sind verschlammt und von blutigen Kotlachen übersät, „Minenfelder" genannt. Die Nahrung: 600 Gramm hartes Brot, etwas Zucker, warmes Wasser (das Tee sein soll) und Wassersuppe, in der etwas Kohl schwimmt, pro Tag. Bad und Entlausung: alle vier Wochen.

Die Krankheiten nehmen zu. Vor allem Ruhr und Wassersucht. Der Tod wird zum täglichen Gefährten. In Massengräbern verscharrt man die Leichen grußlos, teilnahmslos. Für Beerdigungseinsätze gibt es eine Extra-Ration. Das Sterben in den Lagern ist den Russen völlig egal. Es sind genug Menschen da.

Die *körperlich noch einigermaßen* Einsatzfähigen müssen täglich acht Stunden Zwangsarbeit leisten. Im Wald, in Bergwerken, in Baukombinaten vor allem. Herbert Mitzka ist dazu nicht mehr fähig. Das bedeutet: Lagerdienst. Meist heißt das vier Stunden: Fußboden säubern in den Baracken. Mit Glasscherben werden, auf den Knien rutschend, die Dreckkrusten vom Boden gekratzt. Der Junge dämmert nur noch dahin, kann bald gar nichts mehr tun. Fast im Delirium, jedenfalls völlig apathisch, liegt er auf seinem Mantel. Aber er meldet sich nicht, aus Angst vor der Krankenbaracke, die kaum jemand mehr lebend verläßt. Daß Herbert Mitzka überlebt, liegt vielleicht am Maisbrei, den es ab Sommer 1945 wenigstens ab und zu gibt.

Ein Dolmetscher bringt die Rettung

In diese Zeit fällt auch ein einziges halbwegs angenehmes Erlebnis. Ein paar Russen bringen die Kinder des Lagers zu einem Badetag an einen Uralsee. Herbert ist so geschwächt, daß er die Kälte des Wassers nicht erträgt. Aber ihm hilft schon die gute Absicht. Ein winziges Loch in der Mauer aus Schweigen, Ablehnung und Leiden.

Und dann hat Herbert Mitzka doch noch Glück. Eine Kommission, die die Gefangenen untersucht und entscheidet, wer aus gesundheitlichen Gründen heimkehren darf, lehnt ihn zwar zunächst ab, ein Dolmetscher aber interveniert, und der Junge erhält im Herbst die Entlassung.

Am 6. Februar 1946, genau ein Jahr nach seiner Verschleppung, betritt Herbert Mitzka in Berlin zum erstenmal seine neue Schule, auf der er später sein Abitur macht.

Eine ganz gewöhnliche Jugendgeschichte.



Täglich 12 Stunden im Einsatz gegen den Hunger: Deutsche Soldaten in Äthiopien

Die Rettung kommt von den Vögeln mit dem schwarzen Kreuz

Einladen, Fliegen, Ausladen und dann alles wieder von Neuem. Tagaus, tagein fliegen zwei Transportflugzeuge der Bundesluftwaffe Hilfsgüter zu den Hungernden in den Elends-Provinzen Äthiopiens. Eine lohnende und dankbare Aufgabe für die deutschen Soldaten.

Von WALTER H. RUEB

So weit das Auge reicht, kein Grün, kein Strauch, kein Baum. Nur Sand, Steine, Staub und Sonne. Dann ein Meer weißer, spitzer Zelte, daneben dunkles Wellblech und eine brodelnde Menge von Kindern, Frauen und Alten. Sie kauern in der Verlorenheit dieses Fleckens äthiopischer Erde am Boden. Ein Anblick des Jammers und herzzerreißender Trostlosigkeit.

Gedämpftes Summen steigt von diesem Menschen-Teppich auf, Bewegung aber herrscht kaum. Nur Schwärme von Fliegen künden von Leben, aber auch von Tod und Verwesung. Da liegt das Skelett eines Rindes auf dem gemarterten Boden, da ziehen Lepra-Geschwüre den Blick auf sich.

Sie bedecken Finger, Hände und Beine der fünfjährigen Tetana. Sie sitzt im Flüchtlingslager Mekele in der nordäthiopischen Provinz Tigre im Sand, starrt teilnahmslos in die Unbarmherzigkeit dieser Welt, beginnt zu weinen.

Aber Tetana ist seit Tagen nicht mehr allein. Deutsche Schwestern und Ärzte vom Malteser Hilfsdienst haben sich ihrer angenommen. Die Caritas hat ein Flugzeug voller Zelte, Decken, Betten und Medikamente herbeigeflogen. „Die Hilfsgüter sind zwar längst im Lande, doch noch nicht hierhergeschafft worden", klagt die blutjunge Ärztin Elisabeth Raith aus München. „Ich bin seit einer Woche hier und möchte arbeiten und den Menschen helfen."

Die meisten haben diese Hilfe bitter nötig: Viele sind unterernährt, mit Leprageschwüren bedeckt, manche so schwach, daß sie die paar Meter zu den primitiven Sanitäranlagen kaum schaffen. Zelte und Baracken sind umgeben von Exkrementen und Schwärmen von Fliegen.

1500 Zelte stehen in Reih und Glied. In jedem haben 15 Personen wenigstens eine Schlafstatt. Doch nachts ist es darin zu kalt und tagsüber bei Temperaturen von 20 bis 24 Grad zu heiß.

Und es gibt nur zwei Liter Wasser pro Tag – zum Waschen, Trinken und Kochen. „Das Lager darf nicht verlassen werden", sagt die Münchner Ärztin. Doch wo sollten die Ärmsten der Armen auch hin – in unwirtlicher Gegend 2300 Meter über dem Meeresspiegel, mitten im Operationsfeld regierungsfeindlicher Befreiungsbewegungen und der allgegenwärtigen Armee des marxistischen Regimes von Addis Abeba?

Die Tage im Lager sind lang. Schulen gibt es keine, Männer und Väter sind fern. Die meisten kämpfen in den Reihen der Befreiungsfront gegen das verhaßte Regime von Mengistu Haile Mariam. Ob sie noch leben?

Den Helfern aus Deutschland sind die Hände gebunden. In einem Zelt warten 36 Betten auf Patienten, doch Arzneimittel, Tropfflaschen, Schläuche, Infusionslösungen, Sterilisierapparate, Verbandmaterial, Mikroskope, Operationsbesteck und überhaupt alles, was ein medizinisches Zentrum funktionstüchtig macht, liegt noch im 240 Kilometer entfernten Asmara – jenseits hoher Berge und unpassierbarem Rebellengebiet.

„Hier wollen wir Unterernährte füttern und intensiv pflegen", klagt Elisabeth Raith. „Wenn nur die restlichen 80 Tonnen Material endlich kämen . . ."

Die Männer, die das ersehnte Gut herbeischaffen könnten, fliegen Mekele, rund 600 Kilometer nördlich von Addis Abeba, seit Wochen fast täglich an. Sie haben jedoch keinen Einfluß auf den Gütertransport. „Darüber entscheidet die Regierung in Addis Abeba", sagt Oberstleutnant Joachim Magiera. Der Offizier vom Luft-Transport-Kommando in Münster ist als Verbindungsmann an die deutsche Botschaft in Addis Abeba abkommandiert worden. „Die Koordinationsstelle der Regierung entscheidet, welche Güter wohin transportiert werden und teilt dies der Botschaft mit. Ich gebe dann die Weisungen an die Besatzungen unserer beiden Transportflugzeuge weiter."

Die Bundesluftwaffe entsandte bereits Ende 1984 zwei Transportflugzeuge vom Luft-Transport-Geschwader 63 nach Äthiopien. Seit dem 25. Januar sind zwei Maschinen mit dem schwarzen Kreuz der Bundeswehr vom LTG 61 aus Landsberg in Äthiopien. „Wir haben vier Besatzungen mit 20 Mann fliegendem und 21 Mann technischem Personal im Hilfseinsatz. Die Stadt Dire Dawa, ungefähr eine Flugstunde östlich von Addis Abeba, ist unser Standort", sagt



Mutter und Kind: Ohne Hilfe wären sie verloren. FOTOS: RUEB

Bernd Weyerer, Pilot und Kommandant einer grau-orange bemalten Transall.

Die deutschen Flieger wetteifern vor allem mit den britischen. Wer schafft mehr Flugkilometer pro Tag, wer mehr Tonnage? Zwischenfälle sind an den Außenwänden der Cockpits ablesbar: Da wird genau Buch geführt, wieviele Esel, Kamele und Geier auf den meist primitiven Schotterpisten bei Konfrontationen mit den fliegenden Ungetümen den Kürzeren zogen. Auch die Anzahl geplatzter Reifen, ersetzter Triebwerke und Pumpen wird festgehalten.

Auch ein wenig Nationalstolz wird auf den Flugzeugrümpfen sichtbar: Neben das Wappen der Bundesrepublik wurde auf die Flugzeugaußenhaut gepinselt: „FR Germany – Mercy Flight".

Stolz ist mehr als berechtigt: Zwölf Stunden sind die Besatzungen mit ihren Maschinen täglich unterwegs, von Ost nach West, von Nord nach Süd. Befördert werden Decken, Zelte, Konserven, Bohnen, Weizen, Mehl, Kekse, Milchpulver, sanitäre Ausrüstungen und manchmal auch Journalisten.

„In Äthiopien ist an Maximalbeladung nicht zu denken", schränkt Hauptmann Rolf Schmidt von der Transall 5062 ein. „Wir müssen die Höhe der Flugplätze berücksichtigen. Sie liegen mit Ausnahme der Plätze in den Häfen über 2300 Meter hoch. Meist laden wir nur Güter im Gewicht von etwas über sechs Tonnen."

Bisher kennen die Retter aus der Luft die Flüchtlingslager zu ihrem Leidwesen nur aus Beschreibungen, denn sie dürfen die angeflogenen Airports nicht verlassen. Soldaten mit sowjetischen Waffen sorgen entlang der Landebahnen im Verein mit gepanzerten Fahrzeugen für Beachtung dieser Vorschriften.

Doch auch außerhalb der Flüchtlings- und Hungerlager begegnet man in Äthiopien großer Not. „Da bleibt man nicht unberührt", sagt Transall-Pilot Schmidt. Für seine Mitmenschlichkeit erhielt er in Deutschland das Bundesverdienstkreuz, in Äthiopien organisierte er jetzt die Einkleidung mehrerer Kinder.

Sie bedanken sich mit Liedern. Die deutschen Flieger auch während des Dienstes hören: Beim Be- und Entladen der Flugzeuge singen die Äthiopier selbst unter schwerer Last, feuern sich gegenseitig an.

Trotz Hungerkatastrophe und Bürgerkrieg wird in Äthiopien überhaupt noch viel und gern gesungen. In Mekele war sogar in einem Lager Gesang zu hören. Er verstummte aber, als sich deutsche Journalisten in Begleitung ihrer Aufpasser von der verhaßten Regierung in Addis Abeba näherten. Die Singenden hatten allen Grund dazu, denn sie summten das traurige Lied der Tigre-Befreiungsfront. Da heißt es an einer Stelle: „Dann werde ich für ein besseres Tigre sterben . . ."

„In Passau weht der Wind, der die Union belebt"

Passau, Aschermittwoch, Nibelungenhalle: Seit zehn Jahren tritt hier Franz Josef Strauß vor sein bayerisches und nichtbayerisches Publikum. Ein Schwerpunkt seiner Rede war diesmal der Koalitionspartner FDP.

Von PETER SCHMALZ

Die Szenerie ist, wie sie in den zehn Jahren immer war in der Nibelungenhalle von Passau, seit die CSU aus Platzgründen vom nahen Vilshofen herübergezogen ist und – wie Franz Josef Strauß zur Freude seiner über 8000 Zuhörer witzelt – den alten Traditionsort jenen überlassen mußte, „die Mühe haben, den kleinen Saal dort zu füllen": Bremer Stammtischbrüder sind wieder tausend Kilometer weit ins Niederbayerische gefahren, CSU-Fans aus Peine recken wieder ihre Lobesgedichte („Strauß ist Bayerns Schutzpatron gegen rot-grüne Invasion") den Fernsehkameras entgegen, und die Kapelle der Dreiflüssestadt spielt den bayerischen Defiliermarsch, wenn Sicherheitsbeamte den Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden durch den engen Mittelgang zum Podium lotsen.

Aber doch ist an diesem Aschermittwoch ein Unterschied, der einen Verlust dokumentiert, der noch immer nicht überwunden ist: Zur Rechten von Strauß sitzt Monika Hohlmeier, jung und ein wenig schüchtern, des Landes „erste Tochter". Sie muß den Platz ihrer Mutter einnehmen, die im vergangenen Jahr tödlich verunglückte. Umweltminister Alfred Dick, als niederbayerischer Parteivorsitzender Gastgeber und erster Redner, bittet die Tochter, die zögert, sich vor den Tausenden zu erheben, und fordert alle auf, im Gedenken an Marianne Strauß aufzustehen. Noch *nie* hat der politische *Aschermittwoch* so still und nachdenklich begonnen.

Und dann steigt Franz Josef Strauß im dunkelblauen Anzug an das mit weißen Nelken geschmückte Rednerpult und erzählt auch noch, an welch seidenem Faden die Veranstaltung diesmal hing: Wenn Passau nicht wäre, hätte er heute keine Kundgebung gehalten, „weil der Arzt es mir strengstens untersagt hat".

150-Minuten-Rede mit lädierten Stimmbändern

Doch auch ein Strauß, der Verbote gewöhnlich für beachtenswert hält, findet einmal einen Grund, sich darüber hinwegzusetzen, denn „Verbote sind dazu da, daß man gelegentlich eine Ausnahme von der Regel macht". Weshalb Strauß dann trotz angeschlagener Stimmbänder zwei Stunden und dreißig Minuten spricht; was für ihn aber „kein Opfer, sondern eine mit Freude erfüllte Freundschaftpflicht" ist.

Dann aber scheint die Freude, reden zu können, weit höher zu sein als die Pflicht, reden zu müssen. Und damit bei den achtmal tausend auch nicht der geringste Zweifel aufkommt, daß ihnen in dieser Mittagsstunde bei Brezeln, Käs' und Maßkrug der Blick voraus geöffnet wird, sagt ihnen der Redner, zu welcher Partei sie an diesem sonnigen und kalten Mittwoch gepilgert sind: „Die CSU ist die modernste Partei Europas, und wenn Sie wollen, beziehen wir gleich die amerikanischen Parteien mit ein." Kein Widerspruch, alle wollen.

Und auch alle Anwesenden wollen, daß da ein Politiker vor ihnen steht, der sich stark und selbstbewußt fühlt für einen Satz wie diesen: „Der Parteipolitiker denkt an den nächsten Wahlkampf, der Staatsmann denkt an die Zukunft." Nein, zu welcher Kategorie der Redner sich selbst zuordnet, das muß ein Strauß seinen Zuhörern in Passau nicht noch eigens erläutern.

Nun mag es manchen geben, der glaubt, der Chef des Freistaates versäume vor lauter Blick in die Zukunft die Pflege der gegenwärtigen Bonner Koalition. Doch auch diesen Kleingläubigen weiß Strauß schnellen Zuspruch. Denn erstens „weht der Geist, der die Union belebt, am stärksten in Passau", und zweitens ist der Konflikt „segensreich", ja mehr noch: „Aus dem Konflikt erwächst der Fortschritt, wenn der Konflikt ausgetragen wird im Konsens zur demokratischen Grundordnung." Und wer wollte schon die aberwitzige These aufstellen, die bürgerliche Koalition würde außerhalb oder gar nur am Rande dieser Grundordnung Karate und Judo üben.

Nachdem der Konflikt als Dauerbrenner zwischen Isar und Rhein nach dem Strauß-Motto „In Bayern gehen die Uhren anders, das heißt richtig" also nur Segen bringt, wird der liberale Koalitionspartner auch sogleich damit überhäuft. „Ich bin kein Feind dieser Partei", sagt Strauß, aber er verstehe nicht, warum die FDP in letzter Minute den Verleih von Porno-Videocassetten an Erwachsene durchgesetzt hat.

Die FDP anwortet per „heute" und „Tagesschau"

Und nochmals versteht er diese Partei „einfach nicht": Wie kann sie beim Demonstrationsrecht Schwierigkeiten machen, wo doch jeder demonstrieren kann „für alles oder auch für nichts", aber, „meine Damen und Herren, er soll seine Visage offen zeigen".

Die Antwort aus dem Publikum kommt spontan: Lauter wurden Beifall und Bravorufe an keiner anderen Stelle seiner Rede. Früher, als der noch junge Strauß im „Wolferstetter Keller" von Vilshofen zur gleichen Zeit die Weltpolitik über den niederbayerischen Leisten spannte wie sein Widersacher Josef Baumgartner von der Bayern-Partei in einer Nachbarwirtschaft, da kam auch die Antwort vom Konkurrenten bereits nach wenigen Minuten, weil flinke Spione die Sottisen des anderen flugs weitergemeldet hatten. Auf die Antwort der FDP wird Strauß an diesem Aschermittwoch bis zu den Abendnachrichten warten müssen.

Noch-Parteichef Genscher und Bald-Parteiboß Bangemann gehen beim „Weinzierl" im niederbayerischen Bayerbach erst dann ans Rednerpult, wenn Strauß sich schon zum verspäteten Mittagessen zurückgezogen und die Agenturen seine Attakken gegen die Liberalen verbreitet haben. Damit aber auch doch die spätnachrichtliche Replik des liberalen Duos noch rechtzeitig für „heute" und „Tagesschau" in die Studios kommt, haben ARD und ZDF in dem kleinen Bauerndorf hinter Landshut Hubschrauberlandeplätze herrichten lassen.

Daß aber dieses Aschermittwochsspiel der Koalitionäre noch über viele Jahre andauern wird, bezweifeln drei Duisburger, die Strauß das Transparent entgegenhalten: „1987: Genscher ade, Franz Josef olé." Und am Abend vor der Passauer Rede sagte CSU-Generalsekretär Gerold Tandler auf die Frage, ob die CSU die Koalition mit der FDP fortsetzen wolle, mit vielsagendem Lächeln: „Man kann Koalitionen nur mit Partnern schließen, die es gibt."

Schröder ging nach dem zweiten Bier

F. DIEDERICHS, Berlin

„Die Größe einer Veranstaltung ist eine Frage der Definition. Mehr als fünf Zuhörer, und es ist eine Massenveranstaltung." Wer sich selbst und einem Dutzend verloren wirkender Berliner Bürger so Mut zusprach, war niemand anderes als der niedersächsische SPD-Vorsitzende Gerhard Schröder. „Er kommt, um uns und Hans Apel im Wahlkampf zu helfen", hatte zuvor die gedruckte Einladung den Gast aus Hannover angepriesen.

War es die schon um sich greifende Resignation bei der SPD und ihren Anhängern, die Schröder vor fast leerem Saal sprechen ließ? Diese Frage drängte sich in jenen wenigen auf, die sich im Hinterzimmer einer Berliner Kneipe um den Politiker geschart hatten, um dessen Thesen zum Problemkreis „Umwelt und Arbeit" zu hören. „Diesen Wahlkampf können Sie vergessen", lamentierten dann auch leise jene von der Basis, „weil keiner an den Erfolg glaubt, macht auch keiner mehr den Finger krumm."

Apel kam nicht

So saß dann Schröder isoliert vor einer kleinen roten Fahne, bestellte Bier statt Tee und erfüllte die Pflicht eines Referenten, dessen Auditorium ohnehin nicht mehr bekehrt werden muß. Die Thesen: bekannt. Sei es die Forderung, mit Hilfe staatlicher Programme Umweltfragen in Übereinstimmung zu bringen mit der Arbeitsplatzsicherung. Oder die Feststellung, die Arbeitsmarktpolitik der SPD sei „gegen Grüne und Konservative durchzusetzen".

Der Redner aus Niedersachsen verließ schließlich nach dem zweiten Bier den Ort der Tristesse, nicht ohne dem Häuflein aufrechter Sozialdemokraten noch den Weg zu weisen: „Ich wollte euch nicht sagen, wie ihr Politik machen sollt. Das müßt ihr schließlich selber überlegen." Der für diese Politik nach dem Willen der SPD verantwortlich zeichnen soll, fehlte jedoch an diesem Abend: Hans Apel.

Umweltskandale gefährden den guten Ruf des Standorts Hamburg

Verhältnis von Senat und Wirtschaft belastet / Dohnanyi schwächt Kritik an GAL ab

Von UWE BAHNSEN

Für den kommenden Montagabend hat Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi die politischen Journalisten der Hansestadt in das gediegen-elegante Gästehaus des Senats an der Außenalster eingeladen, um ihnen ein Menü besonderer Art servieren zu lassen: die Halbzeitbilanz der Landesregierung, dargeboten in handlicher Broschürenform. Der Regierungschef möchte die „Kollegen von den Medien" auf ein Fazit der zwei Jahre sozialdemokratischer Alleinregierung seit der letzten *Bürgerschaftswahl einstimmen, das* da lauten soll: „Es ist wirklich erstaunlich, wie viele Punkte unseres Arbeitsprogramms wir schon erledigt haben."

Selbst der bemühteste Optimismus, an dem der Gastgeber Klaus von Dohnanyi es zweifelsohne nicht wird fehlen lassen, dürfte jedoch nicht ausreichen, um das zentrale Problem nicht nur der Senatspolitik, sondern des gesamten Stadtstaates wenigstens als entschärft darstellen zu können – im Gegenteil: Der Bürgermeister wird einräumen müssen, daß Hamburgs sozialdemokratischer Beamtenstaat immer wieder – und wie es scheint, in immer kürzeren Abständen – für negative Schlagzeilen im In- und Ausland sorgt, die alle Bemühungen um ein besseres „Image" der Hansestadt zu einer Sisyphusarbeit werden lassen, an der man verzweifeln kann.

Schon die ersten sechs Wochen des Jahres 1985 haben dafür erneut Beispiele geliefert, die Dohnanyi schwer im Magen liegen: Informationen über Arsen-Verunreinigungen im Osten des hamburgischen Territoriums, die aus der Umweltschutzbehörde BBNU an die GAL und die ihr nahestehende „Tageszeitung" gelangten, führten zu einer sachlich völlig unbegründeten, von der GAL und einigen Medien aber geschickt geschürten öffentlichen Hysterie, die über dem hilflos agierenden Umweltsenator Wolfgang Curilla zusammenschlug. Forderungen vor allem, aber nicht nur der GAL, die öffentlich als Hauptverursacher in Anspruch genommene „Norddeutsche Affinerie" vorerst zu schließen, führten zu einer neuerlichen Belastung der ohnehin diffizilen Beziehungen zwischen Senat und Wirtschaft.

Dohnanyi höchstpersönlich warf sich in die Bresche und kanzelte im Landesparlament die GAL und ihre „unverantwortliche Panikmache" mit einer ungewöhnlichen Schärfe ab. *Als diese „Senatskundgebung"* aber am nächsten Tag jedenfalls in den gedruckten Medien eine große Aufmachung erfuhr, befiel den roten Edelmann im Rathaus offenbar die Angst vor der eigenen Courage – intern klagte er sogleich über „die Presse"; er sei doch gar kein prinzipieller Gegner der GAL.

Kaum hatte sich die Aufregung über die Arsen-Hysterie etwas gelegt, als es zum nächsten Krach kam – wieder in Sachen Umweltschutz, und

Landesbericht Hamburg

erneut mit der Folge, daß die, gelinde gesagt, Irritationen in der Hamburger Wirtschaft neue Nahrung fanden: Die Geschäftsführung der „Neuen Hamburger Stahlwerke GmbH" in Finkenwerder berichtete in einer sonntäglichen Presseerklärung (Überschrift: „Hanseatische Standortpolitik mit dem Revolver") über eine *„überfallartige" Besetzung und* Durchsuchung ihrer Geschäftsräume durch „ca. 20 bis 30" Polizeibeamte, bewaffnet mit „sichtbar umgeschnallten" 9-mm-Parabellum-Pistolen.

Die Ordnungshüter hatten einen Durchsuchungsbefehl des Amtsgerichts Hamburg in der Tasche und zogen mit 24 Plastiksäcken voll Unterlagen ab. Es ging um den Vorwurf, das Unternehmen blase durch nicht verschließbare Schlitze im Dach eines Betriebsgebäudes unerlaubt mit Schwefeldioxid und Schwermetallen belasteten Rauch in die Luft. Der Fall enthält zwei politische Pikanterien besonderer Art: Das Unternehmen mit 850 Beschäfigten wurde 1983 mit massiver Finanzhilfe der Hansestadt erfolgreich *saniert*, die Arbeitsplätze konnten im wesentlichen gerettet werden, und in der dreiköpfigen Geschäftsführung sitzt mit dem SPD-Bürgerschaftsabgeordneten und Wirtschaftsanwalt Gerd Weiland, der den bürgerschaftlichen Haushaltsausschuß leitet, einer der einflußreichsten Genossen der *Regierungspartei*. Weiland zeigte sich *auf* das äußerste empört, und entsprechend groß war der interne Krach mit Umweltsenator Curilla, dessen Behörde bestimmte Auflagen durchsetzen will. Curilla in einem Interview klagend: „Auf uns wird herumgehackt, und das lassen wir uns nicht gefallen ..."

„Bad news" erreichten den Stadtvater Dohnanyi auch aus den bildungspolitischen Ressorts seiner Landesregierung: In einer gemeinsamen Erklärung, die sie „einen *öffentlichen Aufschrei*" nannten, warnten die Präsidenten aller sieben von der Hansestadt unterhaltenen Hochschulen vor einem „Kollaps" der von ihnen geleiteten Bildungsstätten als Folge einer nicht mehr vertretbaren Sparpolitik des Senats.

Die oppositionelle CDU schließlich schickt sich soeben an, die Sozialde*mokraten auf einem der sensibelsten* Felder, in der Schulpolitik, in die Zange zu nehmen: Der linkslastige Schulsenator Professor Joist Grolle will durch Fortschreibung des *„Schulentwicklungsplanes" mindestens* 20 Schulen des Regelschulwesens den Garaus machen, jedoch nicht einer einzigen der Hamburger Gesamtschulen, die von dem Schülerrückgang, der *zur* Begründung herhalten muß, genauso betroffen sind. Die gleichzeitige Novellierung des Schulgesetzes schließlich soll aufbegehrenden Eltern den Weg zu den Verwaltungsgerichten verlegen – „im Interesse der Rechtssicherheit", wie Grolle dazu verkündete – eine Werbung für den Standort Hamburg von besonderer Art. In Dohnanyis Halbzeitbilanz dürfte sie freilich fehlen.

„Totale Entmündigung" des Bürgers befürchtet

Eine CDU-Studie zur Wohnungspolitik der Grünen

PETER GILLIES, Bonn

Abschaffung des Eigenheims, Entmündigung des Mieters durch *Auslieferung* an kommunale Wohnungszuteilungsbehörden, gigantische Fehlinvestitionen durch „Abschaffung" der Hypothekenzinsen und ein Rückfall in die Zwangswirtschaft wären die Folgen einer Wohnungspolitik der Grünen. Zu diesem Ergebnis kommt der Parlamentarische Staatssekretär im *Bundesbauministerium*, Friedrich-Adolf Jahn (CDU), in einer Studie über die wohnungspolitischen Vorstellungen, wie sie die Grünenfraktion im Bundestag vorlegte.

Langfristiges Ziel der Umweltpartei ist es, alle privaten Mietwohnungen sowie das Privateigentum in die Gemeinwirtschaft zu überführen. Der Bau und die Förderung von Eigentumswohnungen sei einzustellen. Die Grünen wollen die Mieten dadurch senken, daß sie die Wohnungsfinanzierung vom Kapitalmarkt abkoppeln. Brauchte ein Bauherr keine Darlehenszinsen mehr zu zahlen – immerhin rund 70 Prozent der Kostenmiete –, könnten die Mieten kräftig sinken.

Statt dessen *sollten die Mieter eine* „Solidarabgabe" an einen Baufonds zahlen, der zudem aus Steuermitteln des Bundes, der Länder, der Gemeinden, den bisherigen Fördermitteln, dem Wohngeld sowie zinslosen Darlehen der Bundesbank gespeist werden soll. Für die kommunalen Baufonds sei eine „demokratische Kontrolle" durch Mieterverbände und Bewohnervertretungen zu schaffen, die auch die Wohnungen zuteilen.

Kollektive Bevormundung

Dies führe, so meint Jahn, zu einer „totalen Entmündigung" des Bürgers, weil er durch die behördliche Zuteilung kollektiv bevormundet und einem Monopolisten ausgeliefert werde. Wohnungsuchende verfügten über keine Alternative mehr, als sich diesen Verwaltungsgesellschaften auszuliefern. Sie müßten damit rechnen, nach bestimmten Kriterien für die Wohnungsvergabe herangezogen zu werden, individuelle Wohnwünsche könnten sie nicht durchsetzen. Die Möglichkeit, auch Wohnungseigentum zu bilden und damit Risikovorsorge zu treffen, sei ihnen verwehrt. So wollten die Grünen die Abhängigkeit vom Kollektiv vergrößern. Jahn: „Das Modell der kommunalen Wohnungsgemeinwirtschaft ist ein Rückfall in die Wohnungszwangswirtschaft."

Der Staatssekretär nennt es „naiv", die Zinsen für Hypotheken und Baudarlehen abschaffen zu wollen. Das führe dazu, daß niemand mehr privates Kapital im Wohnungsbau einsetze und jeder versuchen werde, sein Geld *von dort abzuziehen*. Die Lücke durch öffentliche Mittel schließen zu wollen, sei illusorisch. Neben dem Neubau werde auch die Modernisierung drastisch zurückgehen mit der Folge, daß der gesamte Bestand verkomme.

Wenn der Preis als Knappheitsindikator ausfalle, die Kollektive aber über keine wirtschaftlich vernünftigen Maßstäbe für die Nachfrage verfügten, „kann dies nur dazu führen, daß am Bedarf vorbei produziert wird," meint Jahn. Die Abschaffung von Gewinn und Verlust, also die Vergesellschaftung der Verluste, öffne einer allgemeinen Verschwendung Tür und Tor. Da jeder private Eigentümer sein Kapital möglichst gewinnbringend einsetzen und Verluste vermeiden wolle, diese Steuerung in der „grünen Wohnungspolitik" jedoch fehle, sei die Unwirtschaftlichkeit programmiert.

Eine „Wahnsinnsidee"

Mieten nicht als Knappheitspreis, sondern *als politischen Preis festzulegen*, gebe keine Anreize, eine Wohnung bestmöglich zu nutzen. Das fördere die Tendenz, Wohnraum zu verschwenden. Ferner wollten die Grünen eine neue große und teure Verwaltungsbürokratie aufbauen. Dabei ließen sie die einfache Möglichkeit, daß ein Vermieter nebenberuflich als Unternehmer tätig ist, ungenutzt. Hinzu komme, daß Kollektive keine gesteigertes Interessse daran hätten, den Wünschen der Mieter gerecht zu werden.

Gesamtwirtschaftlich führe die Abschaffung des Zinses zu einer Fehllenkung des knappen Kapitals, mutmaßlich mit der Folge, daß auch in anderen Bereichen, wo dann Kapital knapp werde, ähnliche Zwangsmaßnahmen wie im Wohnungsbau ergriffen werden müßten. Am Ende dieser „grünen Reform" stünde nicht nur die entmündigende Zuteilung von *Wohnungen, sondern* auch *ein stetig* sinkendes Versorgungsniveau. Gerade einkommenschwache Familien, würden – da es auch kein Wohngeld mehr gebe – wesentlich schlechter versorgt als *im gegenwärtigen* System.

...Jahn schließt sich bei der Beurteilung des Grünen-Modells der Industriegewerkschaft Bau-Stein-Erden an. Sie hatte die Vorstellungen der Grünen als „Wahnsinnsidee" und als „Rückfall in die Steinzeit" bezeichnet und katastrophale Auswirkungen für die Beschäftigten in der Bauwirtschaft befürchtet.

Späth: Keine Gelder an Freie Wählervereinigung

Ministerpräsident mit neuen Vorwürfen konfrontiert

XING-HU KUO, Stuttgart

Der baden-württembergische CDU-Landesvorsitzende und Ministerpräsident Lothar Späth hat alle neuen Vorwürfe in der Parteispendenaffäre im Südwesten entschieden zurückgewiesen. Die „Stuttgarter Nachrichten" hatten gestern aufgrund von Unterlagen, die der Redaktion vorliegen, behauptet, die CDU in Baden-Württemberg habe seit vielen Jahren der Freien Wählervereinigung (FWV) finanziell massiv unter die Ar*me gegriffen. Dadurch sollte verhin*dert werden, daß die bislang erfolgreich nur auf kommunaler Ebene tätige Organisation zu einer Partei werde und als solche an den Landtagswah*len teilnehme. Dabei habe Späth, zeit*weilig sogar als Vorsitzender eines 1972 gebildeten Ausschusses, bei dieser finanziellen und politischen Kooperation zwischen CDU und FWV *eine aktive Rolle* gespielt.

Mit „zum Teil unzulässigen Methoden", so die Zeitung weiter, habe die CDU seit Anfang der 70er Jahre diese FWV unterstützt. Über das Bildungswerk für Kommunalpolitik e. V. in Stuttgart, das der FWV nahesteht, habe die Südwest-CDU der FWV zunächst 1000, später 2000 Mark monatlich gezahlt. Hinzu kamen Einzelspenden und die Finanzierung von FWV-Anzeigen durch die CDU. Das Blatt nennt hier eine Summe von 300 000 Mark. Sozusagen als Gegenleistung habe die FWV auf die Teilnahme an Landtagswahlen verzichtet, denn dies hätte die absolute Mehrheit für die CDU ernsthaft gefährdet. Vielmehr rief die FWV zwei*mal ihre Anhängerschaft auf, die* Union zu wählen.

Späth bestritt diese Darstellung. Er bestätigte lediglich, daß er zeitweilig einen solchen Ausschuß geleitet habe. Dabei sei es jedoch lediglich um den Austausch von Informationen gegangen: „Weder Schecks noch Bargeld" seien zwischen CDU und FWV ausgetauscht worden: *„Es kann sein,* daß wir den Kaffee bezahlt haben."

Späth bestätigte, daß das Bildungswerk aus Haushaltsmitteln des Landes seit 1976 und auch in den nächsten Jahren gefördert wurde bzw. auch weiterhin in den Genuß der Unterstützung kommen werde. Dies sei normal und legitim, denn auch die Bildungswerke der Parteien einschließlich der Schumacher-Gesellschaft, die den Grünen nahesteht, erhielten solche Haushaltsmittel.

Der Ministerpräsident wies einen vor einigen Tagen erhobenen Vorwurf ebenfalls zurück, die CDU in Baden-Württemberg habe von einer Fördergesellschaft der Wirtschaft ein *„Scheindarlehen" in Höhe von* 700 000 Mark aufgenommen. Richtig sei lediglich, so Späth, daß die CDU (1983) um eine Stundung der Rückzahlung gebeten habe. Dies sei von der Fördergesellschaft gewährt worden: „Ein Darlehen, das prolongiert wird, bleibt ein Darlehen." Im übrigen sei dieses Geld auch als Darlehen in den CDU-Rechenschaftsberichten von 1981 an erschienen, betonte Späth.

Ein weiterer Vorwurf lautet, Späth habe sich dafür eingesetzt, daß ein Mitglied der Jungen Union, Manfred List, einen Beratervertrag mit einem hiesigen Unternehmen bekam. Jedoch soll List sich verpflichtet haben, die Hälfte der monatlichen Dotierung *(5000 Mark)* der Partei *zur Verfügung* zu stellen.

Dazu erklärte Späth, er könne mit Sicherheit „ausschließen, daß ich auch nur ein Wort über List gesprochen habe": Denn nach Angaben Späths kenne er weder List persönlich noch den Vorgang, um den jetzt soviel Wirbel gemacht werde. Der Beratervertrag zwischen List und der Firma wurde 1974 abgeschlossen. Späth sagte, es sei möglich, daß er List auf Parteitagen und anderen CDU-Veranstaltungen getroffen habe, aber über persönliche Dinge wie Beraterverträge sei nie gesprochen worden: „Also schlicht, ich habe auch mit dieser Geschichte nichts zu tun", betonte Späth.

Er habe sich lediglich allgemein dafür eingesetzt, „daß junge Leute, die politisch engagiert sind, ein paar Jahre in Betriebe gehen und dort betriebliche Erfahrung sammeln. Da stehe ich heute noch dazu." Dies aber sei ein „absolut zulässiges Verfahren, daß solche jungen Leute vor der politischen eine wirtschaftliche Erfahrung" bekommen. Späth beklagte grundsätzlich, daß in Sachen Parteispenden normale Vorgänge immer wieder zu „Sensationen" aufgebauscht würden.

Entscheidung über Abgaspläne in zwei Wochen?

HH, Bonn

In den nächsten zwei Wochen dürfte sich entscheiden, ob die Bundesregierung mit der Zustimmung der EG-Partner zur Einführung schadstoffarmer Autos rechnen kann. Bundeskanzler Kohl trifft am 28. Februar den französischen Ministerpräsidenten Fabius in Paris, und Innenminister Zimmermann nimmt am 7. März am Umweltministerrat in Brüssel teil. Vor allem in der Kleinwagenklasse (bis 1,4 Liter) gibt es Bedenken der Franzosen und Italiener. Diese Wagen haben nicht nur einen hohen Anteil an ihrer Gesamtproduktion. Sie würden auch unverhältnismäßig stark verteuert. *Auch gibt es hier noch die* größten technischen Probleme.

„Uns droht neue Kostenexplosion"

HEINZ HECK, Bonn

„Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die allgemeine Entwicklung der Krankheitskosten und die jüngste Erhöhung der Beitragssätze in der Krankenversicherung signalisieren, daß wir vor einer erneuten *Kostenexplosion im Gesundheitswesen* stehen." Das erklärte Peter Kudella, stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU-Sozialausschüsse (CDA), gestern in Bonn. Kritisch nahm Kudella vor allem die Preispolitik der pharmazeutischen Industrie aufs Korn. Die überproportionale Preissteigerung „erklärt sich vorrangig aus der Tatsache, daß es in diesem Bereich faktisch keine Marktwirtschaft gibt". Es fehle an Markttransparenz, und die Konsequenzen aus dem Kauf des Medikaments würden für den Nutzer selten in vollem Umfang deutlich. Nur in der Bundesrepublik Deutschland hätten die Träger der gesetzlichen Krankenversicherungen keinen Einfluß auf Anzahl und Qualität der von ihnen zu bezahlenden Arzneimittel. Auf dem deutschen Markt gebe es 70 000 Fertigarzneimittel. Die CDA fordert eine Beschränkung auf etwa 2000 „zugelassene (also von der Versicherung zu bezahlende) Arzneimittel. Auch gebe es Preisunterschiede bis zu 1000 Prozent.

Sozialversicherung nicht konsolidiert

HEINZ HECK, Bonn

Als Schwachstelle der Konsolidierung hat das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung in Hamburg die Sozialversicherung bezeichnet. Die Konsolidierungserfolge der letzten beiden Jahre sei allein von den Gebietskörperschaften erzielt worden: Bund, Länder und Gemeinden hätten ihre Neuverschuldung von 1982 bis 1984 von 62 auf 36 Milliarden Mark vermindert, heißt es im jüngsten Konjunkturbericht. Bei den Sozialversicherungen sei hingegen aus einem Überschuß von 7,5 Milliarden Mark 1982 ein Defizit von 3,5 Milliarden Mark 1984 geworden. Auch 1985 bleibe die finanzielle Situation der Sozialversicherung „labil". Mit Hilfe der für dieses Jahr beschlossenen Erhöhungen des Beitragssatzes und Bundeszuschusses werde sich das Defizit der Sozialversicherung für 1985 auf ein bis zwei Milliarden Mark verringern. Während die Sozialbeiträ*ge verstärkt zunähmen, werde sich* der Anstieg der Steuereinnahmen abschwächen.

Strauß: Leopard an Saudis liefern

AP, Bonn

Die Bundesrepublik Deutschland sollte nach Ansicht des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß dem Wunsch Saudi-Arabiens nachkommen und dem Königreich den *hochmodernen Kampfpanzer* „Leopard 2" verkaufen. In einem Interview mit der Fachzeitschrift „Wehrtechnik" sprach sich der CSU-Vorsitzende trotz zu erwartender *israelischer Proteste grundsätzlich für* den Panzer-Export aus. Riad müsse „im Interesse des Weltfriedens" in die Lage versetzt werden, seine Ordnungsfunktion in der nahöstlichen *Krisenregion ausüben zu können.*

Die „besondere Verantwortung", die das deutsche Volk gegenüber dem Staat Israel habe, könne nicht bedeuten, der offiziellen Politik Jerusalems „immer und in allen Gesichtspunkten zuzustimmen", stellte Strauß klar. Gerade Israel, das nach Veröffentlichungen in der eigenen Presse 20 Prozent seiner Industrieausfuhr im Waffengeschäft erziele, sollte dafür Verständnis haben, daß die Bundesbürger angesichts hoher Arbeitslosigkeit kein Verständnis für ein Bonner Nein zu Waffengeschäften hätten, „wenn die Rüstungsindustrien anderer Nationen schon bereitstehen, annähernd gleichwertige Waffensysteme zu liefern".

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Neues Auto: Bessere Umwelt.

Ein neues Auto entlastet die Umwelt:

Wenn Sie heute ein neues Auto kaufen, können Sie sicher sein: Sie und unsere Umwelt fahren besser damit.

Jeder Neuwagen verbraucht heute weniger Kraftstoff als die Modelle früherer Jahrgänge. Schon deshalb werden erheblich weniger Schadstoffe frei. So wurde z.B. bei neuen Fahrzeugen innerhalb von 10 Jahren die Emission von Kohlenmonoxid um über 50% und die von Kohlenwasserstoff und Stickoxid um 40% reduziert. Damit unterschreiten neue Autos die bei uns und in Europa gültigen Grenzwerte. Meist erfüllen sie schon die verschärften Auflagen, die in der EG erst ab 1. 10. 86 in Kraft treten.

Der Katalysator leistet noch mehr. Sie können sich sofort für ihn entscheiden, ihn aber auch erst später einbauen lassen. Mit bleifreiem Benzin können Sie sofort fahren – heute üblichen Kraftstoff bekommen Sie auch noch nach dem Jahr 2000. Auch der besonders umweltverträgliche Diesel ist eine gute Entscheidung. Lassen Sie sich also nicht verunsichern: Mit Ihrem neuen Auto fahren Sie vorn im Umweltschutz.

Ein neues Auto entlastet Sie:

Fahren Sie auch vorn in Leistung und Komfort, Sicherheit und Qualität – gerade in der Summe dieser Eigenschaften sind die neuen Automobile führend. Der hohe Stand unserer Technologie zeigt sich in intelligenten Problemlösungen, die Ihrer Entlastung beim Fahren dienen, denn wir setzen auf gründlich erprobte Innovationen.

Fahren Sie ein neues Auto:

Wir wollen, daß Sie Ihre Freude am Autofahren nicht verlieren. Dafür bauen wir Automobile, die Ihnen und Ihren Wünschen ebenso gerecht werden wie unserer Umwelt. Warum warten? Starten Sie jetzt! Erleben Sie die umweltfreundlichere Technik, die Ihnen wie uns allen dient. Freuen Sie sich auf die Verbesserungen, die Sie in Ihrem Auto begleiten werden. Steigen Sie um auf Ihren Beitrag zur besseren Umwelt.

Mehr für Mensch und Umwelt.
Die deutsche Automobilindustrie.

Eine Information des Verbandes der Automobilindustrie e.V. (VDA) Westendstraße 61, 6000 Frankfurt/Main 1

Gehört Betrug zum EG-Alltag?

Aus der Arbeit des Kontrollausschusses des Europa-Parlaments / Fliegende Brigade

MICHAEL MÖHNLE, **Straßburg**

Viele Europa-Abgeordnete hatten ein beklemmendes Gefühl, als sie sich in ihrer letzten Sitzungswoche in Straßburg mit Betrügereien der Mafia zu Lasten des EG-Haushalts beschäftigen mußten. Sizilien, Hochburg der Mafia, hatte speziell im Olivensektor kräftig bei der EG abgesahnt. Falsche *Produktionszahlen wurden genannt* und Beträge von einigen Dutzend Milliarden Lire unterschlagen.

Allein in Italien gibt es 1,2 Millionen Olivenbauern und 8000 Ölmühlen. 1981/82 gingen Anträge für Produktionsbeihilfen zuerst über 800 000 und später über 650 000 Tonnen geerntetes Olivenöl ein, denen nur ein Verbrauch von 450 000 Tonnen in der EG gegenüberstand. Experten wissen, *daß 300 000 Tonnen Olivenöl in* Italien nur auf dem Papier existiert haben. Bekannt ist auch, daß viele Erzeugerorganisationen in diesem Agrarsektor unter Kontrolle der Mafia stehen.

Noch problematischer wird die Sache, wenn man sah, daß während den Abstimmungen über einen Parlamentsbericht, der die sofortige Entsendung einer Untersuchungskommission nach Sizilien forderte, einige Mitglieder der Democrazia Cristiana Änderungsanträge einbrachten, die diese Kommission verhindern sollten: Die Mafia in den Reihen der Europa-Abgeordneten? Das Europaparlament hat aber mit überwältigender Mehrheit für die Entsendung dieser Kommission nach Sizilien gestimmt. EG-Kommissar Andriessen: „Die Kommission wird die beantragte Untersuchung vornehmen und die möglichen Sanktionen in Absprache mit Italiens Behörden verhängen."

Offizielle Schlamperei

Von Sizilien in die Niederlande. „Wie sich zeigt, haben die Niederlande während der Haushaltsjahre 1981 bis 1983 Erstattungen für Mengen von tiefgekühlten Makrelen gewährt, die weit über den diesem Mitgliedstaat zugeteilten (Fang-)Quoten lagen. So erreichte die mengenmäßige Überschreitung der Quote 1981 beispielsweise etwa 450 Prozent, was einem Betrag von rund *600 Millionen* Ecu (zirka 13,4 Millionen Mark) entspricht. Die Überschreitungen der Quoten für 1982 und 1983 soll bei 290 Prozent bzw. 260 Prozent liegen; ihre finanziellen Auswirkungen stehen noch nicht fest." Dies teilt hochoffiziell das Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 31. Dezember 1984 mit. Hier hat ein Staat seine Quoten überschritten; die EG-Kommission wußte dies und hat trotzdem aus dem Garantiefonds des Agrarhaushalts Millionenbeträge überwiesen. Betrug – oder Schlamperei in der Verwaltung?

Betrügereien gehören auf Gemeinschaftsebene genauso zum Alltag wie auf nationaler Ebene. Ob dies ein sogenanntes „Fleischkarussell" zwischen Belgien und Niederlanden ist, oder der Export von über 1000 Tonnen Milchpulver von Irland zu den Kanarischen Inseln, wobei Belgien tatsächliches Bestimmungsland war. In beiden Fällen wurden durch illegale Praktiken Zahlungen aus der EG-Kasse erschwindelt.

Europäisch organisierte Kriminalität nutzt die Lücken und Unklarheiten der EG-Rechtsordnungen. Dazu kommt die unzureichende Kooperation *zwischen den Mitgliedsregierungen.* Entwürfe der EG-Kommission zur Verbesserung der Kontrollmöglichkeiten liegen schon seit zehn Jahren auf dem Tisch des Ministerrates. Einen bescheidenen Beschluß haben die zehn *nationalen Minister* im Rat nun doch gefaßt: Die Errichtung je einer Agentur für Italien und Griechenland, die alle Agraranträge für EG-Subventionen vorher prüfen müssen. Daß dies notwendig war, bestätigte die Britin Barbara Castle dem Europäischen Parlament: „Die Gemeinschaft hat inzwischen über 150 Millionen Pfund Sterling für Olivenbäume ausgegeben, die gar nicht existieren."

Der Ausschuß für Haushaltskontrolle im Europäischen Parlament unter Führung des Oberpfälzer CSU-Europa-Abgeordneten Heinrich Aigner ist schon seit Jahren auf dem Kriegspfad gegen Betrug und Wirtschaftskriminalität. Nach Meinung Aigners fischen die Betrüger bislang erfolgreich in den Grauzonen europäischer Rechtsordnung: „Die Kommission verläßt sich auf die Kontrolle durch die nationalen Behörden. Dort heißt es, man sei nicht in der Lage, EG-Verordnungen zu überprüfen."

„Rinder-Karussell"

Seit 1977 bekommt der Kontrollausschuß alle drei Monate einen Bericht von der Kommission über die jüngsten Betrugsfälle. In schwierigen Fällen gehen selbst Mitglieder des Ausschusses vor Ort, um die Tatbestände zu analysieren und den nationalen Behörden in der Kontrollarbeit zu helfen. So geschehen vor einigen Jahren bei einem „Rinder-Karussell" an der irischen Grenze. Britische und irische Zollverwaltungen haben die Vorschläge des Ausschusses angewandt und so das Schlupfloch gestopft.

Aigner sieht die Wurzel des Übels im System: „Die nationalen Regierungen geben der EG-Kommission alljährlich ihre Schätzungen der Pro*duktionen im Agrarbereich.* Sie sind die Grundlage für Vorschüsse der Kommission an die Regierungen aus dem EG-Haushalt. Es dauert oft Jahre, bis sich manche Angaben als falsch oder vielleicht sogar als ge*fälscht erweisen. Die dann zuviel* gezahlten Millionen wieder zurückzufordern, ist sehr schwierig." Was sich der „Chefkontrolleur" im EG-Parlament wünscht, ist die sogenannte „fliegende Kontrollbrigade". Diese Truppe müßte in allen Ecken der EG Kontrollmaßnahmen sofort durchführen können, wenn sich Unregelmäßigkeiten ergeben.

Genscher über Arafat-Plan informiert

Co. **Bonn**

Der jordanische Hofminister, Adnan Said Abu Odeh, hat gestern in Bonn Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher im Auftrag von König Hussein über die jüngste Entwicklung im Nahen Osten unterrichtet. *Genscher, der dabei zum erstenmal* Einzelheiten über die gemeinsame Verhandlungsinitiative Husseins und des PLO-Chefs Arafat erfuhr, begrüßte die ausführliche Information als „Zeichen der traditionellen deutsch-jordanischen Freundschaft". Er sicherte die Unterstützung der Bundesregierung für alle Friedensinitiativen aus der Region zu, „die geeignet sind, die Chancen für eine friedliche Regelung des Nahost-Konflikts zu stärken", äußerte sich jedoch nicht konkret zu dem Arafat-Hussein-Plan.

Chalil Wasir, einem Vertrauten Arafats zufolge, sieht der Plan eine Konföderation Jordaniens mit den Palästinensern vor. Ferner werde die PLO, so Wasir in einem Interview mit einer saudiarabischen Zeitung, das palästinensische Volk auf einer etwaigen internationalen Nahost-Konferenz vertreten.

Rogers begrüßt SDI-Programm

SAD, **Brüssel**

Der NATO-Oberbefehlshaber General Bernhard Rogers steht dem Weltraumprogramm Präsident Ronald Reagans positiv gegenüber. Mit dieser Behauptung traten Offiziere im Stab von Rogers (Shape) Gerüchten entgegen, wonach der General das SDI-Programm mit Skepsis betrachte. Das Gegenteil sei richtig. Rogers werde von Gegnern des SDI-Programms fälschlich in Anspruch genommen, hieß es in Brüssel.

„Ich will die Monarchie für den Iran und nicht den Iran für die Monarchie"

DW. **Bonn**

Khomeini zu stürzen und im Iran wieder in eine Monarchie führen zu können, das hat sich der junge, im Exil lebende Schah von Persien, Reza Pahlewi, zum Ziel gesetzt. Die WELT traf ihn an einem geheimen Ort in der Nähe der amerikanischen Hauptstadt Washington.

Der 24Jährige, der seinen eigentlichen Wohnsitz in Marokko hat, befindet sich gegenwärtig auf einer mehrwöchigen US-Reise. Der Ort des Gespräches wurde erst zwei Stunden vor dem vereinbarten Zeitpunkt bekanntgegeben. Sicherheit geht vor, denn der junge Schah steht bei Khomeinis Mordkommandos an vorderster Stelle.

Das Treffen fand in einem kleinen Vier-Sterne-Hotel etwa 50 Kilometer südlich von Washington statt, in einem unbewohnten Doppelzimmer konnte man ungestört reden. Bereitwillig und diplomatisch geht der *Schah auf die Fragen ein. Man merkt:* Hier wurde von früher Jugend schon ein Kaiser herangezogen. Harte Ausbildung. Schon als 13Jähriger saß er hinter dem Steuerknüppel verschiedener Flugzeugtypen. 1978 machte er in den Staaten eine *Ausbildung als* Kampfflieger. Gegenwärtig schließt er sein Studium in Politischen und Sozialwissenschaften ab.

Für Deutsche, aber auch für die Japaner hegt er große Bewunderung. „Diese Arbeitsmoral und der Wille sind bemerkenswert." Wenn sich die Gelegenheit ergeben sollte, würde er gern mal nach Deutschland kommen, in die Bundesrepublik. Es ist eines der Länder, die er noch nie besucht hat.

Seine Familie sieht er nicht oft. „Mit Ausnahme dieser Wochen, wo ich mich in den Staaten aufhalte", bemerkt der Schah, dessen Mutter, Ex-Kaiserin Farah, und seine Geschwister in den USA leben. Des öfteren trifft er sich allerdings mit Politikern unserer Zeit. Auch gibt es Verbindungen zu einigen Königshäusern. Hierüber möchte er aber nicht *sprechen.*

Die spanische Monarchie wurde vor zwei Jahren vom Schah als sein Muster für eine wiederkehrende Monarchie im Iran bezeichnet. Warum gerade Spanien? „Weil sich hier am deutlichsten gezeigt hat, daß in kritischen Momenten der König die Demokratie und die Einheit des Landes retten kann." Der Vergleich mit Spanien bedeute aber keineswegs eine Übertragung der Verhältnisse auf den Iran. „Jedes Land hat seinen eigenen Weg", betont er.

Woher bekommt er seine Informationen aus der Heimat? „Nicht aus der Presse." Diese habe im heutigen Iran kaum eine Chance, objektiv berichten zu können. Sie komme überhaupt schwer ins Land hinein. „Mit den spärlichen Informationen aus dem Iran, die der Presse bekannt werden, bekommt man ein falsches Bild von dem, was wirklich im Lande vor sich geht," hebt er hervor. Reisende, Kontaktmänner und andere Informa*tionskanäle, über die er nicht spre*chen könne, halten ihn auf den laufenden. „Das bedeutet aber nicht, daß ich die Medien nicht ernst nehme", fügt er hinzu.

Mit den in der Welt verstreuten Iranern – es sind schätzungsweise über



Schah Reza Pahlewi FOTO: AP

zwei *Millionen* – habe er guten Kontakt: „Besonders jetzt, wo wir den Rat der konstitutionellen Monarchie gründen." Eine Art Exilparlament, zusammengesetzt aus Vertretern des In- und Auslandes. Der Schah: „Hier waren *die in Deutschland lebenden* Landsleute vorbildlich. Als ob sie von der Gründlichkeit der Deutschen gelernt hätten."

Inwiefern sei er von der Wiederkehr der Monarchie im Iran überzeugt? *Die Antwort muß man zum* Teil in der Geschichte des Landes, in der jetzigen Situation und in der Meinung des Volkes suchen, meint er. Das einzige demokratische Dokument iranischer Geschichte sei die vor 78 Jahren nach der bürgerlichen Revolution verabschiedete Verfassung der konstitutionellen Monarchie. Der Schah weiter: „Jeder hat hier seine Aufgabe. Das Parlament, die Regierung und der Ministerpräsident. Auch die Aufgaben des Schahs sind in der Verfassung der konstitutionellen Monarchie *festgelegt.*"

„Das iranische Volk ist müde geworden von extremen Richtungen, es will zurück zu seinen Traditionen. Im Vergleich zu heute will es zurück zur Ruhe und Ordnung, zum Wohlstand und sicheren Blick für seine Zukunft", sagte der Schah. Vervollständigend bemerkt er: „Das bedeutet nicht, daß wir wieder zu vergangenen Zeiten zurückkehren. Mit der Geschichte wächst auch ein System. Es bedarf gewisser *Reformen.* Der König hat zu herrschen, nicht zu regieren."

Er ist der Überzeugung, daß die Monarchie nicht erzwungen werden kann. „Ich will die Monarchie für den Iran und nicht den Iran für die Monarchie," betont er. „Ich weiß nicht, warum viele eine Monarchie mit Gewalt gleichsetzen", fragt er und erläutert, daß bei allen Monarchien der Welt nur acht als nicht demokratisch angesehen werden können, dagegen aber 70 Prozent aller Republiken nicht demokratisch sind. „Wir wollen auch nicht ein Spielball zwischen Ost und West sein. Auch hierfür ist die Monarchie ein *besserer Garant",* erklärt der *Monarch* im Exil *mit fester* Stimme.

„Ein Privatkrieg und ein Spielzeug Khomeinis", so bezeichnet der Schah den schon vier Jahre anhaltenden Krieg zwischen Iran und Irak. Khomeini verlangt hier den Sturz des irakischen Präsidenten Saddam Hossein. „Was geht es uns an, was die Iraker für einen Präsidenten haben?" Den Frieden sieht er in dem Grenzabkommen, das 1975 von seinem Vater mit dem irakischen Präsidenten ausgehandelt wurde. „Kinder und Jugendliche sinnlos in den Krieg zu schicken ist heller Wahnsinn", die Empörung verrät seine Jugend.

Und die Religion? „Sie darf sich keineswegs in die Politik einmischen." Was Khomeini im Iran unter dem Namen des Islam anrichtet, hat nichts mehr mit Religion zu tun. „Das Regime in Teheran, das ist lediglich eine Terror-Organisation, die in Iran herrscht." Er selbst sei Moslem, genau wie die meisten seiner Landsleute. Aber auch andere Religionen müssen das Recht haben, ihrem Glauben nachgehen zu können. „Das war ja auch früher so," erinnert sich der Schah an die Zeiten vor Khomeini.

Wie lange wird Khomeini noch an der Macht bleiben? „Wenn unser Volk geschlossen bereit ist, ihn zu stürzen. Die Zeit ist reif dafür!"

Ankara läßt die Türken in Bulgarien nicht im Stich

Sofia betreibt Nationalisierung / Wenigstens 80 Tote

E. ANTONAROS, **Athen**

Ankaras Ministerpräsident Turgut Özal legte seinen Kabinettskollegen „äußerste Zurückhaltung" nahe, und das türkische Außenministerium konnte wochenlang nicht dazu bewogen werden, eine Erklärung abzugeben. Doch in den letzten Tagen mußten die türkischen Behörden handeln: Aus einem Bericht, den der nach Ankara zu Konsultationen zurückgerufene türkische Botschafter in Sofia, Omer Engin Lutem, dem Kabinett vortrug, geht zuverlässigen *Angaben zufolge eindeutig hervor,* daß die türkische Minderheit im Nachbarland Bulgarien systematisch drangsaliert wird. Der bulgarische Botschafter in Ankara wurde ins Außenministerium zitiert.

Özal, selbst ein Anhänger der stillen Diplomatie, hatte zunächst offenbar gehofft, das Problem in direkten Verhandlungen mit den Bulgaren beseitigen zu können. Auch Staatschef Kenan Evren hatte sich persönlich eingeschaltet und in einem Schreiben an Parteichef Schiwkoff die Meinung vertreten, daß die türkische Minderheit im Sinne der guten zwischenstaatlichen Beziehungen behandelt werden müßte. Schiwkoff sagte zwar zu, daß er sich um diese Angelegenheit kümmern würde. Die Zwangsmaßnahmen gegen die rund 800 000 Türken, ein gutes Zehntel der Gesamtbevölkerung Bulgariens, wurden jedoch fortgesetzt.

„Bulgarisierung"

Bekannt wurde die Kampagne der bulgarischen Behörden, als Briefe von Bulgarien-Türken die Außenwelt erreichten: Darin wurde genau geschildert, wie die Behörden in den vornehmlich von Bulgarien-Türken besiedelten Gebieten Dzebel, Kardzali und Momcilgrad die türkische Bevölkerung mit Gewaltanwendung dazu brachten, ihre türkischen Namen gegen bulgarische auszuwechseln. In einer Protestresolution der Universität Ankara, die sich besonders intensiv mit „dieser einmaligen Verletzung der Menschenrechte" befaßt, ist von „mindestens 500 Menschen" die Rede, die im Laufe der „Bulgarisierung" entweder umgebracht worden sind oder den Freitod wählten. Westliche Diplomaten in Ankara halten diese Angaben für übertrieben, geben allerdings die Zahl der Toten mit 80 an.

Für die Türken gibt es nicht die geringsten Zweifel daran, daß Sofia *eine gezielte „Denationalisierung"* der türkischen Minderheit beschlossen hat: Die Zeitschrift „Neues Licht", die bis vor kurzem teilweise in türkischer Sprache erscheinen konnte, veröffentlicht nur noch Beiträge in bulgarischer Sprache. Die einstigen türkischsprachigen Autoren tragen auf einmal bulgarisierte Namen. Selbst hochgestellte Beamte türkischer Abstammung mußten auf Geheiß von oben bulgarische Namen annehmen.

Statistiken aufbessern

Unterderhand wird von türkischer Seite inzwischen bestätigt, daß die Bombenanschläge in verschiedenen bulgarischen Städten und insbesondere in Plovdiv „mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit" von Türken verübt worden sind, die dadurch gegen die „Bulgarisierung" protestieren wollten. Türkischen Journalisten, die der Sache nachgehen wollten, wurde von bulgarischer Seite das Einreisevisum verweigert. Geplante Ferienreisen von türkischen Touristen wurden von Bulgariens staatlichem Reisebüro kurzerhand storniert.

Bereits 1974 hatte die „Bulgarisierung" begonnen, als der Türkischunterricht fast vollständig eingestellt wurde. Dadurch wurde ein bilaterales Abkommen aus dem Jahr 1968 ignoriert, das unter anderem die Aussiedlung von Angehörigen der türkischen Minderheit ermöglichte. Die Bemühungen Ankaras, die Vereinbarung erneuern zu lassen, stießen in Sofia auf wenig Gegenliebe, möglicherweise weil innerhalb von fünf Jahren mehr als 250 000 Türken davon Gebrauch gemacht hatten.

Über die Motive der großangelegten Bulgarisierungsaktion herrscht in Ankara großes Rätselraten. Sonderlich beliebt sind die Türken bei den Bulgaren nie gewesen, weil die Erinnerung an die Besatzungszeit durch das Osmanenreich noch ziemlich frisch ist. Diese nationalen Ressentiments dürfen allerdings kaum ausschlaggebend gewesen sein. Höchst*wahrscheinlich steht das bulgarische* Vorgehen in Zusammenhang mit der Geburtenentwicklung in diesem Land. Während die bulgarische Bevölkerung wegen einer der niedrigsten Geburtenziffern Europas rückläufige Tendenz aufweist, erleben die Türken eine wahre Geburtenexplosion: Ihre Volksgruppe wächst jährlich um rund zwei Prozent. In diesem Jahr plant Sofia eine Volkszählung. *Möglicherweise wollen die bulgari*schen Behörden auf diese Weise „ihre" Statistiken aufbessern. (SAD)

Pretoria führt die Unruhen auf Gerüchte zurück

M. GERMANI, **Johannesburg**

Sechzehn Tote und mehr als zweihundert Verwundete, das ist die Bilanz der seit Montag herrschenden Unruhen im illegalen Siedlercamp „Crossroads" bei Kapstadt. Die Zwischenfälle ereigneten sich, nachdem eine Anzahl unbekannter Schwarzer in „Crossroads" eingetroffen war und sich Gerüchte über eine bevorstehende zwangsweise Umsiedlung in die neuerrichtete schwarze Stadt Khayelitsha, 40 Kilometer vom Stadtzentrum entfernt, verbreitet haben.

Eines der Hauptargumente gegen diese Umsiedlung ist die Entfernung nach Kapstadt zur Arbeitsstelle und die damit verbundenen höheren Transportkosten für die Arbeitnehmer. Inzwischen gab die Regierung *allerdings bekannt, daß die Fahrtko*sten von Khayelitsha nach Kapstadt subventioniert werden. Gerrit Viljoen, Minister für Zusammenarbeit und Entwicklung, der auch für die „Schwarzen-Fragen" zuständig ist, erklärte, *„die Unruhen sind das Er*gebnis falscher Gerüchte". Er beteuerte, sein Ministerium plane keine zwangsweise Umsiedlung, sondern lade die Einwohner von „Crossroads" ein, sich von den Vorteilen und der Verbesserung der Lebensumstände in der neuen Stadt selbst zu überzeugen und freiwillig überzusiedeln.

Der Vorsitzende des schwarzen „Crossroads Committee", Samuel Lange, verhandelte gestern mit dem Hochkommissar des Ministeriums, Timo Bezuidenhout, um ein Ende der Unruhen zu erreichen. Bezuidenhout versicherte gleichfalls, daß auf die Einwohner von seiten der Behörden kein Druck ausgeübt werden solle.

Die Abgeordnete der Progressiven, Helen Suzman, erklärte der WELT, einer der weiteren Gründe für die anhaltende Unzufriedenheit der Einwohner sei der Bruch des Versprechens, das der damalige Minister Piet Koornhoff als Vorgänger Viljoens den Einwohnern 1979 gegeben hatte, nämlich, daß „Crossroads" ausgebaut werde. Die genaue Einwohnerzahl der illegalen Siedlung ist kaum zu ermitteln, da sie sich in den letzten Monaten verdoppelt, wahrscheinlich sogar durch den anhaltenden Strom von Schwarzen aus den beiden Heimatländern Transkei und Ciskei, die auf der Suche nach Arbeit nach Kapstadt strömen, verdreifacht hat.

Die südafrikanische Regierung scheint jedoch zu Konzessionen bereit zu sein, um das Problem der Überbevölkerung und des Wohnungsmangels auf der Kap-Halbinsel zu lösen.

NOTIZEN

Umweltatlas für Berlin

Berlin (AP) – Die ersten zwölf Karten für den „Umweltatlas Berlin", der als Grundlage für politische Entscheidungen in der Umweltvorsorge dienen soll, sind bereits fertiggestellt. Insgesamt sind bis 1986 zwei Bände mit 45 Einzelkarten geplant. Das Projekt, das als Demonstrationsvorhaben in dem gemeinsam von Innen- und Landwirtschaftsministerium erstellten „Aktionsprogramm Ökologie" gilt, soll such Beispiel für andere Ballungsgebiete sein.

Rettung für Wiesenbrüter

München (gur.) – In Bayern sollen die Lebensbedingungen wiesenbrütender Vogelarten erheblich verbessert werden. Bereits in diesem Jahr müssen Landwirte in betroffenen Gebieten auf Entwässerungsmaßnahmen, den Umbruch von Wiesen und das Auffüllen und Planieren der Oberfläche verzichten. Vom 20. März bis 20. Juni – möglichst aber ganzjährig – darf weder gewalzt noch gemäht werden. Das Management des Programms liegt bei den Naturschutzbehörden.

Zeichnender Computer

Berlin (dpa) – Durch Kooperation der Technischen Fachhochschule Berlin (TFH) und einer Firma für Klimatechnik ist in Berlin der Grundstein für das erste deutsche Zentrum für Gebäudetechnik gelegt worden, in dem ein Computer beim Entwerfen und Zeichnen entscheidend mithilft. Der erste Baustein des Zentrums ist das weltweit einzige computerunterstützte System zur Konstruktion und Zeichnung von Klimaanlagen.

Teure Luftverschmutzung

München (gur.) – Der bayerische Umweltminister Alfred Dick beziffert die volkswirtschaftlichen Schäden durch Luftverschmutzung in der Bundesrepublik auf jährlich drei bis sechs Milliarden Mark. Demgegenüber gebe es „keine haltbaren Rückschlüsse" auf eine Beeinträchtigung der Gesundheit breiter Bevölkerungsschichten. So werde die Hauptursache des Pseudo-Krupp-Hustens bei Kindern neuerdings in einer Virusinfektion gesehen. Eine Erhebung in der Bundesrepublik zeige sogar einen Rückgang der Pseudo-Krupp-Anfälle bei Kleinkindern.

Die Rekordjagd in die Tiefe hat nicht nur geologische Bedeutung

Das tiefste Bohrloch der Welt soll ab 1988 in Süddeutschland entstehen. Während sowjetische Forscher bisher 12 Kilometer in die Erde vorgedrungen sind, wollen die deutschen 14 000 Meter erreichen. Das Bundesforschungsministerium hat dafür 450 Millionen Mark bereitgestellt. Von der Bohrung erhoffen sich die Geologen nicht nur Neues über die Strukturen der Erdkruste, sondern auch die Entdeckung neuer Erzvorkommen sowie verbesserte Bohrtechniken.

Von A. NÖLDECHEN

Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber geht auf Rekordjagd. In drei Jahren soll in Deutschland das tiefste Bohrloch geschaffen werden, das es auf der Welt gibt. Bis zu etwa 14 Kilometer tief wird ab 1988 im Süden der Bundesrepublik eine Bohrung niedergebracht. Der Minister stellte für das neue, imponierende „Deutsche Kontinentale Tiefbohrprogramm", abgekürzt KTB, aus seinen Mitteln 450 Millionen Mark bereit. Für jeden Meter also etwas mehr als 32 000 Mark. Eine ungeheure Summe für ein Loch.

Die Ergebnisse dieses gigantischen Forschungsprojekts werden erst Mitte der neunziger Jahre vorliegen können. Doch die Investitionen sollen nicht nur zu geologischen Erkenntnisse führen, sondern vor allem auch wirtschaftlichen Nutzen bringen.

Die Projektleitung ist dem Niedersächsischen Landesamt für Bodenforschung in Hannover übertragen worden. Die Fachleute wollen sich eingedenk vieler, heute noch unüberschaubarer Probleme nun schrittweise an die Tiefbohrung heranmachen.

Zwei Orte stehen zur Wahl

An welcher Stelle in die Erde vorgestoßen werden soll, wird sich erst in etwa zwei Jahren erweisen. Unter 40 möglichen Standorten für die Bohranlage haben rund 200 Geologen bereits eine Vorauswahl getroffen, bei der nur noch zwei übrig geblieben sind – der Schwarzwald in der Nähe von Hornberg und die Oberpfalz bei Erbendorf.

Neben umfangreichen seismologischen Untersuchungen werden „Flachbohrungen" in der Nähe der beiden angepeilten Bohrorte niedergebracht. Erst nach einer genauen Analyse dieser Vorarbeiten wird die Tiefstbohrung begonnen. Fachleute schätzen, daß von den enormen Projektkosten nur ein Viertel auf die Vorarbeiten entfallen. Das Bohrgerät und die Betriebskosten werden mehr als 300 Millionen Mark verschlingen.

An der Erdoberfläche wird das Bohrloch etwa 80 Zentimeter Durchmesser haben, um in 14 Kilometer Tiefe auf gut 20 geschrumpft zu sein. Den gegenwärtigen Rekord im Tiefbohren hält die Sowjetunion. Sie hat 14 Jahre gebraucht, um die für Bohrtechniker sensationelle Tiefe von mehr als 12 000 Metern zu erreichen. Die Bohranlage steht in der arktischen Tundra, auf der Halbinsel Kola.

Trotz anderslautender Beteuerungen der sowjetischen Wissenschaftler ging es ihnen kaum um geologische Tiefen-Aufklärung, sondern um die Entwicklung neuer Bohrtechniken und -geräte. Die für die Wissenschaft interessanten Krustenschichten der asiatischen Scholle erreichten sie nämlich schon in rund 7000 Meter Tiefe. Das sind beispielsweise dieselben kristallinen Grundschichten, die auf der Alpensüdseite, im Tessin, im Valle Leventina offen zutage liegen. Lagerstätten mit reichhaltigen Erzvorkommen sind in diesen Graniten kaum zu erwarten.

In Deutschland ist die Situation jedoch anders. Hier hat sich in den letzten 400 Millionen Jahren geologisch gesehen eine ganze Menge abgespielt. So schiebt sich zum Beispiel eine afrikanische Scholle nach Norden. Sie hat die Alpen aufgefaltet und für Erdbeben in Italien und auf dem Balkan gesorgt.

Das heutige Mitteleuropa liegt nach Ansicht der Geologen in einem besonderen Spannungsfeld zwischen den nordamerikanischen und den asiatischen Platten, in die sich von Süden noch die afrikanische Platte schiebt. Es wird vermutet, daß quer durch Süddeutschland, in nordöstlicher Richtung, eine Zunge der afrikanischen Platte in Tiefen unter 10 Kilometern anzutreffen ist. Wenn man an einer derartigen Stelle tief genug bohren kann, erhält man Auskunft darüber, wie sich diese großflächigen Plattenbewegungen tatsächlich vollziehen.

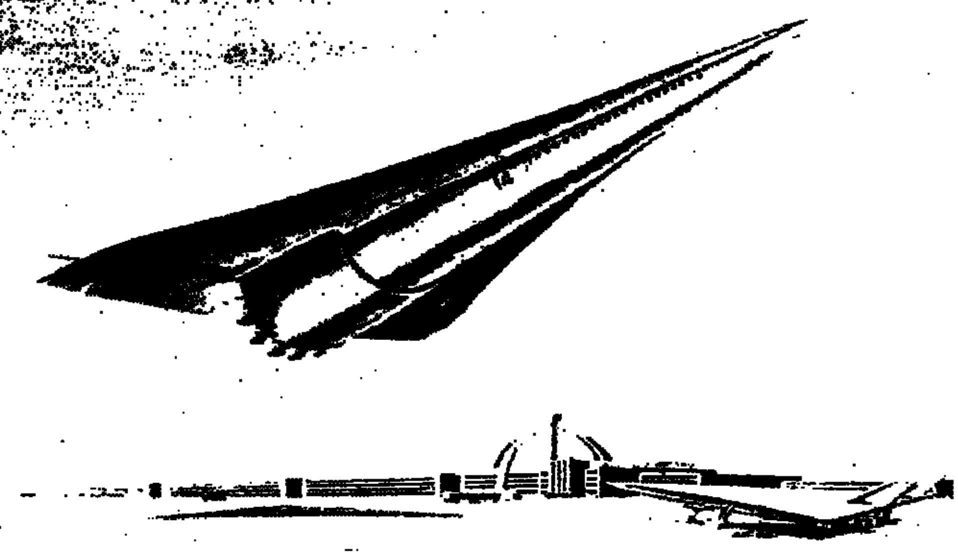
Das ist auch das wissenschaftliche Ziel des neuen Tiefbohrprogramms des Forschungsministeriums. Daraus lassen sich zahlreiche Folgerungen über die Bewegungen in der Erdkruste ableiten. In absehbarer Zeit sollen diese Erkenntnisse dann auch wirtschaftlich genutzt werden.

An erster Stelle des erhofften Fortschritts werden wohl neuartige Bohrtechniken stehen. Ähnlich wie in der Sowjetunion werden sie der Erschließung heimischer Öl-, Gas- oder Erzlagerstätten zugute kommen.

Hohe Anforderungen

Selbst in den USA reichen die verfügbaren Bohrtechniken derzeit kaum für Tiefen über 7000 Metern aus. Deshalb wird sich alles Gerät, das Tiefen zwischen 8000 und 10 000 Metern erreicht, als Spitzentechnologie gut vermarkten lassen.

An die technischen Ausrüstungen werden allerdings Anforderungen gestellt, die bislang kaum zu erfüllen waren. In Tiefen über 9000 Meter können in Deutschland Temperaturen über 250 Grad Celsius auftreten. Das scheint nicht einmal sehr hoch, aber gleichzeitig muß mit Drücken über 2000 Kilogramm pro Quadratzentimeter gerechnet werden. Ob ausgesuchte Spezialstähle unter diesen Konditionen funktionsfähig bleiben, wird sich noch herausstellen. Es ist durchaus denkbar, daß völlig neue Materialien oder andere Verfahren erforderlich werden, um erfolgreich in diese Tiefe vorzustoßen.



Das geplante Flugzeug, das fünfmal so schnell fliegen soll wie der Schall, ähnelt einer riesigen Pfeilspitze. Der Rumpf des Airliners ist mindestens hundert Meter lang. Von Paris bis Los Angeles würde die Maschine, die etwa 300 Passagiere befördern könnte, nur gut zweieinhalb Stunden benötigen.
FOTO. DIE WELT

Zweieinhalb Stunden bis Los Angeles

In den USA geplantes Verkehrsflugzeug soll fünfmal so schnell fliegen wie der Schall

Von A. BÄRWOLF

Die Erde schrumpft immer mehr zusammen. Vor wenigen Tagen hat zum erstenmal das Überschall-Verkehrsflugzeug Concorde die Strecke London–Sydney mit drei Zwischenlandungen in 17 Stunden, drei Minuten und 45 Sekunden überbrückt. Damit wurden vom Flugplan der normalen Jets sieben Stunden gestrichen.

Wenn der Plan des ehemaligen Testpiloten Scott Crossfield, der als erster Mensch zweimal so schnell flog wie der Schall, verwirklicht wird, dann werden in nicht allzuferner Zukunft Hyperschall-Airliner nonstop in weniger als vier Stunden in der oberen Atmosphäre dieselbe Distanz überbrücken können. Und die mit 300 Passagieren besetzten Jets werden so hoch fliegen, daß der störende Überschallknall auf dem Erdboden überhaupt nicht zu hören ist.

Crossfield, der 1953 in einer mit Alkohol und Flüssigsauerstoff betriebenen „Skyrocket" die magische Machzahl 2 über der kalifornischen Wüste erreichte, sieht vor allem auf auf der Strecke New York–Peking großen Bedarf für eine gigantische Maschine, die mehr als fünfmal so schnell fliegt wie der Schall. Crossfield, der gegenwärtig Ausschüsse des amerikanischen Kongresses über das Projekt eines Hyperschall-Verkehrsflugzeuges berät, nennt den Mach-5-Airliner „Orient-Express".

In der Praxis würde eine solche Maschine beispielsweise auf der Strecke Paris–Los Angeles die Möglichkeit eines Eintages-Rundflugs mit fast acht Stunden Arbeitsaufenthalt am Zielort bieten. Ein typischer Flug über die Strecke von 9200 Kilometer würde so abrollen: Steigflug bis auf 30 000 Meter Höhe in 18 Minuten. Reiseflug mit einer Dauergeschwindigkeit von mehr als Mach 5 über eine Stunde und sieben Minuten. Sinkflug rund 20 Minuten. Landeanflug einschließlich Warten auf Landefreigabe 30 Minuten. Gesamtflugzeit: Weniger als zweieinhalb Stunden. Wer also um 14 Uhr in Paris abfliegt, ist morgens vor 7.30 Uhr in Los Angeles.

Der Bau einer solchen Maschine wäre heute technisch kein Problem. Alle aerodynamischen und thermodynamischen Schwierigkeiten wurden in den 60er Jahren schon mit dem Raketen-Forschungsflugzeug X 15 gelöst. Ungelöst bleibt noch die Entwicklung eines luftatmenden Triebwerks, das den Apparat in allen Flugphasen antreibt. Auch das Treibstoffproblem bedarf noch langjähriger Entwicklungsarbeit. Bei einem Aufwand von Forschungsmitteln in der Milliarden-Dollar-Größenordnung könnte der Prototyp der Maschine wahrscheinlich in rund 12 bis 15 Jahren fliegen.

Aussichtsreichster Treibstoff für die geplanten sogenannten Staustrahltriebwerke der Hyperschall-Verkehrsflugzeuge ist Flüssigwasserstoff mit einer Temperatur von minus 253 Grad Celsius. Die geringe Dichte von Wasserstoff macht riesige Treibstoffbehälter erforderlich. Die voluminösen Tanks bestimmen im wesentlichen die Größe der Flugzeugzelle. Der Rumpf einer Hyperschallmaschine für eine typische Interkontinentalstrecke ist mehr als einhundert Meter lang. Für die Superlangstrekken New York–Peking oder London–Sydney sind die Dimensionen noch gewaltiger.

Mit großer Wahrscheinlichkeit werden die Airliner der Zukunft von kombinierten Turbo-Staustrahltriebwerken angetrieben werden. Das Turbinentriebwerk wird das Flugzeug auf rund dreifache Schallgeschwindigkeit beschleunigen, dann übernimmt ein Überschall-Staustrahltriebwerk, genannt Scramjet (Supersonic Combustion Ramjet), die Antriebsfunktion. Grundsätzlich hat das Staustrahltriebwerk im Gegensatz zum Turbinentriebwerk keine beweglichen Teile. Es kann nur arbeiten, wenn es von anderen Kräften durch die Luft bewegt wird. Dann wird Treibstoff in den Luftstrom eingeführt. Die heißen Gase des Verbrennungsprozesses erzeugen den Schub.

Besonders stark aufgeheizte Flugzeugteile, wie beispielsweise die Lufteintrittsöffnungen der Triebwerke, werden durch den zirkulierenden superkalten Treibstoff mit Regenerativkühlung bei normaler Temperatur gehalten. Beim Start des Hyperschall-Riesen mit den Triebwerken extremer Leistung ist eine starke Lärmbelästigung nur in Flugplatznähe nicht zu vermeiden.

Mitterrand führt ein neues Wahlsystem ein

Eine Dosis Verhältniswahlrecht / Gemischte Reaktionen

A. GRAF KAGENECK, Paris

Zum ersten Mal werden die Franzosen – wie zuweilen ihre deutschen Nachbarn – an einem Wahltag zwei Stimmen abgeben müssen. Premierminister Fabius kündigte am Dienstag überraschend an, daß im kommenden Jahr die Parlaments-Wahlen mit den ersten allgemeinen und direkten Wahlen zu den Regionalräten in den Regionen zusammenfallen werden. Fabius löst damit ein Versprechen ein, das der Kandidat Mitterrand 1981 im Präsidentschaftswahlkampf gemacht und sein späterer Innenminister Gaston Defferre im Zuge der Dezentralisierung des Landes 1982 erneuert hatte. Bisher war diese Reform, wichtiger weiterer Schritt zur Entzerrung Frankreichs, aber immer wieder an Streitereien innerhalb der sozialistisch-kommunistischen Regierungsmehrheit gescheitert.

Frankreich ist seit 1960 in 21 „Regionen" aufgeteilt, in denen jeweils bis zu fünf Departements zu wirtschaftlich und verwaltungstechnisch selbständigen Einheiten unter Leitung eines Regionalpräfekten und eines Regionalrates zusammengefaßt sind. Oft fallen die Regionen mit geschichtlich gewachsenen Provinzen des alten Königreichs, wie Aquitanien oder die Picardie, zusammen. Bisher aber waren die Regionalräte aus den Abgeordneten der Region zur Nationalversammlung und einer gleich großen Zahl von Delegierten der Gebietskörperschaften (General- und Gemeinderäte) zusammengesetzt und hatten lediglich beratende Funktionen. Jetzt sollen die Regionalräte ebenso wie ihre Kollegen in den Generalräten der Departements direkt von der Bevölkerung gewählt werden. Die wichtigste von Fabius eingeführte Neuerung aber ist, daß sie nicht nach dem bisher gültigen Mehrheitswahlrecht in zwei Wahlgängen, sondern nach der Verhältniswahl gewählt werden sollen. Ob es und in welchem Ausmaß auch bei den (gleichzeitig stattfindenden) Parlamentswahlen zu einer Dosis von Verhältniswahl kommt, ist noch das bestgehütete Geheimnis der sozialistischen Regierung. Das Prinzip indes scheint festzustehen.

Die Rechtsopposition hat den Ukas des Premierministers mit gemischten Gefühlen aufgenommen. Denn er könnte ein Danaergeschenk sein. Mit einem unzweifelhaften Plus an Demokratie verbindet er den wahltaktisch geschickten Schachzug der Sozialisten mit dem Ziel, Giscardisten und Gaullisten auseinanderzudividieren. Das Verhältniswahlrecht verhindert klare Mehrheiten und stürzt alle Parteien in einen Konkurrenzkampf, den die Einigung auf einen Einheitskandidaten im zweiten Wahlgang beim Mehrheitswahlrecht ausschließt. Außerdem öffnet es Randparteien, allen voran der „Nationalen Front" des Rechtsnationalen Le Pen die Türen zu den Parlamenten. Schließlich wäre es ein Rettungsring für die schwer an Boden verlierende Kommunistische Partei. Mitterrand hat dies alles einkalkuliert. Es erlaubt ihm, als Förderer der Demokratie dazustehen und gleichzeitig der Opposition neue Steine in den Weg zu legen. Denn warum sollten nicht auch Franzosen wie ihre deutschen Nachbarn mit ihren zwei Stimmen nicht immer für dieselbe Partei votieren?

Nahost: Israel und Italien für direkte Gespräche

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Zwischen Israel und Italien besteht weitgehend Übereinstimmung in der Überzeugung, daß direkte Verhandlungen der beste Weg für eine Beilegung des Nahost-Konfliktes wären. Die Ministerpräsidenten Shimon Peres und Bettino Craxi machten das am Ende eines dreitägigen Rom-Besuches des israelischen Regierungschefs auf einer gemeinsamen Pressekonferenz deutlich. Peres sagte: „Ich teile die Ansicht Craxis, daß es eine Friedenschance gibt."

Uneingeschränkt erklärte sich Peres zu direkten Verhandlungen mit dem jordanischen König Hussein bereit. Der König könne jederzeit nach Jerusalem kommen, und er, Peres, sei auch bereit, nach Amman zu gehen. König Hussein könne in Israel sagen, „was er denkt", wie es der ägyptische Staatschef Sadat bei seiner historischen Rede vor der Knesset getan habe. Peres lehnte jedoch eine internationale Nahost-Konferenz ab.

Die Vereinbarung zwischen Hussein und PLO-Chef Arafat über eine gemeinsame jordanisch-palästinensische Verhandlungsplattform für etwaige Direktgespräche mit Israel wurde von Craxi erneut als „ein Schritt in die richtige Richtung" bezeichnet, wobei der italienische Regierungschef freilich hinzufügte: „Im Augenblick können wir den Inhalt dieser Vereinbarungen noch nicht beurteilen." Peres ging vor der Presse mit keinem Wort auf die Vereinbarung ein. Über Arafat sagte er lediglich, die PLO habe dem Terrorismus noch immer nicht abgeschworen.

Craxi teilte mit, daß er im vergangenen Dezember bei seinem Zusammentreffen mit Arafat in Tunis die PLO bedrängt habe, den bewaffneten Kampf aufzugeben und auf dem Verhandlungsweg eine politische Lösung zu suchen. Alle müßten dazu beitragen, die atmosphärischen und sachlichen Voraussetzungen für erfolgversprechende Verhandlungen zu schaffen. Man dürfe dabei auch nicht übersehen, daß die PLO, so starke Gegensätze es in ihren Reihen auch geben möge, die einzige repräsentative Bewegung der Palästinenser sei.

Bisher sind nach Ansicht beider Regierungschefs die Voraussetzungen für die Aufnahme ernsthafter Verhandlungen noch nicht gegeben. Italien sieht sich nach den Worten Craxis als „aktiver Zeuge" der Entwicklung im Nahen Osten, beabsichtige jedoch nicht, als Vermittler zwischen Israel und den Palästinensern aufzutreten – es sei denn, daß dies ausdrücklich gewünscht werde.

Peres nannte drei vordringliche Nahziele der israelischen Politik: erstens Rückzug aus dem Libanon; zweitens Verbesserng der Lebensbedingungen in den besetzten Gebieten; drittens Wiederaufnahme der wirtschaftlichen und diplomatischen Beziehungen zu Ägypten.

Im Blick auf sein Zusammentreffen mit Papst Johannes Paul II. am Dienstag, bei dem beide Seiten in der Jerusalem-Frage auf ihren unterschiedlichen Standpunkten beharrt hatten, unterstrich Peres, daß der freie Zugang zu den heiligen Stätten in Jerusalem voll gewährleistet sei. „Ich sehe keine Probleme", sagte er. Der Vatikan fordert nach wie vor Garantien im Rahmen eines internationalen Jerusalem-Statuts.

Streikaufruf Walesas aus dem Untergrund

AP, Warschau

Der Untergrundsender der verbotenen polnischen Gewerkschaft „Solidarität" hat in Warschau den gemeinsamen Aufruf von Arbeiterführer Lech Walesa und der Untergrundführung der Gewerkschaft zu einer landesweiten 15minütigen Arbeitsniederlegung am 28. Februar verbreitet. Mit dem Streik soll gegen geplante Preiserhöhungen von Lebensmitteln protestiert werden.

Die Sendung begann am Dienstag abend um 20.30 Uhr und konnte etwa drei Minuten in der gesamten Hauptstadt empfangen werden. Es war das erste Mal seit drei Monaten, daß sich der Untergrundsender zu Wort meldete. In dem Aufruf heißt es, die einzige Form erfolgreichen Kampfes der Arbeiter sei der organisierte Protest, und die erfolgreichste Art des Protests sei ein Streik.

Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) und die Weltgewerkschaftskonföderation befürchten, die polnische Regierung könnte versuchen, Schauprozesse gegen Aktivisten der „Solidarität" zu veranstalten. Anlaß für die Erklärung der beiden nichtkommunistischen internationalen Verbände in Brüssel sind die Verhaftung von drei führenden Mitgliedern der „Solidarität" in der vergangenen Woche und Ermittlungen gegen Walesa und andere Gewerkschaftsaktivisten wegen des Streikaufrufs.

Inzwischen hat eine nach der Entführung und Ermordung des polnischen Geistlichen Jerzy Popieluszko gegründete Warschauer Menschenrechtsgruppe der polnischen Regierung vorgeworfen, den Prozeß gegen die wegen der Tat verurteilten vier Geheimpolizeioffiziere manipuliert zu haben. „Das Verfahren fand unter Bedingungen statt, die nicht gewährleisten konnten, daß die ganze Wahrheit bekannt wird", heißt es in der Verlautbarung des „Bürgerausschusses gegen Gewalt in Warschau".

Die Erklärung ist von 14 führenden Mitgliedern der verbotenen Gewerkschaft „Solidarność" in Warschau und Regimekritikern unterzeichnet. Sie schreiben, daß auf der Anklagebank in Thorn noch mindestens drei weitere Angehörige des Innenministeriums hätten sitzen müssen. Es wurden die Namen Oberst Leszek Wolski, Major Janusz Drozdz und Jozef Baczynski genannt. Sie hätten wie die Verurteilten an jener Sitzung teilgenommen, auf der darüber gesprochen worden sei, wie man Popieluszko am besten einschüchtern könnte.

Der Bürgerausschuß vertritt weiter die Ansicht, das Gericht habe die Rolle von General Zenon Platek nicht hinreichend untersucht. Platek war damals Leiter jener Abteilung im Innenministerium, der die Überwachung der Kirche obliegt. Nach der Ermordung Popieluszkos wurde er wegen Verletzung der Aufsichtspflicht über seine Untergebenen vom Dienst suspendiert. Platek war auch als Zeuge in dem Thorner Prozeß geladen. In der Erklärung heißt es, das Gericht sei nicht der Vermutung nachgegangen, daß Platek über die Angelegenheit mehr wisse als er zugegeben habe.

WELT-Forum: Strategische Verteidigung im All

Zehn Thesen zur Beteiligung an SDI

Von JÜRGEN TODENHÖFER

These 1: Die Sowjetunion besitzt als einziges Land der Welt ein bodengestütztes atomares Raketenabwehrsystem gegen ballistische Interkontinentalraketen, das im Gebiet um Moskau disloziert ist. Sie betreibt darüber hinaus mit großem Nachdruck Verbesserungen dieser Abwehrtechnologie (Galosh, SH-4/8) und weitet ihre Produktionskapazitäten erheblich aus. Es gibt Hinweise darauf, daß Moskau beabsichtigt, in wenigen Jahren seine wichtigsten militärischen Einrichtungen mit bodengestützten Raketenabwehrsystemen zu schützen. Ein Teil dieser Systeme wäre mobil stationiert und damit für westliche Fotosatelliten nur schwer zu entdecken. Darüber hinaus arbeitet die Sowjetunion seit Jahren intensiv an einem weltraumgestützten Raketenabwehrsystem auf der Basis von Laser- und Partikelwaffen. Sie hat für die Forschungen in diesem Bereich bisher ein Vielfaches der entsprechenden amerikanischen finanziellen Mittel ausgegeben.

Parallel zu diesen Anstrengungen zum Aufbau einer Raketenabwehr läuft ein gigantisches Modernisierungsprogramm ihrer Offensivwaffen. Die Sowjetunion produziert gegenwärtig pro Jahr rund 350 atomare Interkontinentalraketen (davon jährlich 150 bodengestützte), während die USA sich seit Jahren plagen, wenigstens einhundert neue MX-Interkontinentalraketen in Stellung zu bekommen. Diese Diskrepanz im offensiven und im defensiven Bereich erzwingt eine amerikanische Antwort.

These 2: Voraussetzung für eine Entscheidung zugunsten des Aufbaus eines weltraumgestützten Verteidigungssystems der USA gegen ballistische Atomraketen muß sein, daß nach Abschluß der fünf Jahre dauernden Erstphase der SDI-Forschung die Gewißheit besteht,

Jürgen Todenhöfer: Seit 1981 ist der Jurist aus Offenburg Mitglied des Auswärtigen Ausschusses und Obmann der CDU-Fraktion im Unterausschuß für Abrüstung und Rüstungskontrolle. 1982 wurde er verteidigungspolitischer Sprecher. FOTO: WERNER SCHÜRING

a) daß SDI technisch innerhalb eines vernünftigen finanziellen Rahmens realisierbar ist,

b) daß Europa genauso sicher vor ballistischen Atomraketen geschützt werden kann wie die USA,

c) daß die militärische Stabilität zwischen West und Ost durch SDI erhöht und nicht verringert wird.

Falls auch nur eine dieser Voraussetzungen unerfüllt bleibt, werden die Bündnispartner den amerikanischen SDI-Plänen kaum zustimmen können. Es ist aber ohnehin nicht zu erwarten, daß die USA die Verwirklichung von SDI in diesem Falle fortsetzen würden.

These 3: Eine weitere unabdingbare Forderung der Europäer zu SDI besteht darin, daß die USA und die Sowjetunion, um gefährliche Phasen der Instabilität zu vermeiden, zu einer Einigung über den Zeitpunkt und andere Modalitäten der Einführung ihrer weltraumgestützten Verteidigungssysteme gelangen. Instabilitäten würden dann entstehen, wenn die USA oder die Sowjetunion einseitig und allein ein Weltraumverteidigungssystem einführen würden. Dies könnte den Besitzer, bei unverminderter Angriffsfähigkeit, unverwundbar machen und zu Präventivschlägen der anderen Seite einladen.

These 4: SDI hat einen unübersehbaren Vorteil: Als Ergänzung der westlichen atomaren Strategie der „flexiblen Reaktion" könnte ein solches System, selbst wenn es möglicherweise nur 80 bis 90 Prozent der anfliegenden ballistischen Raketen abfangen kann, einen Entwaffnungsschlag unmöglich machen. Damit wäre aus dem augenblicklich bestehenden militärstrategischen Verhältnis zwischen West und Ost der größte Faktor der Instabilität, nämlich die potentielle Erstschlags- und Entwaffnungsfähigkeit ballistischer Atomraketen, gleichsam herausoperiert. Angriffsraketen, die nur einen Bruchteil der gegnerischen Raketen ausschalten können, wobei zudem noch ungewiß bleibt welche, sind strategisch wertlos.

Auch der Wert ballistischer Raketen als Vergeltungs-(Zweitschlags-)waffen wäre wegen des Verlustes der Fähigkeit, sie sicher in bestimmte Ziele zu bringen, nur noch minimal.

These 5: Die USA und die Sowjetunion werden sich wahrscheinlich nach der strategischen Entwertung ihrer ballistischen Raketen stärker auf die Entwicklung von langsameren Systemen konzentrieren, also Flugzeuge und Marschflugkörper – mithin ausschließlich auf Waffen der Zweitschlagfähigkeit. Daher wäre es Aufgabe von Abrüstungsverhandlungen, vor allem die Zahl der strategischen Bomber und der Marschflugkörper unter Kontrolle zu halten, zu begrenzen und zu reduzieren. Die Verlagerung von Erstschlagskapazitäten auf Zweitschlagskapazitäten würde die internationale Stabilität entscheidend erhöhen.

These 6: Unter ethischen Gesichtspunkten kommt einer Strategie, die Raketen zerstört, ein höherer Wert zu als einer Strategie, die Menschen vernichtet. Diesem Grundgedanken aus Reagans Rede vom 23. März 1983 kann man nur zustimmen. Jahrelang haben Vertreter der Linken die Umstellung von Offensivwaffen auf Defensivwaffen gefordert. Jetzt, wo die USA damit beginnen, laufen dieselben Politiker Sturm gegen die geplanten rein defensiven Waffen der USA, obwohl diese nicht in der Lage sind, militärische Ziele auf der Erde anzugreifen, sondern nur anfliegende Atomraketen ausschalten können. Es ist erstaunlich, mit welcher Nostalgie führende Vertreter der Linken heute von den „guten alten Zeiten" träumen, in denen der Frieden noch auf der gesicherten Möglichkeit der gegenseitigen Vernichtung der Zivilbevölkerung durch Atomraketen beruhte.

These 7: SDI erhöht die Militarisierung des Weltraums nicht, wie ihre politischen Gegner behaupten, sondern verringert im Gegenteil die Gefahr der seit 27 Jahren bestehenden Militarisierung des Weltraums, die am 26. Mai 1954 mit dem Abschuß einer interkontinentalen ballistischen Rakete nicht etwa durch die USA, sondern durch die Sowjetunion begann.

Interkontinentale ballistische Atomraketen legen über 90 Prozent ihres Weges im Weltraum zurück. Der Weltraum ist ihre Anflugbasis, ihr Hauptoperationsfeld. Ballistische Atomraketen sind letztlich selber „Weltraumwaffen". Es ist eine bemerkenswerte Leistung, daß es der sowjetischen Propaganda gelungen ist, im Weltraum stationierte Verteidigungswaffen, deren Aufgabe es sein wird, über den Weltraum angreifende atomare Angriffsraketen abzufangen und Millionen von Menschenleben zu retten, mit dem Odium der Militarisierung des Weltraums und damit der Verwerflichkeit zu belegen.

These 8: Insgesamt ist SDI eine Chance für die Menschheit, den Frieden stabiler zu machen. Die Europäer, insbesondere die Bundesrepublik, sollten daher das Angebot des amerikanischen Verteidigungsministers Weinberger nutzen, sich an den Forschungsarbeiten zu SDI zu beteiligen. Der Bundeskanzler hat auf der Wehrkundetagung in München seine grundsätzliche Bereitschaft zu einer derartigen Beteiligung signalisiert. Dies würde uns erlauben, in konstruktiver Weise Einfluß auf die gesamte Entwicklung von SDI zu nehmen, die besonderen Interessen Europas im Rahmen der Weltraumverteidigung zu wahren und nach Abschluß der Forschungsphase ein Urteil zu gewinnen, ob die Voraussetzungen für eine Fortsetzung von SDI gegeben sind oder nicht.

Eine Beteiligung an der Forschung würde ferner verhindern, daß Europa in einen hoffnungslosen technologischen Rückstand gegenüber den USA und der Sowjetunion gerät. Nicht SDI wirkt „abkoppelnd", sondern eine Nichtbeteiligung der Europäer an dem SDI-Forschungsprogramm könnte eine gefährliche militärische und technologische Selbstabkoppelung Europas von den USA zur Folge haben. Die Entscheidung über Art und Umfang der deutschen Beteiligung am SDI-Forschungsprogramm muß daher im Interesse unseres Landes so bald wie möglich fallen.

These 9: Der Westen sollte sich in einem Punkt keiner Täuschung hingeben: Die Sowjetunion wird mit einer der größten Propagandakampagnen der Nachkriegszeit versuchen, die amerikanischen SDI-Pläne zunichte zu machen, ohne dabei ihre eigenen Raketenabwehrpläne aufzugeben. Die Kampagnen gegen die Neutronenwaffe und gegen die Nachrüstung waren ein harmloser Vorgeschmack dessen, was uns bevorsteht. Gegen diese Propagandaoffensive hilft nur eine breitangelegte offensive Informationspolitik des Westens. Wer wie der Westen eine defensive Verteidigungsstrategie hat, muß eine offensivere Informationspolitik betreiben.

These 10: Wie immer man SDI und den damit verbundenen Versuch beurteilt, im Rahmen der „flexiblen Reaktion" von einer „offensiven" zu einer „defensiven" Abschreckung überzugehen – eines hat SDI schon jetzt erreicht: Sie hat die Sowjets in Genf an den Verhandlungstisch zurückgebracht. Ich bin sicher, daß dies nicht der letzte Erfolg der Strategischen Verteidigungsinitiative Präsident Reagans sein wird.

Wie eine Idee geboren wurde

Die Weltöffentlichkeit hat lange gebraucht, ehe sie Notiz nahm. So geht es mit Ideen, auf die keiner gefaßt ist, häufig: Sie fallen erst einmal durch das Sieb des zeitgenössischen Bewußtseins.

Am 23. März 1983, also vor nahezu zwei Jahren, hielt der amerikanische Präsident eine in den USA landesweit übertragene Fernsehansprache, die laut Vorankündigung die kommunistische Bedrohung in Zentralamerika zum Thema hatte haben sollen. Ronald Reagan ging auch darauf ein, – mit Hinweisen auf Nicaragua, Kuba und das im Entstehen begriffene strategische Flugfeld auf Grenada.

Aber nicht deswegen wurde dieser Fernsehauftritt zu einem historischen Ereignis. Vielmehr hatte der Präsident kurz entschlossen eine gänzlich andere Thematik dem Zentralamerika-Stoff vorangestellt: Die Darstellung einer neuen Verteidigungsstrategie, die das zwischen den Atomgiganten bestehende „Gleichgewicht des Schreckens", die heute gültige atomare Abschreckung, im 21. Jahrhundert würde ablösen können. Reagan erteilte den Wissenschaftlern seines Landes einen Auftrag, der an Kühnheit die einstige Ankündigung Präsident Kennedys, die USA wollten bis Ende der 60er Jahre den Mond erreichen, bei weitem übertraf.

So kurzfristig hatte das Weiße Haus diesen Stoff in den Redetext des Präsidenten eingebaut, daß selbst der eigene Kongreß die Enthüllung dieser bahnbrechenden Idee ohne Vorwarnung vom Fernsehschirm in Empfang nehmen mußte. Die Verbündeten standen mit ihrer traditionellen Klage, sie seien nicht konsultiert worden, diesmal also nicht allein.

Mit einem Tabu wurde gebrochen

Inzwischen, nach zwei Jahren, ist die ganze Tragweite der Rede vom 23. März 1983 zur Entfaltung gekommen. Das Konzept einer „strategischen Verteidigung" hat inzwischen auch die Taufe des internationalen Politjargons erhalten: Ein eigenes Kürzel. SDI lautet es, entsprechend seiner amerikanischen Langformel: „Strategic Defense Initiative", Strategische Verteidigungsinitiative. Insgesamt 26 Milliarden Dollar will die Reagan-Regierung über die ganze Forschungsperiode – geschätzt sind fünfzehn Jahre – flüssig machen.

Was Präsident Reagan am 23. März 1983 aussprach, galt seit dem 1972 zwischen Moskau und Washington geschlossenen ABM-Vertrag eigentlich als tabu. Damals hatten sich die Supermächte darauf geeinigt, das militärische Gleichgewicht zwischen sich auf das Bedrohpotential ihrer jeweiligen Offensivwaffen zu stützen.

Im Klartext: Ost und West sollen durch die Vernichtung mit den Waffen des anderen gleich verwundbar sein; keiner darf sich ausrechnen können, bei einem Erstschlag soviel Raketen auf der Gegenseite zu treffen, daß er die Vergeltung durch die „Zweitschlagkapazität" des Gegners nicht mehr zu befürchten braucht. Abschreckung beruht demnach auf der glaubhaft zugesicherten „gegenseitigen Vernichtung" (Mutual assured destruction / MAD).

High Technology im All stationiert

Hintergedanke bei dieser damaligen Einigung war auch, daß Abwehrmaßen gegen Feindraketen technologisch als zwecklos galten, da die „Offensive" immer wieder mit neuen Anstrengungen die „Defensive" würde überwältigen können. Das aber gilt so uneingeschränkt im Jahre 1985 nicht mehr. Die „High Technology" – Computer, schnelle Schaltkreise, etc. – hat in den USA Quantensprünge der Entwicklung hinter sich, die besonders auf dem Gebiet der Strahlenforschung Abwehrwaffen möglich machen, die, im Weltraum stationiert, von nicht mehr zu überwältigender Qualität sein dürften.

Kritiker nennen dies, irreführend, Waffen aus dem Fabelreich des „Kriegs der Sterne" (Star Wars). In Wahrheit könnte von der Fähigkeit, das Gleichgewicht in der Welt auf die Vernichtung von Raketen statt auf den angedrohten Tod von Millionen Menschen zu gründen, ein großer Segen ausgehen. So besorgt sind offenbar die Sowjets, daß das amerikanische SDI-Projekt ihr eigenes Raketen-Angriffspotential überflüssig machen könnte, daß allein diese Verteidigungsinitiative der Reagan-Regierung ausreichte, Moskau wieder an den Verhandlungstisch nach Genf zurückzulocken.

Damit stehen wir aber noch immer am Anfang einer langen Auseinandersetzung. Vor allem auch die Bündnispartner der USA müssen mitsprechen können, zum technologischen und verteidigungspolitischen Aspekt von SDI. Die WELT läßt daher heute zwei Vertreter der größten deutschen Parteien zu Wort kommen, die von ganz persönlicher Warte aus die Problematik beurteilen. (kie.)

Laute Töne sind nicht gefragt

Von ALFONS PAWELCZYK

Der Weltfrieden ist immer dann am meisten bedroht, wenn die beiden Supermächte, statt miteinander zu reden und zu verhandeln, ihr Heil im ungesteuerten Rüstungswettlauf suchen. Diese Form der Sprachlosigkeit scheint nun überwunden zu sein. Die „Strategische Verteidigungsinitiative" (SDI) hat dazu beigetragen.

Ein militärischer Flächenbrand blieb der Welt bisher erspart. Er kann jedoch ausbrechen, wenn USA und Sowjetunion sich zu begrenzter Zusammenarbeit als unfähig erweisen und damit ihre gemeinsame Konfliktregelungsfähigkeit verlieren.

Die Absichtserklärung beider Staaten, wieder verhandeln und am Beginn einen umfassenden Verhandlungskomplex sorgfältig definieren zu wollen, verlangt von Westeuropa, Egoismen zurückzustellen und statt dessen alle politischen Möglichkeiten einzusetzen, damit dem Versuch Erfolg beschieden wird. Beide Supermächte fanden schließlich auch nur durch Kompromisse an den Verhandlungstisch zurück. Die Sowjetunion beharrt nicht mehr auf dem vorherigen Abzug der neuen, in Westeuropa stationierten amerikanischen Mittelstreckenwaffen; die USA sind bereit, auch über Weltraumwaffen zu verhandeln.

Das Mißtrauen zwischen beiden Supermächten ist nach wie vor derart beherrschend, daß diplomatisches Geschick gefragt ist, nicht laute Töne, nicht Mißtrauen gegen die eigene Führungsmacht, sondern Unterstützung. Das Geflecht europäischer Außenpolitik ist derart kompliziert, daß wir der westlichen Führungsmacht, dem Verhandler USA, eine kritisch konstruktive Begleitung schuldig sind. Die USA sollten diese Begleitung endlich als Unterstützung begreifen.



Alfons Pawelczyk: Bis zu seiner Wahl in den Bundestag 1969 Berufsoffizier, schloß sich 1961 der Hamburger SPD an. Auch nach seiner Rückkehr in die Hansestadt als Innensenator (1980) berät er seine Partei in Fragen der Sicherheitspolitik. FOTO: WEREK

Auf der Basis gegenseitigen Vertrauens im Bündnis ist ein gemeinsames Vorgehen in Genf unter Berücksichtigung westeuropäischer und deutscher Interessen sehr wohl möglich. Das haben Sozialdemokraten in den sechziger und siebziger Jahren bei der Entwicklung der Ostpolitik bis hin zum Zustandekommen der KSZE bewiesen.

Wenn der Genfer Versuch scheitert, werden das Mißtrauen und die Angst, von der anderen Supermacht überholt zu werden, auf jeden Fall den Rüstungswettlauf erneut beschleunigen. Bilaterale Entwicklungen zwischen den Staaten in West- und Osteuropa, die vor allem für uns Deutsche Vorteile bringen, werden dann unterbunden sein. Es kommt darauf an, jede noch so kleine Chance zu nutzen. Genf ist eine.

Nehmen wir die Vereinigten Staaten beim Wort. Außenminister Shultz erklärte am 3. 1. 1985 unter anderem: „Die Vereinigten Staaten sehen in Defensivmaßnahmen kein Mittel zur Erlangung militärischer Überlegenheit. Da wir in dieser Hinsicht keinerlei Ambitionen haben, wäre es am sinnvollsten, den Aufbau von Defensivsystemen im Gesamtzusammenhang einer gemeinsam zu erarbeitenden fairen und verifizierbaren Rüstungskontrollregelung durchzuführen, die den Aufbau offensiver wie defensiver Waffensysteme in den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion vorgibt."

Nach der Kuba-Krise von 1962 begann ein intensiver Dialog zwischen USA und Sowjetunion. Es kam zur „SALT-Politik" über strategische Waffen. Das war ein Versuch, sowjetische und amerikanische Probleme zu lösen, ohne die europäischen Interessen genügend zu berücksichtigen. Damals hatte Westeuropa die Fähigkeit zum gemeinsamen Handeln verloren. Mit Frankreich war es über diese Fragen mehrfach zu schwerwiegenden Meinungsverschiedenheiten gekommen. Die sozialliberale Bundesregierung hatte später den entscheidenden Anteil an der Entwicklung einer neuen außenpolitischen Bündnisstrategie, die auch die Sprachlosigkeit zwischen Ost und West überwand.

Wir müssen darauf vorbereitet sein, daß jetzt von Genf Entwicklungen gleicher Tragweite ausgehen wie zwischen beiden Großmächten nach der Kuba-Krise. Westeuropa sollte sich diesmal von Anfang an als handlungsfähig erweisen. Dazu gehört auch, daß sich die beiden großen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland – SPD und CDU/CSU – im Gegensatz zu den siebziger Jahren bei entscheidenden Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik als einigungsfähig erweisen. Ein positives Verhandlungsergebnis der beiden Supermächte kann die sicherheitspolitische Landschaft völlig verändern. Das Ergebnis kann sein:

– Eine Neugestaltung des politischen Verhältnisses zwischen beiden Supermächten mit der Chance eines ständigen Dialogs.

– Ein neuer Waffenmix mit stark defensiver Betonung.

– Eine einschneidende Reduzierung der Offensivpotentiale bei gleichzeitigem Verzicht auf die unkontrollierte Aufrüstung im Weltraum.

– Die Anwendung der Weltraumforschungsergebnisse auf außermilitärische Bereiche mit erheblichen wirtschaftlichen Vorteilen für die Beteiligten.

Es gilt, die Interessen Westeuropas durch eine geeignete Form der Beteiligung zu wahren. Dabei muß dann auch die Gefahr der Abkoppelung Westeuropas von den USA gebannt werden.

Bei den hoffentlich bald beginnenden konkreten Verhandlungen zwischen den Supermächten haben wir weder bei den Nuklearwaffen noch bei der „Strategischen Verteidigungsinitiative" direkte Einwirkungsmöglichkeiten. Wir müssen dennoch alles versuchen, um bei der Formulierung der Verhandlungsziele und bei dem Versuch der Neustrukturierung des Verhältnisses zwischen den USA und der Sowjetunion Einflußmöglichkeiten zu gewinnen. Im Vordergrund sollte dabei für uns das Ziel stehen, das Westeuropa am meisten bedrohende Potential, die taktischen Nuklearwaffen und das Übermaß an Soldaten und konventionellen Waffen in Mitteleuropa, nachhaltig abzubauen.

Das Atlantische Bündnis behält nur dann für die Bundesrepublik seinen Wert, wenn auch in Zukunft gleiche Sicherheit für alle Partner besteht. Die „Strategische Verteidigungsinitiative" ist eine Herausforderung für den Zusammenhalt des Bündnisses.

Sie ist bisher ein Forschungsvorhaben über einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren. Die Forschung soll Fragen beantworten. Wenn die Ergebnisse vorliegen, wird zum Beispiel Ronald Reagan nicht mehr Präsident der Vereinigten Staaten sein. In diesen fünf Jahren müssen auf die wesentlichen Fragen zwischen USA und Sowjetunion und USA und Westeuropa Antworten gefunden werden. Deshalb handelt die Bundesregierung politisch ungeschickt und gefährlich, wenn sie sich schon jetzt endgültig festlegt, ohne daß ihr ausreichende Informationen vorliegen. Die Vereinigten Staaten haben sich selbst noch nicht einmal darüber geäußert, in welcher Form sich die Bündnispartner überhaupt an dem Projekt beteiligen könnten. Wie sich unsere wichtigsten europäischen Bündnispartner Großbritannien und Frankreich verhalten werden, ist noch offen. Die Tendenz ist zur Zeit eher negativ. Die Bundesrepublik Deutschland darf bei derart weitgehenden Entscheidungen nicht allein mit den USA und gegen Großbritannien und Frankreich handeln. Vielmehr muß ein gemeinsamer Ansatz gefunden werden, und die Bundesrepublik hat dabei eine wichtige Rolle zu spielen.

Westeuropa ist ganz entscheidend mit betroffen, wenn es zur Neustrukturierung des politischen und militärischen Verhältnisses zwischen den USA und der Sowjetunion kommen sollte. Bei einem gravierenden Abbau der Offensivwaffen ohne gleichzeitigen Rüstungswettlauf auf anderen Feldern wäre zum erstenmal durch Forschung tatsächlich Abrüstung gelungen. SDI-Forschung als einigende Kraft in Genf?

Zur Zeit besteht jedoch eher die Gefahr, daß die Sowjetunion sich durch SDI zu neuen Anstrengungen beim Ausbau ihrer strategischen Offensivpotentiale herausgefordert fühlt. Am Ende könnten sich dann auch ein noch größeres Ofensivpotential und ein lückenhaftes Weltraum-Abwehrsystem gegenüberstehen.

Bei einem politischen Vorgehen, das die Parität und nicht das Streben nach Überlegenheit zugrunde legt, wäre allerdings auch ein beiderseitiger starker Abbau der Offensivpotentiale bei gleichzeitigem Verzicht auf unkontrollierten Rüstungswettlauf im Weltraum möglich. Darauf müssen wir unsere Kräfte konzentrieren.

Sollte sich bei einer solchen Entwicklung Westeuropa erneut als handlungsunfähig erweisen, blieben die Probleme der uns gefährdenden Kernwaffen ungelöst. Für die Politik der Bundesrepublik Deutschland bleibt die entscheidende Frage zu lösen: Wie erreichen wir gemeinsam mit den europäischen Nuklearmächten Großbritannien und Frankreich einen Einstieg, bei dem für uns wie für die USA und die Sowjetunion die gleiche Sicherheit gewahrt bleibt und wir auch an den Ergebnissen der Weltraumforschung für friedliche Zwecke teilhaben.

„Bündnistreue nicht nur deklamatorisch“

● Fortsetzung von Seite 1

seinen Besuch wahrscheinlich in der Allianz jetzt „besser unser Motiv, daß eben die Abschreckungstheorie nicht mehr lange Zeit von den Menschen, um deren Schutz es geht, akzeptiert wird". Der stellvertretende SPD-Vorsitzende nahm dabei Bezug auf Reagan, „der SDI ja damit begründet, daß der Gedanke der Abschreckung überwunden werden muß".

Über den Bereich des Weltraum-Verteidigungs-Projekts der USA, kurz SDI, hätten diejenigen, „die sich mir gegenüber in Brüssel geäußert haben, Skepsis erkennen lassen. Lord Carrington hat dies auch vorher schon öffentlich artikuliert, von den Franzosen wissen wir es, und auch der Bundeskanzler hat ja – anders als manche Überschriften den Eindruck erwecken – zumindest vier Fragen aufgeworfen, denen ich weitere skeptische Fragen hinzugefügt habe". Vogel faßte seinen grundsätzlichen Standpunkt so zusammen: „So schön die Vorstellung von der Unverwundbarkeit ist, muß ich daran erinnern, daß auch der Siegfried der Nibelungensage sich für unverwundbar hielt und dann letztlich doch zu Tode kam, weil er nicht völlig unverwundbar war." Auf jeden Fall aber sei es entscheidend, daß „die Europäer gegenüber dieser Initiative zu einer einheitlichen Haltung kommen". Wenn Westeuropa hier „auseinanderfällt, würde dies den Bemühungen um die europäische Einigung einen schweren Rückschlag zufügen". Es gehe um eine „ernste Bewährungsprobe für Europa".

In diesem Zusammenhang kam der Oppositionsführer auch auf die alte Kennedy-Idee zurück, daß Europa stärker zur zweiten „Säule" des Bündnisses werden müsse. Die USA erinnerten schon „gelegentlich daran, daß 240 Millionen Amerikaner mit ihren Anstrengungen 280 bis 300 Millionen Europäer in einer Art und Weise unterstützen, die nicht dem Zahlenverhältnis entspricht". Aber zur Zeit werde auch auf einem anderen Gebiet „Unbehagen auf amerikanischer Seite spürbar", nämlich über die Vorbereitungen zum Staatsbesuch Reagans, „der weiß Gott ein wichtiger Gast ist". Von der Bundesregierung würden „die einfachsten Praktiken des internationalen Comments außer acht gelassen".

Novelle soll Hochschulen entlasten

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Bundesregierung hat gestern in ihrer „Gegenäußerung" fast allen Änderungswünschen der Bundesrats-Mehrheit zum neuen Hochschulrahmengesetz (HRG) zugestimmt. Lediglich in drei wesentlichen Punkten hat sie – neben einigen mehr technischen *Arabesken an anderen Stellen* – die Forderungen der Länder erst einmal zurückgewiesen. Dabei machte der Parlamentarische Staatssekretär Anton Pfeifer deutlich, daß sich „mit Sicherheit darüber bei den weiteren Beratungen eine Verständigung erreichen läßt".

Entgegen den Mehrheits-Voten der unionsregierten Länder hat die Bundesregierung darauf beharrt, im HRG die Streichung der Genehmigungspflicht für Studienordnungen, die Wahlmöglichkeit der Universitäten über ihre Leitungs-Verfassung (Rektorat oder Präsident) und die stärker Autonomie im Bereich der Drittmittel festzuschreiben.

Am kommenden Donnerstag wird die HRG-Novelle zur ersten Lesung in den Bundestag kommen. Während der folgenden Beratungs-Wochen – *unter anderem mit einem Experten-*Hearing – wird die Bundesregierung auch versuchen, die zwar im Bundesrat zurückgezogene, aber noch vorhandene Forderung insbesondere des rheinland-pfälzischen Ministerpräsi*denten Vogel nach anderer Fest*schreibung der Professoren-Mehrheit in den entscheidenden Universitäts-Gremien zu regeln.

Pfeifer machte jedenfalls gestern noch einmal an mehreren Punkten deutlich, daß die HRG-Novelle auch positive Wirkungen auf die aktuelle Situation an den unter Überlast ächzenden Hochschulen entfalte. So setzt er auf die im § 16 festgeschriebene „gesetzliche Verpflichtung der Kultusminister zu strengeren Richtlinien" für Regelstudienzeiten: Die Fachstudien-Dauer sei in den vergangenen Jahren kontinuierlich weiter angestiegen und liege heute bei durchschnittlich 5,7 Jahren. „Die Gesamtstudentenzahl könnte sich allein dadurch um rund 200 000 verringern, wenn die Fachstudien im Schnitt bereits nach dem zehnten Semester abgeschlossen wären."

Kohl: „DDR“ leugnet Geschichte. Mit deutscher Teilung nicht abfinden

Im Hinblick auf 8. Mai wendet sich der Kanzler gegen selektive Geschichtsbetrachtung

MANFRED SCHELL, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat *sich im Hinblick auf den 8. Mai – dem* 40. Jahrestag der Kapitulation – gegen eine selektive Geschichtsbetrachtung gewandt und dabei vor allem die „DDR" angesprochen. In einem Interview mit der „Bunten" sagte Kohl: „Ein Problem der DDR besteht darin, daß sie ihre Identität beweisen muß, vor sich selbst und vor ihren Bürgern. Deshalb versucht sie den Geist der deutschen Geschichte zu okkupieren. Die DDR gehört zum deutschen Vaterland, aber das Regime muß ja so tun, als sei es nicht so. Es propagiert Geschichte und es leugnet Geschichte. Das wird nicht funktionieren." Die Zeit, so sagte der Bundeskanzler, „*arbeitet nicht für das Regime*".

Mit der Teilung des Vaterlandes dürfe man sich nicht abfinden. „Da können alle möglichen Leute sagen, die deutsche Frage sei nicht offen. Das ist unverbindlich. Niemand kann für die nächste oder übernächste Generation bindende Erklärungen abgeben. Wir wissen doch nicht, was die Kinder, die jetzt in die Grundschule eingeschult worden sind, dazu sagen werden." Völkerrechtlich sei die deutsche Frage offen. Vor der Geschichte seien solche Rechtspositionen „kein Formelkram", sagte Kohl. Dies habe mit „Revanchismus" nichts zu tun. Die große Mehrheit der Bürger wünsche den Ausgleich, gute Nachbarschaft. „Eine ganz andere Frage ist, ob die Deutschen sich mit der Teilung abfinden. Daß die Deutschen zusammengehören, sitzt tief in ihren Herzen und auch im Verstand."

Er wolle, so sagte Kohl, daß es bei *der von Adenauer getroffenen* „Grundentscheidung" bleibe: „Freiheit vor der Einheit". Kohl: „Es nützt den Menschen in Leipzig gar nichts, wenn wir uns in einer kommunistischen Diktatur wiederfinden. Die Anziehungskraft der Freiheit wird bei uns chronisch unterschätzt. Für mich heißt die Gleichung Deutschland-Vaterland-Europa. Das ist kein Gegensatz, sondern ein Dreiklang." Seine Position sehe er darin „für die Generation, die vor mir war, um Verständnis zu werben". Kohl: „Ich will nicht Verbrechen entschuldigen, sondern daran erinnern, daß ein verbrecherisches Regime das Volk mißbraucht und eine raffinierte Propaganda Millionen Menschen betrogen hat."

Auf die Frage, was man tun könne, damit Begriffe wie Nation und Vaterland, die Geschichte insgesamt wieder ihren angemessenen Platz bei uns finden, antwortete Kohl, man dürfe da „*nicht kurzatmig sein*". *Diese* Wertkategorien seien in der Nazi-Zeit „überstrapaziert, ruiniert, entleert" worden. Aber wir hätten keine anderen Begriffe. „Und es ist doch klar, daß die Menschen sich in ihrer Nationalhymne äußern wollen." Er sage voraus, „daß das Symbol der Fahne von den Jüngeren wieder begriffen wird. Sie werden auch wieder vom Vaterland reden." Die Standfestigkeit *bei der Nachrüstung nannte Kohl ei*ne „Jahrhundertentscheidung", essentiell für die Weltpolitik. Er wolle nicht über die Angst spotten, die damals viele artikuliert hätten. Kohl: „Aber wenn man eine Entscheidung trifft, *die einen lebenslang bindet, ist* man ein armer Hund, wenn man sie aus Angst trifft. Dann trifft man sie nämlich mit größter Wahrscheinlichkeit falsch."

Sprengstoff in Koffer entdeckt

dpa, Frankfurt

Der Fall eines aus Syrien eingereisten Mannes, der auf dem Frankfurter Flughafen mit 10,5 Kilogramm des hochexplosiven Sprengstoffs Hexogen im Koffer festgenommen worden war, gibt den Ermittlungsbehörden weiterhin Rätsel auf.

Der Sprecher der Staatsanwaltschaft erklärte, daß die Identität des auf Mitte 20 geschätzten Verdächtigen noch nicht feststehe. Er habe zwei verschiedene Reisepässe bei sich, wovon der eine in Oman und der andere in Marokko ausgestellt worden sei. Der Sprecher bestätigte, daß ein Hund der Sicherheitsbehörden bei einer Routineuntersuchung des Gepäcks auf den Koffer aufmerksam gemacht habe.

Der Unbekannte, der bisher jegliche Aussage verweigert hat, kam mit einer Maschine der Lufthansa aus Damaskus und war vermutlich auf dem Weg nach Barcelona.

Lebenslang beantragt

DW. Düsseldorf

Die Bundesanwaltschaft hat im Düsseldorfer Terroristenprozeß gegen die RAF-Mitglieder Adelheid Schulz und Rolf Klemens Wagner lebenslange Freiheitsstrafen wegen Mittäterschaft an der Ermordung des *Bankiers Jürgen Ponto und des BDI-*Vorsitzenden Hanns-Martin Schleyer im Jahre 1977 gefordert. Wegen Mordes, Geiselnahme, erpresserischen Menschenraubs und Nötigung der Verfassungsorgane wurde für Adel*heid Schulz eine Haftstrafe von drei* mal lebenslänglich, für Wagner zwei mal lebenslänglich beantragt. Wagner war bereits in der Schweiz wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Die Anklage beschrieb *in ihrem Plädoyer die Mittäterschaft* der Angeklagten in einer „Bande", die sich in den Büros der Stuttgarter Rechtsanwälte Croissant, Newerla und Müller gebildet hätte. Das Urteil wird Mitte März erwartet.

Bündnisfrage für Glotz nicht akut

dpa, Landshut

Erst wenn die Sozialdemokraten in Meinungsumfragen zwischen 43 und 45 Prozent liegen, können sie nach Ansicht von SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz „erneut über die Frage nachdenken, wer mit wem auf welcher Ebene und unter welchen Bedingungen welches Bündnis eingeht. Bis dahin muß es heißen: nicht Verlobungsgerüchte, sondern Prüfsteinpolitik". Auf einer Aschermittwochskundgebung seiner Partei im *niederbayerischen Landshut unter*strich Glotz: „Wir schielen nicht auf andere, wir müssen stärker werden." Bei der Bundestagswahl 1983 habe die SPD rund 38 Prozent der Stimmen erhalten, jetzt pendele sie zwi*schen 40 und 42 Prozent.* Glotz wies der SPD die Aufgabe zu, sich noch stärker in der Gesellschaft zu verankern und dabei auch neue Gruppen – so die technische Intelligenz – zu sich herüberzuziehen.

Panamas Schuldenlast gefährdet Stabilität

Präsident Barletta findet keinen Weg aus der Krise

G. FRIEDLÄNDER, Miami

Panamas Bürger sagen von ihrem Präsidenten Nicolas Ardito Barletta, er habe in den vier Monaten seiner Amtszeit das Wunder vollbracht, alle Panamaer zu vereinigen – nämlich gegen sich und seine Amtsführung. Viele fragen sich, wie sicher seine Position in einem Land ist, das 1984 von drei verschiedenen Präsidenten regiert wurde, auch wenn es gemessen am übrigen Mittelamerika ein Ruhepunkt blieb.

Als Panamas Heer sich vor zehn Monaten entschloß, Ardito Barletta (46) bei den Wahlen die Präsidentschaft des Landes zuzuspielen, setzte es auf sein Prestige als Ökonom. Nach der Revolution von 1968 diente er Omar Torrijos als Architekt einer neuen Wirtschaftsordnung, und von 1977 bis 1984 gewann er als einer der Vizepräsidenten der Weltbank internationales Ansehen, das Panama braucht, denn 128 Banken aus aller Welt haben sich hier niedergelassen, die das vor allem Sicherheit suchende Fluchtkapital aus ganz Lateinamerika auffangen helfen. Für Panamas Zukunft ist das internationale Bankzentrum ebenso wichtig wie sein Kanal.

Panama, etwa doppelt so groß wie Baden-Württemberg, aber mit nur zwei Millionen Einwohnern, versteht sich gern als „Brücke der Welt". Es *verdankte seine Unabhängigkeit dem* Kanal, während dessen Bau es sich von Kolumbien lossagte (1903). Es sieht sich nicht als Teil des von Konflikten heimgesuchten Mittelamerika, zu dem es geographisch gehört.

Machtvakuum entstand

Torrijos überwand mit seinem Populismus alle inneren Konflikte, die nur gelegentlich in Straßenkundgebungen der Linken an die Oberfläche traten. Dabei half ihm die Aushandlung der Verträge mit US-Präsident Carter, die den Kanal im Jahr 2000 in Panamas Besitz bringen. So stabilisierte er ein Regime, in dem die *heute Verteidigungsheer genannte* Nationalgarde Schiedsrichter aller politischen Konflikte ist. Sein plötzlicher Tod (1981) schuf ein Machtvakuum, das die Wahl Ardito Barlettas ausfüllen sollte. Das Vertrauen darauf erwies sich bisher als Fehlspekulation.

Die Auslandsschuld von 3,7 Milliarden Dollar macht Panama zum Land mit der höchsten Pro-Kopf-Schuld Lateinamerikas. Sie fordert einen Zinsen- und Tilgungsdienst von fast 20 Prozent des vom Präsidenten für *1985 vorgeschlagenen Staatshaus*haltsplans, der 2,7 Milliarden Dollar Ausgaben, aber nur 1,9 Milliarden Einnahmen vorsah. Die Arbeitslosigkeit liegt um 14 Prozent.

Neuer Staatshaushaltsplan

Panamas Verfassung verbietet den Umlauf von Banknoten seiner eigenen Währung, des Balboa. Außer eigenen Münzen zirkulieren nur Dollarscheine. Gerüchte sprachen von einem Plan, das Defizit im Haushalt mit dem Druck von Balboanoten zu dekken, ein Gedanke, der bereits 1941 einmal erwogen und abgelehnt worden war. Unter dem Druck der Privat*wirtschaft dementierte die Regierung* diese Absichten.

Ardito Barletta machte nun Anfang Februar von seinem Recht Gebrauch, das Parlament mit der Ausarbeitung des Staatshaushaltsplans zu beauftra*gen, der bis Ende des Monats* verabschiedet werden muß. Die Regierung hat mit 45 von 67 Abgeordneten eine bequeme Mehrheit, was aber die Opposition jeder Verantwortung enthebt.

In Kreisen der von Ardito Barletta enttäuschten Offiziere des Heeres spricht man angeblich von der Notwendigkeit seiner Absetzung. Schiedsrichter ist der Chef des Heeres, General Manuel Antonio Noriega, *in dem man den Verantwortlichen für* die Absetzung von zwei Vorgängern Ardito Barlettas im Jahr 1984 sieht.

Panamas Stabilität ist jedoch auch ein internationales Problem. Erneut werden Stimmen laut, daß die Un*möglichkeit, Lateinamerikas Schul*den unter Kontrolle zu bringen, seine Demokratien gefährde. Panamas Schuldenlast ist in absoluten Zahlen klein, war aber für mehr als 50 Prozent des Defizits in Ardito Barlettas *Staatshaushaltsplan verantwortlich.* Panama könnte leicht zu einem neuen Krisenherd der in Lateinamerika allgegenwärtigen Auseiandersetzung zwischen Ost und West werden.

(SAD)

Donnerstag, 21. Februar 1985
Nr. 44

WELT DER WIRTSCHAFT

Freiheit der Meere

Mk. – Der Bericht über die Schiffahrtsgespräche, die vom Verkehrsministerium im vergangenen Jahr geführt wurden, demonstriert einmal mehr, daß es mit Freiheit der Meere nicht sehr weit her ist. Das Problem der roten Flotten ist dabei nur eines unter mehreren, es zeigt jedoch, wie schwierig es ist, befriedigende Lösungen zu finden.

Seit Jahren verhandeln die Bundesrepublik, Belgien, Frankreich, die Niederlande und Großbritannien gemeinsam mit Moskau über die Tarife für die Verkehre nach Ostafrika und den Fernen Osten, die von den Sowjets unterboten werden – bisher ohne Ergebnis. Daher beraten die fünf Staaten seit dem Herbst getrennt über geeignete Maßnahmen, um die andere Seite zum Einlenken zu bewegen. Diese Gespräche sollen im März sogar auf Ministerebene fortgesetzt werden.

Die Erfolgsaussichten werden jedoch nicht sehr hoch veranschlagt, weil es schwer werden dürfte, sich auf eine einheitliche Marschroute zu verständigen. Die Gemeinsamkeit wird zwar beschworen, um sonst drohende Verkehrsverlagerungen zu verhindern. Aber niemand möchte den Vorreiter spielen, weil er Repressalien fürchtet, sei es, daß die Sowjets in anderen Staaten kaufen könnten. Von der Hand zu weisen ist dieses nach Expertenmeinung nicht. Daher war die Bundesregierung gut beraten, die Verschärfung der außenwirtschaftlichen Bestimmungen vorerst in der Schublade zu lassen.

Roboter wenig gefragt

Von WILHELM FURLER, London

Engländer haben schon immer großes Interesse für skurrile Erfindungen gezeigt: Letzter Schrei ist im Augenblick ein winziger „Maschinen-Mensch" mit den Ausmaßen 18 mal 15 Zentimeter und einer Höhe von neun Zentimetern. Seine Form ähnelt einer Schildkröte, und seine Fähigkeiten reichen vom präzisen Zeichnen über das programmierte Füttern von Zierfischen bis hin zum Spielen mit Kindern.

Geht es jedoch um den Einsatz von Industrierobotern, dann sieht es in Großbritannien eher düster aus. Zwar wurden im vergangenen Jahr insgesamt 870 Industrieroboter installiert, 50 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Doch erstens ist die durchschnittliche Investition je Roboter – also Anschaffung einschließlich Einbindung in den gesamten Arbeitsablauf sowie Installationskosten – in Höhe von 200 000 Mark vergleichsweise gering. Und zweitens, was viel bedenklicher stimmen muß, hängt das Land in der bisherigen Ausstattung mit Industrierobotern deutlich hinter den wichtigsten Konkurrenzländern her.

Japan steht an der Spitze; mit welchem Abstand ist jedoch schwer auszumachen, da der Begriff Roboter hier erheblich weiter gefaßt wird als in den anderen Industrieländern. Den zweiten Platz nehmen in jedem Fall die USA mit 13 000 Industrierobotern in der verarbeitenden Industrie ein; es folgt die Bundesrepublik mit 6600. Großbritannien reiht sich in der Skala erst hinter Frankreich und Italien ein. Auch in der Reihenfolge Industrieroboter je Kopf der Bevölkerung, die im europäischen Vergleich von Schweden vor Belgien und Deutschland angeführt wird, spielen die Briten eine unwesentliche Rolle.

Um zu verstehen, warum dies so ist, muß man sich erst einmal die Haupteinsatzgebiete von Industrierobotern vor Augen führen. Das sind in erster Linie die Automobilindustrie, wo Roboter beim Zusammensetzen von Teilen und beim Schweißen immer stärker die menschliche Arbeitskraft ersetzen, die Elektronik, die Fertigung von Haushaltsgeräten, sowie in geringerem Umfang die Investitionsgüterindustrie.

Nun haben aber die Briten sowohl im Automobilbau als auch im Bereich Haushaltsgeräte während der letzten zehn Jahre erhebliche Einbußen bei ihren Fertigungskapazitäten hinnehmen müssen. Die Produktion des staatlichen Automobilkonzerns British Leyland etwa (Austin Rover) war nie zuvor niedriger als derzeit. Auch die US-Töchter Ford und Vauxhall haben Schwierigkeiten, ihre Anteile an dem schrumpfenden britischen Automarkt zu halten.

In der Haushaltsgeräte-Fertigung sind ganze Produktionszweige in den letzten Jahren einfach verschwunden, oder sind gar nicht erst eingeführt worden. So werden in Großbritannien bis heute keine Spülmaschinen hergestellt. Die britische Elektronikindustrie wird von ausländischen Unternehmen beherrscht, die zwar zunehmend Produktionsstätten auf der Insel errichten, aber bislang noch große Teile ihrer Produkte fertig oder halbfertig auf die Insel schaffen.

So verwundert es nicht, daß in der Automobilindustrie Großbritanniens bislang erst 885 Industrieroboter installiert sind (im vergangenen Jahr kamen 199 hinzu) und in der Elektronikindustrie 252 (1984 plus 116). Ein Sprecher der British Robot Association gab gegenüber der WELT zu, daß die Ausbreitung „ausgesprochen dünn" ist. So sind 40 Prozent aller Roboter Einzelinstallationen, also nicht etwa mehrere hintereinander an einer Produktionslinie. Im vergangenen Jahr gab es nur vier Unternehmen mit mehr als zehn Robotern.

Dies hat freilich noch einen anderen wichtigen Grund: Die Lohnkosten in Großbritannien sind im Vergleich zu denen in vielen Konkurrenzländern relativ niedrig. Entsprechend finden sich die meisten Industrieroboter in den Anwendungsbereichen, wo der Robotereinsatz einfach und die Investition entsprechend gering ist; nämlich beim Bogenschweißen und beim Weitertransport geformter Plastikteile.

Daß im übrigen mehr der installierten Roboter aus kontinentaleuropäischer denn aus landeseigener Fertigung stammen, versteht sich angesichts der Zurückhaltung am britischen Robotermarkt fast schon von selbst. Und daß sich die Marktaussichten in der kommenden Zeit kaum verbessern werden, wird von der Robot Association mit verständlicher Enttäuschung erwartet. Die Automobilindustrie des Landes hat sich 1984 eingedeckt.

VERKEHRSPOLITIK / Beim Straßenbau zeichnet sich ein neuer Streit ab

Länder wünschen für den Ausbau erheblich mehr Mittel als vorgesehen

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

In der Verkehrspolitik zeichnet sich ein neuer Streit ab. Denn das, was die Länder als Wünsche für den Ausbau der Bundesfernstraßen bis 1995 angemeldet haben, ist viermal so hoch wie das voraussichtliche Finanzvolumen des Bundes für den Straßenbau in den nächsten zehn Jahren.

Nach dem Fernstraßenausbaugesetz hat der Verkehrsminister alle fünf Jahre zu prüfen, ob der Bedarfsplan anzupassen ist. Da der neue Planungsabschnitt 1986 beginnt, muß der Entwurf spätestens in der zweiten Jahreshälfte vorgelegt werden. Die gesamtwirtschaftliche Projektbewertung wird mit Hilfe der Methode der Nutzen-Kosten-Analyse vorgenommen. Den Investitionskosten wird dabei der voraussichtliche Nutzen eines Projekts gegenübergestellt. Dabei werden neben gesamtwirtschaftlichen Effekten wie die Senkung der Transportkosten erstmals regionalpolitische Kriterien wie die Standortverbesserung strukturschwacher Gebiete berücksichtigt. Dazu kommt noch eine ökologische Beurteilung sowie einige zusätzliche Gesichtspunkte wie die Auswirkung auf die Bundesbahn oder konjunkturelle Effekte. Bewertet und neu geprüft werden müssen alle Projekte, mit deren Bau in diesem Jahr noch nicht begonnen wurde. Gegenwärtig werden die Wünsche der Länder ausgewertet.

Eingebettet ist der Bedarfsplan in die Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplanes, die keine Gesetzeskraft erlangt und für einen Zeitraum von zehn Jahren gilt. Gegenüber der letzten Fortschreibung von 1980 haben sich die Prognosedaten und der Finanzrahmen geändert.

Und so sieht der gegenwärtige Stand der Fortschreibung aus: Für den Zeitraum zwischen 1986 und 1995 wurde ein Projektvolumen von 92 Milliarden Mark für das Bundesfernstraßennetz angemeldet. Davon entfallen 80 Milliarden auf noch nicht realisierbare Projekte des Bedarfsplans 1980, sieben Milliarden auf Vorbehaltsstrecken, über die bei der jetzigen Fortschreibung entschieden werden sollte, und fünf Milliarden auf Zusatzwünsche der Länder. Aus dem bisherigen Bedarfsplan sind darin enthalten: der Neubau von 2000 Kilometer Autobahnen, wovon rund 700 Kilometer bereits im Bau sind; 7400 Kilometer Bundesstraßen, wovon 80 Prozent auf Ortsumgehungen entfallen, und der Ausbau von 2200 Kilometer Autobahnen und 1800 Kilometer Bundesstraßen. Die zusätzlichen Wünsche der Länder beziehen sich im wesentlichen auf weitere 1100 Kilometer Ortsumgehungen.

Diesen angemeldeten Projekten steht ein sehr viel geringeres Finanzvolumen gegenüber. Unter der Bedingung, daß der bis 1988 geltende Finanzplan in den folgenden Jahren nicht aufgestockt wird, kann der Bund bis 1995 über etwas mehr als 24 Milliarden Mark für den Straßenbau verfügen. Werden die Mittel, wie vom Verkehrsministerium vorgeschlagen, jährlich um 50 Millionen aufgestockt, dann sind es 27,5 Milliarden. Dabei kommt noch hinzu, daß sich der Überhang – Maßnahmen, über die bereits entschieden wurde – auf rund 13 Milliarden beläuft. Dadurch wird der Spielraum für neue Projekte weiter eingeengt.

Angesichts dieser Diskrepanz und der Ökologie-Diskussion wird überlegt, ob es überhaupt sinnvoll ist, ein solches langfristiges Programm für den Straßenbau zu verabschieden. Andererseits werden Probleme mit den Ländern erwartet, wenn ihre Wünsche nicht festgeschrieben werden.

ABFALLBESEITIGUNGSGESETZ

„Handel zum Angebot von Mehrwegpackung zwingen"

HEINZ HECK, Bonn

Abfallvermeidung und Abfallverwertung sollen Vorrang vor der Abfallbeseitigung haben. Über diese Zielsetzung herrscht Einigkeit zwischen Bundesregierung und Bundesrat. Das hat sich bei der Stellungnahme der Länderkammer zum Regierungsentwurf einer 4. Novelle zum Abfallbeseitigungsgesetz gezeigt. In der gestrigen Kabinettssitzung hat die Bundesregierung ihre Gegenäußerung dazu verabschiedet und das Gesetzespaket dem Bundestag zur Beratung überwiesen.

Einer der Kernpunkte der Novelle ist, daß – so Innenminister Friedrich Zimmermann – „zum Schutz der Umwelt, im Interesse des Verbrauchers und zum Erhalt von Arbeitsplätzen bei mittelständischen Unternehmen die wiederbefüllbare Mehrwegverpackung erhalten bleiben muß". Die Bundesregierung soll daher durch die Novelle ermächtigt werden, mit Zustimmung des Bundesrats Vorschriften zu erlassen, die den Handel zwingen, dem Verbraucher „ein ausgewogenes Angebot an Getränken in Mehrwegverpackungen ... anzubieten".

Wie Zimmermann gestern erklärte, müßten vor allem bei Getränkeverpackungen in verstärktem Maße Abfälle vermieden werden. „Leider haben Industrie und Handel freiwillige Zusagen nicht eingehalten ... Im Gegenteil – bestimmte Interessengruppen betreiben neuerdings eine den Verbraucher geradezu irreführende Werbung: Sie geben Einwegverpackungen fälschlich als Mehrwegverpackungen aus. Ich sehe darin einen Verstoß gegen die eindeutige Zusage, keine Werbung für Einwegverpackungen zu betreiben."

Zimmermann verweist auch auf das „warnende Beispiel" der Entwicklung in den USA in den Jahren 1965 bis 1971. In dieser Zeit sei der Anteil an Mehrwegverpackungen „drastisch und irreversibel abgebaut" worden. Wenn aber das hierfür erforderliche dezentrale Versorgungssystem vom Markt verdrängt sei, komme jedes Eingreifen zu spät.

Die zunehmende Verwendung von Einwegverpackungen führe zu wachsenden Abfallmengen. Umweltprobleme und Kosten würden „zwangsläufig auf die Verbraucher abgewälzt". Offen ist allerdings im Moment noch, ob der Bundestag dem vom Bundesrat abgesegneten Regierungsentwurf ohne Änderungsvorschläge zustimmt.

AUF EIN WORT

„Die private Altersvorsorge für jedermann kann sich letztlich nur entfalten vor dem Hintergrund eines verläßlichen, langfristig berechenbaren sozialstaatlichen Systems. Die private Versicherungswirtschaft sollte deshalb ihre professionellen Erfahrungen nach Art einer konzertierten Aktion einbringen, um dauerhafte Lösungen für die gegenwärtigen Probleme der Rentenfinanzen entwickeln zu helfen."

Dr. Wilhelm Fritz, Vorstandsvorsitzender der Agrippina-Versicherungsgruppe, Köln FOTO: DIE WELT

EG-ERWEITERUNG

Sondersitzung Ende Februar

WILHELM HADLER, Brüssel

Zu kurz gesprungen sind die Außenminister der EG bei ihrem Versuch, die Hindernisse für den Beitritt Spaniens und Portugals zu überwinden und die aktuelle Haushaltskrise der Gemeinschaft zu lösen. Sie trennten sich nach zweitägigen Beratungen wieder einmal ohne sichtbare Fortschritte. Der italienische Ratsvorsitzende Giulio Andreotti beraumte deshalb für den 28. Februar eine Sondersitzung ein.

Die Aussprache zeigte, daß die Zehn nach wie vor über die Konzessionen uneins sind, die den beitrittswilligen Ländern hinsichtlich der Übergangsfristen für den Zugang zu den Fischereigewässern der Gemeinschaft eingeräumt werden sollen. Nach dem gegenwärtigen Stand der Diskussion fordern die betroffenen nördlichen EG-Staaten praktisch eine permanente Kontrolle der spanischen Fänge. Dabei ist zu bedenken, daß die spanische Fischereiflotte nahezu ebenso groß ist wie die aller nördlichen EG-Länder zusammengenommen. Sie umfaßt etwa 17 000 Schiffe, davon 330 größere.

Die Diskussion über den Zeitpunkt der Aufstockung der Mehrwertsteuereinnahmen der EG blieb wegen der Festlegung des Bonner Kabinetts auf den 1. Januar 1986 ohne Ergebnis. Allerdings kann Außenminister Genscher einen neuen Kompromißvorschlag nach Hause mitbringen. Danach ist eine Vorziehung des Termins nur noch für die britische Beitragsentlastung vorgesehen. Im übrigen soll das Geld nur freigegeben werden, wenn die Ratifizierung der Beitrittsverträge erfolgt ist und ein einstimmiger Ratsbeschluß vorliegt.

BAUWIRTSCHAFT

Für öffentliche Investitionen

HEINZ HECK, Bonn

Vertreter der deutschen Bauwirtschaft haben in einem Gespräch mit Finanzminister Stoltenberg an Bund, Länder und Gemeinden appelliert, durch verstärkte öffentliche Investitionen zu einem früheren Inkrafttreten der neuen steuerlichen Regelung für den Wohnungsbau und Bundeszuschüsse für kommunale Investitionen zu einer Verbesserung der Baukonjunktur beizutragen. Die Bauwirtschaft erwartet von den öffentlichen Händen konkretere Hinweise, welche Kapazitäten in den kommenden Jahren ausgelastet werden können.

Einer Verstärkung und Verstetigung vor allem der kommunalen Investitionen in den kommenden Jahren sei wesentliche Bedeutung beizumessen. Darüber waren sich Stoltenberg und die Vertreter der Bauwirtschaft einig. Die Bundesregierung sei allerdings nicht in der Lage, so Stoltenberg, den Gemeinden Zinszuschüsse zur Verbilligung von ERP-Krediten zu geben. Dies würde die Wirksamkeit des bestehenden ERP-Programms mindern und nicht zur Verstetigung der kommunalen Investitionstätigkeit beitragen.

Nach Gesprächen Stoltenbergs mit dem Vorstand der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KW) werde angestrebt, die Finanzierungsbedingungen für den Wohnungsbau durch eine Ausdehnung der Refinanzierungsmöglichkeiten bei der KW zu verbessern. Außerdem will diese den Mittelabfluß aus ihrem Umweltschutzprogramm beschleunigen. Stoltenberg hat die Konsolidierungspolitik in den öffentlichen Haushalten als Voraussetzung für eine Trendwende bei den Investitionen bezeichnet.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland bleibt auch 1985 auf Wachstum programmiert. Darin stimmen alle bisher vorliegenden Prognosen überein. Allerdings ist am Arbeitsmarkt nach wie vor keine nachhaltige Besserung in Sicht. Gegenüber dem Vorjahr bleibt die Situation mit über 2,26 Millionen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt und einer mittleren Arbeitslosenquote von über neun Prozent unverändert.
QUELLE: ZAHLENBILDER

Bund stärker bei privaten Anlegern verschuldet

Frankfurt (dpa/VWD) – Der Bund hat sich 1984 stärker beim privaten Anlegerpublikum verschuldet und dafür weniger Schuldscheindarlehen bei der Kreditwirtschaft aufgenommen. Insgesamt wurden im vergangenen Jahr Bundeswertpapiere im Wert von 43,2 Mrd. DM ausgegeben. Ein Jahr zuvor seien es nur rund 37 Mrd. DM gewesen, teilte der Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Frankfurt, mit. Der Bruttoabsatz von Anleihen des Bundes, der Bahn und der Post erreichte bei insgesamt zwölf (1983:13) Neuemissionen 20,3 (18,0) Mrd. DM. Nach Abzug von Tilgungen verblieb ein Nettoabsatz von 11,5 Mrd. DM. Auch der Erstabsatz von Bundesobligationen hat im vergangenen Jahr zugenommen, und zwar von 13 auf 15 Mrd. DM. Über Bundesschatzbriefe hat der Bund sechs (3,8) Mrd. DM aufgenommen.

Für Agrarpreissenkungen

Brüssel (dpa/VWD) – Als „mutigen Schritt in die richtige Richtung" hat das Europäische Büro der EG-Verbraucherverbände (BEUC) die von den Bauernverbänden heftig kritisierten Agrarpreisvorschläge der EG-Kommission bezeichnet. In einer gestern in Brüssel veröffentlichten Erklärung des Verbraucherbüros heißt es, die Vorschläge gingen jedoch „nicht weit genug, um das Anwachsen der Überschüsse und die dadurch verursachten Ausgaben zu stoppen". Die Kosten für die EG-Agrarpolitik erreichten in diesem Jahr knapp 45 Mrd. DM.

„High-Tech"-Defizit

Washington (Sbt.) – Zum ersten Mal haben die USA 1984 im internationalen Handel mit Spitzentechnologien ein Defizit erwirtschaftet. Es betrug 6,8 Mrd. Dollar. Bei Halbleitern und anderen elektronischen Teilen machte es 2,9 Mrd. Dollar aus. Gegenüber 1983 sanken die amerikanischen Computer-Exporte um 13 Prozent. Japan verdoppelte seinen Überschuß im Elektronik-Bereich auf 15,4 Mrd. Dollar. US-Handelsminister Baldrige machte für das überraschende Ergebnis den teuren Dollar und Importbarrieren in anderen Ländern verantwortlich.

Neuer Förderschwerpunkt

Bonn (HH) – Die Stromgewinnung aus Sonnenenergie ist ein neuer Förderschwerpunkt des Bonner Forschungsministeriums (BMFT). Von 1978 bis 1984 hat das BMFT, wie Minister Heinz Riesenhuber gestern erklärte, die sogenannte Fotovoltaik mit etwa 260 Mill. DM gefördert. Bis 1989 sollen weitere 375 Mill. DM hinzukommen. Die deutsche Industrie habe auf einigen Gebieten eine führende Position erringen und in anderen Anschluß an die Weltspitze halten können.

Marktöffnung geplant

Washington (dpa VWD) – Die USA planen offensichtlich, die Importbeschränkungen für japanische Autos aufzuheben. Die US-Regierung ist, wie am Dienstag nach Kabinettsberatungen in Washington verlautete, nicht daran interessiert, das am 31. März auslaufende Selbstbeschränkungsabkommen mit Tokio um ein fünftes Jahr zu verlängern. Japan müsse jedoch selbst entscheiden, ob das Abkommen weitergehe oder nicht, sagte der Sprecher des Weißen Hauses, Larry Speakes.

Hoher Stromzuwachs

Bonn (HH) – Die Kältewelle im Januar 1985 brachte der öffentlichen Stromversorgung die höchste Zuwachsrate seit sechs Jahren: Um 9,9 Prozent oder etwa 3,1 Mrd. Kilowattstunden stieg der Verbrauch im Vergleich zum Januar 1984.

US-KONJUNKTUR

Trotz langen Aufschwungs keine Kapazitätsengpässe

H.-A. SIEBERT, Washington

In den USA drohen neue Inflationsgefahren am ehesten von der Geldversorgung her, aber nicht von allzu knappen Ressourcen. Davon muß man ausgehen, da die Kapazitätsauslastung bei starkem Wirtschaftswachstum, das nun schon 27 Monate andauert, noch unter 82 Prozent liegt. Die sogenannte Teuerungsschwelle liegt bei durchschnittlich 85 bis 86 Prozent. Bei einer auf 7,4 Prozent gestiegenen Arbeitslosenquote sind auch keine Beschäftigungsengpässe zu erkennen. In Dollar haben sich zudem die meisten Rohstoffpreise wieder verbilligt.

Kein Zweifel, Amerikas längster Konjunkturaufschwung in 34 Jahren fällt völlig aus dem Erfahrungsrahmen. Normalerweise müßten sich in dieser Phase des Zyklus erste Engpässe abzeichnen. Immerhin hat sich in den USA die reale Wertschöpfung im Vergleich der vierten Quartale 1982 bis 1984 um 6,3 und 5,6 Prozent erhöht. Zu erklären ist das Ressourcen-Phänomen nur mit den überschwappenden Billigeinfuhren (1984: plus 25 Prozent). Die relativ geringe Auslastung und die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit sind der Preis, den Amerika für den überstarken Dollar zahlt.

Wie die US-Notenbank mitteilte, erreichte die Kapazitätsauslastung in der Weiterverarbeitung, den Versorgungsunternehmen und im Bergbau im Januar 81,9 Prozent, verglichen mit 81,7 Prozent im Dezember. Aufgeschlüsselt waren es 82,1, 84,3 und 75,2 Prozent. Im Fahrzeugbau nahm die Auslastung von 87,7 auf 90,2 Prozent zu. Schlußlicht war die Metallverarbeitung mit 77,4 Prozent.

SUBVENTIONEN / Zuschuß für Forschungspersonal soll weitere vier Jahre gewährt werden

Widerstand in der EG-Kommission

KAREN SÖHLER, Bonn

Die Bundesregierung will das Programm, mit dem sie in der Forschung und Entwicklung arbeitendes Personal unterstützt, um weitere vier Jahre verlängern. Dieses Vorhaben stößt in der Kommission der Europäischen Gemeinschaft (EG) allerdings auf Widerstand. Die Brüsseler Experten meinen, daß die neuen Bedingungen, die ab Anfang dieses Jahres gelten sollen, wettbewerbsverzerrend wirken. Die ursprünglich zugestandene Frist sei bereits überschritten.

Die Diskussion dreht sich um eine Subvention, die der Bund schon seit 1979 gewährt: Einem Unternehmen werden 40 Prozent der Gehälter (ausgenommen Lohnnebenkosten) erstattet, die es für Personal aus dem Bereich Forschung und Entwicklung aufwendet. In den ersten drei Jahren wurden Firmen begünstigt, die weniger als 1000 Mitarbeiter beschäftigen oder deren Umsatz unter 150 Mill. DM liegt. Dann fehlten Haushaltsmittel. Ab 1982 galten neue Grenzen: weniger als 500 Mitarbeiter und höchstens 50 Mill. DM Umsatz.

Die forschungsfördernde Maßnahme war 1979 ordnungsgemäß bei der EG-Kommission angemeldet – mit einer Laufzeit von fünf Jahren – und so genehmigt worden. Letztes Jahr bat Bonn um eine einjährige Verlängerung, die ebenfalls gebilligt wurde. Nun sind weitere vier Jahre vorgesehen mit erneut geänderten Konditionen: Bei zusätzlich eingestelltem Forschungs- und Entwicklungspersonal soll der Zuschuß sogar 60 Prozent der Gehaltszahlungen betragen. Die Schwachstelle an diesem Punkt ist, daß schwer herauszuarbeiten ist, wer unter die Rubrik „zusätzlich eingestellt" fällt.

Die Bundesregierung muß heute in Brüssel belegen, daß die Subvention trotz geänderter Form und Fristverlängerung nicht gegen die EG-Richtlinien verstößt. Schließlich hat sie der deutschen Wirtschaft im Herbst letzten Jahres zugesagt, daß bis 1988 jährlich 400 Mill. DM für dieses Programm zur Verfügung stehen.

Das Bundeswirtschaftsministerium, in dessen Bereich das F+E-Personalkostenzuschuß-Programm fällt, blickt der Prozedur gelassen entgegen. Zweifel, die EG-Kommission könne sich nicht überzeugen lassen, bestehen in Bonn kaum. Ärgerlich sei lediglich, meint ein Sprecher des Wirtschaftsministeriums, daß die Unternehmen mit ihren Anträgen, die jedes Jahr neu gestellt werden müssen, noch rund zwei Monate warten müssen – bis die Differenzen mit der EG-Kommission behoben sind.

Gemessen an den Antragsstellern 1984, rechnen über 10 000 Unternehmen auch in diesem Jahr mit den Zuschüssen aus der Bonner Kasse. Bislang hat der Bund 2,1 Mrd. DM für diese Förderung aufgewandt.

GROSSBRITANNIEN

Trotz Streiks noch Finanzspielraum

WILHELM FURLER, London

Der britische Schatzkanzler Nigel Lawson hat für das kommende Budget, das am 19. März vorgelegt wird, einen Finanzspielraum für Steuererleichterungen in Höhe von 1,5 Milliarden Pfund (5,4 Mrd. DM). Das behauptet *das angesehene Institut für* Steuerstudien in London. In seiner jüngsten Studie legt sich das Institut auf diese Summe fest, obwohl die staatliche Neuverschuldung im jetzt zu Ende gehenden Finanzjahr 1984/1985 aufgrund des langen Bergleutestreiks erheblich über dem ursprünglichen Ansatz liegen wird.

Nach Auffassung des Steuerinstituts wird die staatliche Kreditaufnahme für 1984/85 knapp 10 Mrd. Pfund erreichen und nicht 7,3 Mrd., wie dies in der Finanzplanung vor einem Jahr vorgegeben worden war. Diese Planung wurde vom Schatzkanzler im Herbst letzten Jahres angesichts der wachsenden Belastungen durch den langen Kohlestreik revidiert; der staatliche Kreditbedarf wurde auf 8,5 Mrd. Pfund nach oben korrigiert.

Doch nachdem die Kreditaufnahme in den ersten zehn Monaten des auslaufenden Finanzjahres bis einschließlich Januar kumulativ bereits mehr als 7,8 Mrd. Pfund erreicht hat, *ist auch an die Einhaltung dieses* revidierten Kreditbedarfrahmens nicht mehr zu denken. Allein der Bergleutestreik wird bis zum Ende des Finanzjahres Anfang April rund zwei Mrd. Pfund auf die staatliche Kreditaufnahme aufgeschlagen haben, meint das Institute for Fiscal Studies.

EINZELHANDEL / An den Zentralen der Einkaufsverbände kommen die Hersteller kaum mehr vorbei

Konzentration erschwert den Marktzugang

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die Türen der Hersteller von Konsumgütern zum verantwortlichen Einkäufer im Einzelhandel werden immer schmaler, der Einstieg in die Märkte gerade für ausländische Anbieter immer steiniger. Eines der wichtigsten Hemmnisse wird – in Zukunft immer stärker – die Konzentration von Marktanteilen auf bestimmte Betriebsformen im Einzelhandel sein.

Eine Analyse der IBB Internationale Betriebs-Beratungsgesellschaft mbH, München, hat ergeben, daß 1990 der Anteil des Facheinzelhandels am Gesamteinzelhandels-Umsatz von derzeit 61,5 auf 58,7 Prozent schrumpfen wird. Dieses Minus wird vor allem zu Lasten des nichtorganisierten Einzelhandels gehen (14 nach 18,5 Prozent), während der in freiwilligen Ketten, Genossenschaften und Einkaufsverbänden organisierte Facheinzelhandel von 43 Prozent (des derzeit 460-Mrd.-DM-Umsatzes) auf 44,7 Prozent zulegen wird. Insgesamt gleicht das jedoch nicht den Anteilsrückgang des „Verlierers nichtorganisierter Einzelhandel" aus.

Erich Schimmer, Geschäftsführender Gesellschafter von IBB, sieht in den Großbetriebsformen zwar insgesamt einen *Marktanteilzuwachs* von 38,5 auf 41,3 Prozent, doch sind daran die Filialunternehmen (21 nach 20,5 Prozent), die Verbrauchermärkte (7,5 nach 7 Prozent) und der Versandhandel (5,5 nach 4,9 Prozent) für sich allein am wenigsten beteiligt. Etwas stärker dürften nach der Untersuchung die Warenhausunternehmen zulegen: von 6,1 auf 7,3 Prozent.

Bei dieser nur geringen Verschiebung der Marktanteile um drei Prozentpunkte gibt Schimmer zu bedenken, daß „*bei der Suche nach den* Türen zu den Einkäufern der Unternehmen nur ein Prozent (3000 Unternehmen) mit jeweils mehr als zehn Mill. DM Jahresumsatz rund die Hälfte des Gesamtumsatzes (230 Mrd. DM) tätigen.

Ein knappes Drittel liegt bei den 55 000 Unternehmen der Umsatzgrößen zwischen einer und zehn Mill. DM. Schimmers Schlußfolgerung: „Die Hersteller von Konsumgütern können *80 Prozent des deutschen* Einzelhandelsumsatzes mit rund 15 Prozent der Einzelhandels-Unternehmen (knapp 60 800) erreichen."

Für die Anbieter wird das Bild noch günstiger, wenn die Großbetiebsformen nach Unternehmen mit Zentraleinkaufsstellen, regionalen Einkaufsstellen und lokalen Niederlassungen sortiert werden. Laut Schimmer können in Deutschland bei den Formen des organisierten Fachhandels und der Großbetriebsformen *Massenartikel heute nur mit* Schwierigkeiten, in Zukunft praktisch kaum abgesetzt werden, ohne von der Zentrale akzeptiert zu sein.

Gleichwohl: Auf regionaler und lokaler Ebene verliert der Zentraleinkauf an Gewicht. Allerdings wird die Zentrale mit dem zunehmenden Einsatz *hochentwickelter Warenwirtschafts*systeme (EDV) wieder an Gewicht bei der Entscheidungsfindung gewinnen.

Aus einer wohl erstmals von IBB *zusammengestellten Übersicht der* Zentral- und Regionalkontore ergibt sich, daß 219 Zentraleinkaufsstellen des organisierten Facheinzelhandels (156) und der Großbetriebsformen (63) mit 400 bzw. 70 Regionaleinkaufsstellen rund 80 Prozent des deutschen Einzelhandels erreichen.

Oder noch deutlicher: Mit nur vier Kooperationszentralen werden bei Spielwaren 85 Prozent des Fachhandelsmarktes erreicht, bei ebenfalls vier Zentralen im Bereich Hausrat/ *Glas/Keramik 75 Prozent. Einer der* stärksten Märkte – Textil und Bekleidung – wird mit 70 Zentralen zu 80 Prozent abgedeckt.

KUNSTSTOFFVERARBEITER / Auf Wachstumskurs

Arbeitsplätze aufgestockt

JOACHIM WEBER, Frankfurt

Die deutschen Kunststoffverarbeiter wollen auch 1985 „auf Wachstumskurs" bleiben. Mit drei bis fünf Prozent realem Wachstum erwarten sie freilich eine etwas bescheidenere Entwicklung als im vergangenen Jahr: 1984 sind die Umsätze der Branche insgesamt um gut elf (real: acht) Prozent gestiegen, wenn auch mit teilweise starken Abweichungen in den verschiedenen Bereichen.

Hauptträger der Expansion waren die Technischen Teile (beispielsweise für die Autoindustrie), die mehr als ein Viertel der Branchenumsätze tragen, und die Verpackungsmittel, auf die rund 20 Prozent des Gesamtkuchens entfallen. Besonders schlecht erging es dagegen den Bauzulieferern (Dämmstoffe oder Kunststoff-Bauelemente), die immerhin 30 Prozent *zum Umsatzvolumen beisteuern; sie* gerieten sogar ins Minus.

Wichtig für die günstige Entwicklung war nicht zuletzt der Export, der *um gut 22 Prozent auf 7,1 (5,8) Mrd.* DM ausgeweitet wurde und damit einen Umsatzanteil von 22 Prozent erreichte. Vor fünf Jahren hatte diese Quote noch bei 17 Prozent gelegen. Freilich nahmen auch die Importe um etwa 14 Prozent zu.

Mit den Erträgen ging es weniger munter bergauf. Bei Rohstoffkostenerhöhungen von 4,6 Prozent konnten die 1600 deutschen Kunststoffverarbeitungsunternehmen ihre eigenen Preise nur um 3,2 Prozent erhöhen. Da auch noch ein Nachholbedarf aus den Vorjahren bestand, sorgte der Effekt der deutlich verbesserten Kapazitätsauslastung unter dem Strich nur für eine leichte Erholung.

Dennoch hat die Branche die Zahl ihrer Mitarbeiter um vier Prozent auf 202 800 aufgestockt. Und auch die Investitionen erreichten mit einer Quo*te von sechs Prozent vom Umsatz* beachtliche Höhen. Sie sollen sich auch 1985 nicht wesentlich verringern.

LIBANON / Defizit in der Leistungsbilanz – Devisenreserven stark geschrumpft

Wenig Schulden gegenüber dem Ausland

dpa/VWD, Beirut

Die libanesische Wirtschaft ist zerstört. Beweis dafür ist unter anderem der Verfall der Landeswährung: Anfang Dezember war der Dollar noch für weniger als acht libanesische Pfund zu haben, Anfang Februar kostete er über 15 Pfund. Jetzt flüchten viele in den Dollar. Vor 1975 war das libanesische Pfund noch die Fluchtwährung des Nahen Ostens.

Neun Monate einer „Regierung der nationalen Einheit" haben keine nachhaltige Verbesserung der Sicherheit gebracht – die Voraussetzung für einen wirtschaftlichen Aufschwung. Vom „libanesischen Wunder" ist we*nig geblieben.* Der Bevölkerung fehlen Kraft und Zukunftsaussichten, um weiterhin nach jeder Kampfpause am Wiederaufbau zu arbeiten.

„Ich weiß nicht, wovon ich meine Angestellten am nächsten 1. bezahlen soll", gesteht ein Zeitungsverleger, der jahrelang nur Verluste gemacht und von Reserven gelebt hat. Wahrscheinlich wird er Konkurs anmelden. Auch andere Unternehmer denken an Aufgabe.

Die Wende kam im Februar 1984, als der Hafen und der Flughafen von Beirut für fünf Monate geschlossen wurden. Dem Staat entgingen dadurch Zolleinnahmen; die wichtigste Einnahmequelle Libanons. Statt dessen blühte der Schmuggel in den Häfen entlang der Küste. Die dort erhobenen Abgaben wanderten in die Kriegskassen der Milizen. Trotz Bemühen des Staates ließ sich der illegale Handel nicht vermeiden.

Libanon, das 90 Prozent seiner Konsumgüter einführt, hat zwar traditionell ein Handelsbilanzdefizit. *Aber die Leistungsbilanz war durch* Dienstleistungen (Banken, Transit, Tourismus) und Überweisungen der Auslandslibanesen stets positiv. 1983 rutschte die Leistungsbilanz erstmals mit *933* Mill. Dollar ins Minus, und 1984 stieg das Defizit weiter um 1,4 Mrd. Dollar. In der Vergangenheit überwiesen die Auslandslibanesen jährlich zwei Milliarden Dollar, heute sind diese Überweisungen nach Angaben der Beiruter Industrie- und Handelskammer auf ein Fünftel dieses Betrages geschrumpft.

Die Devisenreserven sanken nach Angaben diplomatischer Kreise von 1,2 Mrd. Dollar (Anfang 1984) auf 600 Mill.; nach Angaben anderer Kreise gar auf 250 Mill. Dollar. Die Binnenverschuldung hat im November 31 Mrd. Pfund (7,3 Mrd DM) erreicht. Eine weitere Verschlechterung ist ab*zusehen. Die Inflation hat nach Zen*tralbank-Angaben 30 Prozent überstiegen. Arbeitslosigkeit grassiert.

Dabei hätte Libanon gute Voraussetzungen für eine Erholung, herrschten erst einmal wieder Stabilität und Sicherheit. Die Golddeckung der Währung (80 Prozent) ist intakt und soll nicht angetastet werden. Die Auslandsverschuldung ist minimal. Skeptiker befürchten, daß das Pfund weiter verfallen könnte, wenn Libanon anfängt, Auslandsanleihen aufzunehmen.

Umsatz kräftig gesteigert

adh., Frankfurt

Mit einer Absatzsteigerung um 16 Prozent auf 1,35 Mill. Flaschen blieb Moet & Chandon, deutsche Tochter des französischen Moet-Hennessy-Konzerns, auch im vergangenen Jahr Marktführer bei Champagner. Der deutsche Gesamtmarkt expandierte auf 7,4 (5,3) Mill. Flaschen; bei deutschem Sekt *(M.Chandon) legten die* Franzosen 26 Prozent auf 1,3 Mill. Flaschen zu und damit deutlich mehr als der Gesamtmarkt. Für Cognac Hennessy meldet das Unternehmen ein Plus von zehn Prozent auf 1,15 Mill. Flaschen.

Bei der Parfüms Christian Dior GmbH nahm der Umsatz um elf Pro*zent auf 24,5 Mill. DM zu. Bei der* Chandon Handelsgesellschaft summiert sich das Absatzplus zu einer Umsatzsteigerung von 14 Prozent auf 78 Mill. DM. Noch lebhafter expandierte das Geschäft bei der französischen Gruppe, die (vorläufig) 6,84 Mrd. FF (2,28 Mrd. DM) Umsatz ausweist, ein Plus von gut 28 Prozent gegenüber dem Vorjahr.

FRANKFURTER FRÜHJAHRSMESSE

Dollarkurs belebt Geschäft

adh. Frankfurt

Mit Preisaufschlägen von durchschnittlich drei Prozent haben die Einkäufer auf der bevorstehenden Frankfurter Frühjahrsmesse (23. bis 27. Februar) zu rechnen. Dahinter stehen in Einzelfällen Ausschläge um bis zu zehn Prozent, vor allem in Be*reichen, in denen der hohe Dollarkurs* beim Rohstoffeinkauf durchschlägt (z. B. Papier, Leder).

Auf der anderen Seite hat, wie eine Ausstellerbefragung des Ifo-Instituts zeigt, der aktuelle Dollarkurs das Geschäft in den vertretenen Branchen deutlich belebt; im Export, so ist zu hören, ist man im vergangenen Jahr deutlich vorangekommen. An ihn knüpfen sich vor allem die weiteren Geschäftserwartungen. So dürfte sich im US-Handel die Orderfreude weiter steigern. „Die Konjunktur in *den Vereinigten Staaten scheint un*gebrochen", sagte der Vorsitzende der Messe-Geschäftsführung, Horstmar Stauber.

Hinsichtlich des Inlandsabsatzes sind die Hoffnungen noch eher gedämpft, obwohl das Ifo-Institut mit einem Anstieg der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte um 3,5 bis 4 Prozent rechnet und damit die Zunahme des privaten Verbrauchs auf real 1,5 (i. V. 1) Prozent veranschlagt.

*Auf der internationalen Konsum*güterschau in Frankfurts neu gestaltetem Messegelände werden 4327 Aussteller ihre Neuheiten zeigen, davon kommen 1691 aus dem Ausland. Sie erwarten etwa hunderttausend Einkäufer aus 90 Ländern. Gegenüber den Vorjahren hat die Messebeteiligung weiter zugenommen, im wesentlichen in den Bereichen „Schönes Wohnen" und „Küche und Hausrat".

Größte einzelne Gruppe der in insgesamt acht „Fachmessen" geglieder*ten Frühjahrsmesse sind die Anbieter* für den „Gedeckten Tisch" mit 809 Ausstellern, das Kunsthandwerk und -gewerbe rückte mit 798 Ausstellern auf Rang 2.

VERSICHERUNGEN / Katastrophen- und Großschäden lasten 1984 noch stärker als in den Vorjahren auf den Ergebnissen

Ein Drittel wurde durch Naturgewalten verursacht

HARALD POSNY, Düsseldorf

Katastrophen- und Großschäden haben sich zahlenmäßig weltweit 1984 in etwa im Rahmen der beiden besonders schadenträchtigen Vorjahre gehalten. Das Schadensausmaß liegt voraussichtlich allerdings erheblich über den Vorjahreswerten. Genaues zu ermitteln wird schwer, weil die tatsächlichen Einzelschäden vor allem in weniger entwickelten Ländern ausgesprochen ungenau festgehalten werden.

Diese Feststellung trifft nach Angaben der Schweizerischen Rückversicherungsgesellschaft sowohl für Naturkatastrophen (Erdbeben, Sturmfluten, Tornados und Schneestürme, Bergrutsche und Lawinenunglücke sowie Erdbeben) als auch für die anderen Großschäden zu, bei denen in den meisten Fällen menschliches Versagen mit im Spiel ist, in den USA, Europa und der Bundesrepublik vielfach auch Brandstiftung.

Insgesamt gingen von den 145 Katastrophen- und Großschäden allein 46 auf Naturkatastrophen zurück, 26 auf Schiffsunglücke, je 20 auf Luft*fahrt- und schwere Verkehrsunfälle* (Schiene und Straße) sowie acht auf Grubenunglücke. Der Gesamtschaden ist noch nicht ermittelt.

Zu den tragischsten Ereignissen gehörten drei Explosionsunglücke: das Giftgas-Unglück von Bhopal/Indien mit rund 3000 Toten, die Explosion einer Pipeline in Cubatao/Brasilien (500 Tote) und die Explosion einer Anlage für Erdgasverarbeitung in Mexico City (450 Tote).

Versicherer und Gerichte dürften sich in diesem Zusammenhang mit hohen Schadenersatzansprüchen auseinanderzusetzen haben.

Unter den statistisch erfaßten Großschäden tauchen gleich sechs Mal deutsche Namen auf: Brände in Fabriken, Warenhäusern und -lagern addierten sich auf eine Summe von 235 Mill. DM an Feuerschäden und 80 Mill. DM aus Betriebsunterbrechung. Zum größten Versicherungsschaden führte der Brand in einer Ölsand-Aufbereitungsanlage in Kanada (325 Millionen kanadische Dollar).

Die mit erschreckender Regelmäßigkeit über den USA tobenden Hurrikane brachten nach vorläufigen Schätzungen Schäden von 1,5 Mrd. Dollar, die drittgrößte Schadensumme in einem Jahr.

Auch andere Regionen wurden nicht verschont: Schneestürme in England und der Schweiz, Überschwemmungen und Erdrutsche in Neuseeland, Afrika und Indien, glücklicherweise aber kein größeres Erdbeben.

Den größten Unwetterschaden in der deutschen Versicherungsgeschichte verursachte das Hagelgewitter des 12. Juli 1984 in der Region *München. Die versicherten Gesamt*schäden belaufen sich auf etwa 1,5 Mrd. DM. Davon waren 900 Millionen Mark Kaskoschäden an Autos und 110 Millionen Mark an Flugzeugen, 400 Millionen Hausrat- und Gebäudeschäden sowie 90 Millionen Mark Hagelschäden.

In der Luftfahrt hat sich der Trend *zu deutlich steigender Schadenhäu*figkeit nicht fortgesetzt. Eher günstiger war die Schadenentwicklung auf hoher See. Sprungartig nahm jedoch die Zahl der Verkehrsunglücke zu: Allein in Indien wurden bei fünf Bus- und zwei Eisenbahnunglücken 400 Menschen getötet.

VELTINS / Die Kapazität wird weiter ausgebaut

Neuer Hektoliter-Millionär

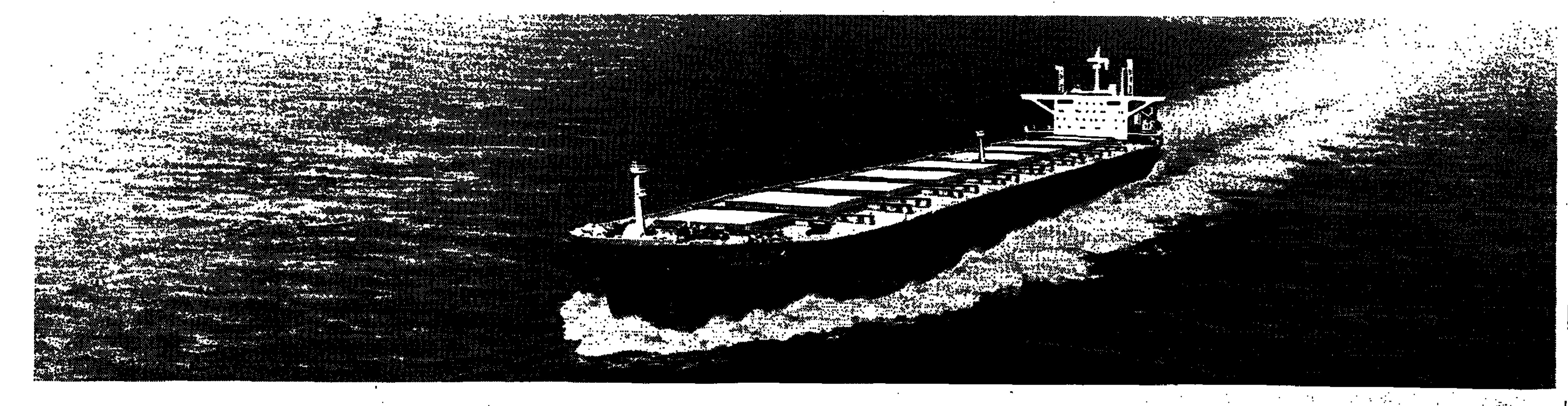
HANS BAUMANN, Essen

Die Privatbrauerei C. & A. Veltins, Meschede-Grevenstein, ist im Geschäftsjahr 1984 in den Kreis der Hektoliter-Millionäre eingetreten. Mit einem Ausstoßplus von 6,6 Prozent (Bundesdurchschnitt minus drei Pro*zent) erreichte Veltins einen Ausstoß* von knapp über einer Million Hektoliter. Der Umsatz stieg noch kräftiger als der Ausstoß. Er erhöhte sich um 7,8 Prozent auf 138 (128) Mill. DM.

Trotz der Sättigung des deutschen Biermarktes ist die Firmeninhaberin Rosemarie Veltins optimistisch. Sie rechnet damit, daß in den kommenden fünf Jahren der Ausstoß pro Jahr um fünf Prozent steigt. Um mit diesem Wachstum Schritt halten zu können, wird die Kapazität von zur Zeit 1,2 auf 1,5 Mill. Hektoliter ausgebaut. Auch beim Faßbierabsatz konnte Veltins noch einmal 2,8 Prozent zulegen. Der Faßbieranteil beträgt damit jetzt knapp 40 Prozent des Ausstoßes. Nach wie vor verzichtet Veltins auf Einweggebinde. Begründung: Schutz der Umwelt.

Aus dem gleichen Grunde baute Veltins als erste deutsche Brauerei eine eigene Kläranlage. Sie wird jetzt mit einem Aufwand von sieben Mill. DM erneuert und erweitert. Insgesamt sind für das Geschäftsjahr 1985 Investitionen von 21 (20) Mill. DM vorgesehen, unter anderem für das Hochregallager und den Faßkeller.

Die Investitionen werden vornehmlich aus Abschreibungen finanziert. Die Eigenkapitalquote betrug 1984 rund 70 Prozent *der Bilanzsum*me von 125 Mill. DM. Wie produktiv die Brauerei arbeitet, zeigt der Ausstoß je Mitarbeiter: Er betrug im Berichtsjahr 4400 Hektoliter (Bundesdurchschnitt: 1600 Hektoliter). Für 1985 hat Veltins den Media-Etat auf sechs (fünf) Mill. DM aufgestockt.



RICKMERS / Übernahme durch Seebeck-Werft geplant

Senat gewährt Bürgschaft

W. WESSENDORF, Bremen

Die 1200 Werftarbeiter der Rickmers-Werft in Bremerhaven können einstweilen aufatmen: Der Senat der Freien Hansestadt Bremen hat sich entschlossen, den in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Schiffbaubetrieb unter die Arme zu greifen. Die Landesregierung hat sich dafür verbürgt, daß die Schiffe der Werft weiter gebaut werden können. Allerdings knüpfte der Senator für Wirtschaft, Werner Lenz (SPD), eine Bedingung daran, die die Werftenlandschaft des kleinsten Bundeslandes verändern wird.

Die Gesellschafter der Rickmers-Werft sollen eine Verflechtung mit der Seebeck-Werft AG in Bremerhaven eingehen. Der Vorschlag lautet, die Rickmers-Werft zu einem symbolischen Betrag von einer 1 Mark an die Seebeck zu verkaufen. „Die Würfel sind gefallen", atmete Senator Lenz auf.

Nach einer Woche politischen Hickhacks zwischen den Schwesterstädten Bremen und Bremerhaven, Banken und Versicherungen, kehrt wieder Ruhe ein. Die Geschäftsführung der Rickmers-Werft, so führte Lenz an, habe schriftlich erklärt, daß sie einer Verflechtung positiv gegenüberstehe; die Gesellschafter des über 150 Jahre in Privatbesitz befindlichen Schiffbaubetriebes hätten mündlich ihre Zustimmung erteilt. Und der Aufsichtsratsvorsitzende der Seebeck AG, der Krupp-Vorstandsvorsitzende Wilhelm Scheider, habe auch zugesagt, in Verhandlungen über einen Verbund mit der Rickmers-Werft einzutreten.

Rickmers sei am Ende gewesen, meinte Lenz. Banken und die öffentliche Hand werden nun für die Neubauten in einem Risikopool bürgen. Der Senator rechnet damit, daß der ohnehin arg gebeutelte Staatsetat bis zu 10 Mill. Mark zur Kasse gebeten wird, weil die Kommanditanteile von mehreren in Bau befindlichen Schiffen noch nicht gezeichnet sind.

Über die versprochenen Hilfen hinaus gebe es aber künftig kein Geld aus öffentlichen Kassen. In dem Verbund Seebeck/Rickmers könne nach Einschätzung von Lenz 300 der 3500 Arbeitsplätze noch verlorengehen.

DAIMLER-BENZ / Für eine kräftige Produktionssteigerung gerüstet – „Zufriedenstellendes Ergebnis"

Das Wachstum stammte allein aus dem Ausland

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Daimler-Benz plant für 1985 eine kräftige Steigerung seiner Pkw-Produktion. Wie es in einem Aktionärsbrief des Unternehmens weiter heißt, sei man dafür mit seinem Produktangebot und mit den Fertigungskapazitäten gut gerüstet. Wenngleich zu befürchten sei, daß die allgemeine Verunsicherung der Automobilkäufer im Inland noch einige Zeit anhalten werde, so sei man bei Daimler-Benz jedoch überzeugt, davon auch künftig weniger als andere Hersteller betroffen zu sein. Begründet wird dies mit dem „klaren, technisch optimierten Abgasreinigungs-Konzept". Eine weitere Steigerung erwartet Daimler-Benz auch für seinen Pkw-Export. Anders sieht die Situation freilich im Nutzfahrzeug-Geschäft der AG aus. Hier könne mit keiner Belebung in 1985 gerechnet werden. Trotz aller Anstrengungen sei eine weitere Abschwächung des Lkw-Absatzes in Übersee kaum zu vermeiden. Bei den Nutzfahrzeug-Gesellschaften in Nord- und Südamerika spreche vieles für eine Fortsetzung der erfreulichen Aufwärtsentwicklung.

Auch wenn man nicht in allen Bereichen mit der Marktentwicklung zufrieden sei, gehe man mit Zuversicht in das Jahr 1985. Zur Ertragsentwicklung im Geschäftsjahr 1984 heißt es, daß die AG trotz der Belastungen aus dem Arbeitskampf und des sehr schwierigen Nutzfahrzeug-Geschäfts erneut „ein zufriedenstellendes Unternehmensergebnis" erwirtschaftet habe.

Positive Auswirkungen kamen dabei von der *„außerordentlich günstigen"* Auslastung der Pkw-Kapazitäten sowie der Ausweitung des Pkw-Exports. Dies gilt vor allem für die USA, wobei Daimler-Benz vom Kursanstieg des Dollar profitierte. Einen „erfreulichen Beitrag" zum Konzernergebnis leisteten auch die Tochtergesellschaften in Nord- und Südamerika. Die Hauptversammlung wird für den 3. Juli in der Hanns-Martin-Schleyer-Halle in Stuttgart avisiert. Für 1983 hatte Daimler-Benz 21 Prozent Dividende gezahlt.

Über den Verlauf des Geschäftsjahres 1984 steht in dem Aktionärsbrief, daß das Pkw-Geschäft trotz aller Belastungen wiederum zufriedenstellend gewesen sei. Zwar seien bei anhaltend hoher Nachfrage mit 225 400 Mercedes-Pkw im Inland fünf Prozent weniger als im Vorjahr neu zugelassen worden, doch stieg der Export um 5,5 Prozent auf 251 300 Pkw. Allein in den USA wurden 79 200 Pkw (plus 7,5 Prozent) abgesetzt, wovon knapp ein Drittel auf die Kompaktklasse entfiel. Trotz voll ausgelasteter Kapazitäten habe man in der Fertigung mit 478 300 Pkw (plus ein Prozent) – geplant war ursprünglich ein Volumen von 520 000 Pkw – die arbeitskampfbedingten Produktionsausfälle um ein Drittel aufgeholt.

Während die Nachfrage nach Fahrzeugen des Modells 190 weiter ansteige, habe sich die Modellreihe der mittleren Klasse auch im letzten Jahr ihrer insgesamt neunjährigen Produktionszeit noch gut behauptet. Eine neue Modellreihe ist inzwischen gestartet. In der S- und Sonderklasse übertraf die Nachfrage die Liefermöglichkeiten deutlich.

Von der schwierigen Situation auf den Nutzfahrzeugmärkten blieb auch Daimler-Benz nicht verschont. Die Inlandsproduktion verringerte sich um 9,1 Prozent, doch stieg die Produktion der Auslandswerke um 32 Prozent. Der Konzernumsatz von Daimler-Benz nahm um acht Prozent auf 43,3 Mrd. DM zu, wobei das Wachstum ausschließlich im Ausland erzielt wurde. In Sachanlagen wurden wie in den Vorjahren rund drei Mrd. DM investiert.

Daimler-Benz	1984	±%
Umsatz (Mill. DM)		
Konzern	43 300	+ 8
davon Daimler Benz AG	31 984	- 1
Inland	14 603	- 5
Export	17 381	+ 3
Exportanteil (%)	54,3	(52,4)
Produktion		
Personenwagen	478 349	+ 1
davon		
Kompaktklasse	195 346	+ 78
Mittlere Klasse	178 357	- 29
S- und Sonderklasse	104 646	- 9
Nutzfahrzeuge	210 929	± 0
Inlandswerke	143 101	- 9
dav. Lkw üb. 6 t	68 008	- 10
Auslandswerke	62 296	+ 32
Mitarbeiter (Jahresende)		
Konzern	199 850	+ 8
dav. AG	157 249	+ 4

Rolf Sammet wird 65 Jahre

FOTO. JUPP DARCHINGER

Nun steht auch beim letzten der drei deutschen Chemie-Riesen der Wachwechsel an der Führungsspitze an: Heute feiert der Vorstandsvorsitzende der Hoechst AG, Frankfurt, Prof. Dr. Rolf Sammet, seinen 65. Geburtstag. Als Sammet 1969 das Ruder des Chemiekonzerns von Karl Winnacker übernahm, hatte das Unternehmen einen Weltumsatz von gut 9 Milliarden DM und eine weltweite Belegschaft von 116 000 Menschen. Im vergangenen Jahr erreichte Hoechst mit 180 000 Mitarbeitern einen Umsatz von gut 41 Milliarden DM, ein „statistischer" Beleg für die insgesamt steile Aufwärtsentwicklung des Unternehmens.

Sammet ist Hoechster sozusagen von der Pike auf. Nach dem Chemiestudium und vier Assistentenjahren an der Universität Stuttgart trat er im März 1949 ins Lösungsmittel- und Kunststofflabor bei Hoechst ein. 1955 übernahm er die Produktionsleitung des Faserwerks Bobingen, zwei Jahre später wurde er von Winnacker ins Stammwerk zurückgeholt, um ihn auf seine Vorstandskarriere vorzubereiten. Seinen Nachfolger hat Sammet auch bereits „ausgeguckt": Stellvertretender Vorstandschef ist seit 1983 Wolfgang Hilger, Leiter des Bereichs anorganische Chemikalien.

(Wb.)

HELL / 140 neue Arbeitsplätze im Kieler Stammhaus

Expansion in USA und Japan

dpa/VWD, London

Die Dr.-Ing. Rudolf Hell GmbH, Kiel, weltweit führender Anbieter von Repro-, Satz- und Informationstechnik, will in den USA expandieren und mit Kooperationen seine Entwicklungsposition verbessern. Wie der Vorsitzende der Geschäftsleitung der 100prozentigen Siemens-Tochter, Ernst-Erich Marhencke, in London betonte, böten die USA ein Geschäftsklima, das Innovationen begünstige, sowie einen flexiblen Arbeitsmarkt. Bisher beschäftigt Hell 500 Personen in den USA, weltweit mehr als 4000.

Expansion findet nach diesen Angaben auch im Stammhaus in Kiel statt, wo Hell im laufenden Geschäftsjahr 1984/85 (30. September) an die 140 (Vorjahr: 250) neue Arbeitsplätze schaffen will. Ähnliches wie für die USA, wo Hell seine Elektronikkapazität verdoppelt, hat das Unternehmen auch in Japan vor. Die Kieler wollen damit nach eigenen Angaben als Schrittmacher für die graphische Industrie im Geschäft vorn bleiben.

Für 1985 ist Hell optimistisch. In den ersten vier Monaten stieg der Auftragseingang im Weltgeschäft um 38 Prozent. Kräftige Impulse kamen vor allem aus dem Ausland, insbesondere den USA, dem pazifischen Raum und einigen westeuropäischen Ländern. Insgesamt erwartet Hell für das laufende Geschäftsjahr eine Umsatzsteigerung um etwa 20 Prozent. Damit käme das Unternehmen einschließlich der nicht konsolidierten Auslandstöchter auf fast eine Mrd. DM Umsatz.

Im Jahr zuvor (1983/84) war der Weltumsatz um 21 Prozent auf 715 Mill. DM gestiegen. Dazu kamen rund 100 Mill. DM von den Auslandstöchtern. Der Umsatz wird zu 90 Prozent mit der Reprotechnik gemacht. Der Jahresüberschuß von 17 Mill. DM wurde je zur Hälfte an Siemens und in die Rücklagen überwiesen. Investiert wurden knapp 90 Mill. DM.

NAMEN

Horst F. W. Gerberding, Gesellschafter der Dragoco Gerberding & Co. GmbH, Holzminden, vollendet am 22. Februar sein 60. Lebensjahr.

Gunter Thielen wurde mit Wirkung vom 1. Juli 1985 in den Vorstand der Bertelsmann AG berufen. Thielen, der 1980 als Vorsitzender der Geschäftsführung des Tiefdruckunternehmens *Maul-Belser*, Nürnberg/Stuttgart, in die Bertelsmann AG eintrat, wird die Leitung des derzeit von **Manfred Lahnstein** geführten Unternehmensbereiches Druck- und Industriebetriebe übernehmen.

Gerhard Ludwig, technischer Geschäftsleiter der Staatlichen Porzellan-Manufaktur Berlin (KPM) scheidet Ende 1985 aus dem Unternehmen aus, da der Vertrag vom KPM-Verwaltungsrat nicht verlängert wurde.

Manfred Conrad wurde mit Wirkung vom 1. April 1985 zum Geschäftsführer der Philips GmbH, Hamburg, bestellt. Zum gleichen Zeitpunkt übernimmt er die Leitung des Unternehmensbereichs C. H. F. Müller.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Hosie setzte mehr ab

Hamburg (VWD) – Der Spirituosenimporteur Charles Hosie GmbH, Hamburg, steigerte seinen Absatz 1984 um 18 Prozent auf 14,9 (11,9) Mill. 0,7-Liter-Flaschen, während der Pro-Kopf-Verbrauch an Spirituosen in der Bundesrepublik bei 6,7 Litern stagnierte. Ein großer Teil des Hosie-Zuwachses geht allerdings auf vorgezogene Käufe wegen einer zum 1. Januar 1985 durchgeführten Preiserhöhung um drei Prozent zurück. Entsprechend schwach war das Jahresanfangsgeschäft, so daß Hauptgeschäftsführer Joachim H. Peycke für 1985 ein abgeschwächtes Absatzplus von fünf Prozent auf 14,8 Mill. Flaschen prognostiziert. Der Umsatz stieg 1984 um 17 Prozent auf 221 (190) Mill. DM, für 1985 sind 235 Mill. DM geplant. Der Ertrag habe sich nach dem durch Neueinführungen strapazierten 1983er Ergebnis wieder erholt.

Strukturhilfe gestoppt

Hannover (rtr) – Die niedersächsische Landesregierung hat die Auszahlung der im vergangenen Jahr zugesagten Strukturhilfe an den Stahlkonzern Klöckner vorerst gestoppt. Niedersachsen hatte im vergangenen Sommer die Zahlung von 40 Mill. DM unter der Bedingung zugesagt, daß Klöckner die Stahlproduktion des Werks Georgsmarienhütte bei Osnabrück aufrechterhält. Bisher seien etwa 14 Millionen DM ausgezahlt worden, sagte der Sprecher.

Unix auf dem Vormarsch

München (dpa/VWD) – Sechs europäische Computerhersteller wollen künftig mit einer einheitlichen „Betriebssprache" dem Weltmarktführer IBM entgegentreten. Die Gruppe Bull, ICL, Nixdorf, Olivetti, Philips und Siemens wird das von der amerikanischen AT & T entwickelte Betriebssystem Unix übernehmen. Nach Angaben der Siemens AG ist das Unix-System inzwischen für zahlreiche Mikrocomputer-Systeme verfügbar und dringt bereits in höhere Leistungsbereiche vor.

Anteil übernommen

New York (VWD) – Canfor Corp. hat nach eigenen Angaben von Feldmühle AG die noch nicht in ihrem Besitz befindliche 25prozentige Beteiligung an Intercontinental Pulp Co. übernommen. Der Kaufpreis wird nicht genannt. Für 1984 mußte Canfor einen Verlust von 30,9 (44,7) Mill. Dollar bei einem Umsatz von 1,03 (0,99) Mrd. Dollar ausweisen.

Kooperation mit Siemens

Berlin (AP) – Die Technische Universität Berlin und die Siemens AG haben eine dreijährige Forschungsvereinbarung getroffen, die mit insgesamt 6 Mill. DM finanziert werden soll. Wie das Werk dazu mitteilte, kamen die beiden Unterzeichner überein, in „innovativen Bereichen der Schlüsseltechnologien" zusammenzuarbeiten. Forschungsschwerpunkte sollen zukunftsorientierte Gebiete wie „Leistungshalbleiter" und „integrierte elektrische Meßtechnik" sein.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Ahrensburg: Bungalow-Bau Rahn; **Augsburg:** HOVA Gaststättenbetriebs GmbH; **Bochum:** Martha Fliedner geb. Paulini; **Düsseldorf:** Dipl.-Ing. Werner Brammertz Tief- u. Straßenbau-Verwaltungsges. mbH; Bel Air Verwaltungsges. mbH; Sybille Brandt, Kauffrau; **Herford:** SITA Sanitär- u. Industrie-Trennwandanlagen Baustoffe Elfers GmbH; **Hof:** Nachl. d. Eugen Sapper, Selb; **Karlsruhe:** Horst Schäufele GmbH; **Köln:** Elfriede Prickartz; **Landau:** a) Spedition Bullinger Umzüge GmbH & Co. KG, b) Spedition Bullinger Umzüge Verwaltungsges. mbH; **Limburg:** Heinz Siebert, Kirchenbedarf; **Mainz:** KÜLEG, Kühlmöbelfabrik u. Apparatebau GmbH, Heidesheim-Uhlerborn; **Moers:** Erika Ballon; **München:** Bavaria-Cara-Styling Autoveredelungs GmbH & Co. Exklusive Fahrzeugausrüstungs KG; Nachl. d. Rosa Neumeier; Nachl. d. Marian Mirowski; **Münster:** VFS-Video-Film-Service Vertrieb f. Bild- u. Tonträger Beteiligungsges. mbH; W.I.R. Wareneinkaufsverbund im Reitsportfachhandel GmbH, Warendorf; **Neuss:** Gislinde Elisabeth Kock, Schriesheim; Nachl. d. Werner Ulfert Granitza, Korschenbroich; **Remscheid:** Autohaus Josef Wittig GmbH & Co. KG; Wittig Verwaltungs GmbH; Rob. Hermes KG (GmbH & Co.), Solingen; Robert Hermes GmbH, Solingen; **Schweinfurt:** SMMW Frieske u. Schmitt GmbH, Bad Königshofen; **Waldshut-Tiengen:** Continens Design Textil Beteiligungsges. mbH, Schopfheim; **Weilheim:** Anne Höhnel, Zahnärztin, Wedel/Holstein.

Anschlußkonkurs eröffnet: **Berlin Charlottenburg:** Procon-Plast Ges. f. Kunststofftechnik mbH; **Stuttgart:** INDU – Plan + Bau GmbH, Wolfschlugen.

Vergleich beantragt: Dortmund: Ingrid Lobsträter, Kauffrau; **Hamburg:** Bauunternehmung Richter & Co.; **Hamm:** HEGA GmbH Bausysteme, Holzwickede; **Lübeck:** Treumedia Werbeagentur GmbH; **München:** Beelener Spanplattenwerke GmbH, Beelen.

OCE / Bei großen Papierformaten besonders erfolgreich

Wachstum im Kopiermarkt

HARALD POSNY, Düsseldorf

Mit weit überdurchschnittlichen Steigerungsraten in Umsatz und Ertrag hat die niederländische Océ van der Grinten N. V., Venlo, das Geschäftsjahr 1983/84 (30. 11.) abgeschlossen. Das führende Unternehmen auf dem europäischen Markt für Kopiertechnik und Materialien für Konstruktionsbüros erhöhte das Betriebsergebnis der Gruppe um elf (3,2) Prozent auf fast 142 Mill. hfl (gleich 160,8 Mill. DM), den Reingewinn sogar um 26 (18,2) Prozent auf 64,6 Mill. hfl, eine Entwicklung, die sich über sämtliche Quartale des letzten Jahres fortgesetzt hatte.

Die positive Entwicklung betraf alle Unternehmensbereiche (Konstruktionsbüro, Büromarkt, Chemikalien) wie auch fast alle Länder, in denen die Océ-Gruppe tätig ist, und Verkäufe ebenso wie das Vermietgeschäft. Der Umsatz des Büromarktes wuchs um 23 Prozent auf 754 Mill. hfl. Dabei erwartet das Unternehmen noch einen Zuwachs im Bereich des Marktes für hohen Kopierbedarf mit noch leistungsfähigerem Gerät.

Die Investitionen in den Bestand an vermieteten Geräten erforderten 173 Mill. hfl, rund acht Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die zugenommene Investitionsbereitschaft hat den Umsatz im Bereich Konstruktionsbüro um fünf Prozent auf 829 Mill. hfl erhöht. Dabei war der Teilbereich Kopiergerät für große Papierformate besonders erfolgreich.

Der Cash-flow erreichte 247 (194) Mill. hfl. In diesem Betrag sind zusätzliche Abschreibungen für vermietete Geräte von 8,7 Mill. hfl enthalten. Die gesamten Abschreibungen erhöhten sich auf 182 (143) Mill. hfl. Der Hauptversammlung am 16. April wird eine auf neun (8,40) hfl erhöhte Dividende vorgeschlagen. Der Gewinn je 20 hfl-Aktie beträgt 25,92 (23,52) hfl. Das Eigenkapital (686 nach 572 Mill. hfl) macht 39 (36) Prozent der Bilanzsumme aus.

Im Rahmen der Konzentration auf die Hauptaktivitäten der Gruppe ist die Helioprint in Dänemark verkauft worden. Die Aktivitäten auf dem Kopiermarkt werden jedoch fortgesetzt. Seit kurzem ist Océ an der B. S. O.-Beheer BV, Utrecht, einem der führenden Software-Häuser des Landes, mit 25 Prozent beteiligt. Dieser Schritt wurde im Hinblick auf die Ausweitung des Bereichs Büroautomatisierung getan.

Mit dem Ergebnis nicht zufrieden

ww, Bremen

„Das Ergebnis des abgelaufenen Jahres hat sich gegenüber unseren Planvorstellungen verschlechtert", heißt es im Zwischenbericht für Aktionäre der Wilkens Bremer Silberwaren AG. Eine Zusage über die Dividende sei immer noch nicht möglich, weil die Auswirkungen der „Sondereinflüsse sorgfältig abzuwägen sind".

Die Verunsicherung des Verbrauchers, die mit den Tarifauseinandersetzungen 1984 begonnen hätte, habe zu einer Verschlechterung des Konsumklimas und zum Rückgang der Nachfrage geführt. So sei die Nachfrage aus den arabischen Ländern stark zurückgegangen. Laut Aktionärsbrief ist der Umsatz des Konzerns um 3,8 Prozent auf 96,8 Millionen DM gefallen, der Umsatz der Muttergesellschaft (Wilkens) verringerte sich auch um 3,8 Prozent auf 80,2 Millionen DM.

„Mit diesem Ergebnis sind wir nicht zufrieden, obwohl wir in Teilbereichen Zuwächse erzielen konnten", heißt es weiter. Der Inlandsumsatz habe auf Vorjahresniveau gehalten werden können, obwohl der Absatz echt silberner Bestecke zurückgegangen sei; der Exportanteil habe sogar 14 Prozent verloren.

SIBRA-HOLDING AG / Beschleunigter Trend zum Getränke-Heimkonsum

Höhere Investitionen vorgesehen

HANS BAUMANN, Essen

Die Sibra-Gruppe mit ihren zur Zeit 36 Gesellschaften, die alle in der Getränke-Produktion oder im Vertrieb von Getränken tätig sind, wird ihre Investitionsschleusen öffnen, um dem wachsenden Bedarf nach ihren Produkten gerecht werden zu können. Wenn auch die Sibra-Holding AG, Fribourg (Schweiz), für das Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) einen geringen Umsatzverlust von 358,3 auf 354,5 Mill. Schweizer Franken (sfr) meldet (430 Mill. Mark), so haben sich die Umsätze doch in den letzten fünf Jahren um mehr als 40 Prozent erhöht.

Wie Jean-Erwin Beyeler, Mitglied der Sibra-Konzernleitung und Finanz-Geschäftsführer der Sibra-Verwaltungs-GmbH, Frankfurt, von der die *93* Prozent des Sinalco-Kapitals von 5,1 Mill. Mark gehalten werden, mitteilt, zeigen die Konsumgewohnheiten der Kunden einen beschleunigten Trend zum Heimkonsum. Für die Hersteller von Getränken werde es damit zur Überlebensfrage, in den Klein- und Großformen des Handels mit ihrer Ware präsent zu sein. Bei Sibra, so Beyeler, hätten sich schon 1984 Produktionsengpässe ergeben, so daß bestimmte Artikel hätten kontingentiert werden müssen. Besonders kräftig habe der Konsum von Bier zugenommen (alkoholfreies „Moussy").

Um diese Produktionsengpässe zu beseitigen, sei mit Erweiterungsinvestitionen in der Schweiz begonnen worden. Schon im Berichtsjahr erhöhten sich die Sachinvestitionen von 15,6 auf 29,6 sfr. In der Sibra-Gruppe wurden 1984 die Sachinvestitionen sogar von 22,9 auf 42,9 Mill. sfr angehoben. Für 1985 ist ein noch höherer Einsatz von Mitteln vorgesehen.

Der Hauptversammlung am 26. März wird daher vorgeschlagen, das Aktienkapital von 60 auf 80 Mill. sfr zu erhöhen. Die Aufstockung soll der weiteren Stärkung der Eigenmittel von zur Zeit schon 42,5 Prozent der Bilanzsumme dienen.

Der konsolidierte Cash-flow von 37,3 (34,5) Mill. sfr signalisiert, daß die Holding den vorgesehenen Investitionsschub in hohem Maße aus eigenen Mitteln finanzieren kann. Den Aktionären wird auf der Hauptversammlung eine Dividende von elf Prozent pro Aktie von 100 sfr angeboten. Damit erhöht das Unternehmen zum sechstenmal hintereinander ihre Ausschüttung. Die AG der Holding hat rund 2500 Namens- und eine Vielzahl von Inhaberaktionären. Kein Namensaktionär verfügt über mehr als 3,5 Prozent des Gesamtkapitals.

Interessant ist die Struktur des konsolidierten Umsatzes nach Produktgruppen. Es führten im Berichtsjahr (1979/80) alkoholfreie Getränke mit 43 (30) Prozent, gefolgt von Bier mit 38 (45) Prozent. Auf Platz drei stehen Wein und Spirituosen mit 17 (24) Prozent. Sonstige spielen mit 2 (1) Prozent eine untergeordnete Rolle. Lehre: Alkoholfreie Getränke eilen auf Kosten der übrigen davon.

Die Struktur der konsolidierten Gesamtumsätze nach geographischen Regionen zeigt deutlich, daß *Sibra dabei ist*, die Schweizer Grenzen mit immer größeren Schritten zu überschreiten. Im Berichtsjahr (1979/80) wurden in der Schweiz 75 (95) Prozent umgesetzt, acht (null) Prozent waren Umsätze in der Bundesrepublik, darin enthalten die von Sinalco. Die Exporte aus der Schweiz und aus der Bundesrepublik zusammen betrugen 17 (5) Prozent.

Warenpreise – Termine

Bruchteilig schwächer schlossen am Dienstag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Während Kaffee kräftige Abschläge hinnehmen mußte, fielen die Verluste bei Kakao weniger drastisch aus.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	19. 2.	18. 2.
März	345,75	345,75
Mai	336,75	339,00
Juli	330,00	332,25

Weizen Winnipeg (can. $/t)	19. 2.	18. 2.
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	geschl.	255,66
Amber Durum	geschl.	241,94

Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	128,00	130,60
Mai	132,60	135,00
Juli	135,50	138,50

Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	134,00	135,60
Mai	132,00	133,70
Juli	129,40	131,80

Hafer Chicago (c/bush)	19. 2.	18. 2.
März	175,25	175,50
Mai	170,75	171,25
Juli	164,75	165,50

Mais Chicago (c/bush)		
März	268,00	269,75
Mai	275,00	277,50
Juli	278,50	280,75

Gerste Winnipeg (can. $/t)	19. 2.	18. 2.
März	134,00	136,50
Mai	134,20	136,50
Juli	133,00	134,50

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	19. 2.	18. 2.
Terminkontr. März	142,25	144,30
Mai	141,55	143,40
Juli	141,10	142,25

Kakao New York ($/t)	19. 2.	18. 2.
Terminkontr. März	2090	2113
Mai	2126	2149
Juli	2121	2142
Umsatz	2418	4351

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 März	4,14	4,13
Mai	4,34	4,43
Juli	4,68	4,77
Sept.	4,96	5,04
Okt.	5,12	5,20
Umsatz	16 110	14 450

Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	19. 2.	18. 2.
	3,64	3,47

Kaffee London (£/t) Robusta-	19. 2.	18. 2.
Kontrakt März	2330–2333	2325–2328
Mai	2370–2372	2367–2368
Juli	2400–2402	2397–2403
Umsatz:	1596	3170

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt März	2118–2120	2127–2130
Mai	2130–2131	2146–2147
Juli	2120–2121	2133–2135
Umsatz	5131	1634

Zucker London ($/t), Nr. 6		
März	116,00–116,40	–
Mai	121,20	–
Aug.	129,20–129,40	–
Umsatz	3279	–

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	19. 2.	18. 2.
schw. Sarawak spez.	490,00	490,00
weißer Sarawak	705,00	705,00
weißer Muntok	715,00	715,00

Orangensaft New York (c/lb)	19. 2.	18. 2.
März	169,25	165,20
Mai	171,15	167,95
Juni	172,50	169,35
Sept.	171,50	168,25
Nov.	169,00	167,00
Umsatz	1000	600

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	19. 2.	18. 2.
Südstaaten fob Werk	40,00	39,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	29,75	29,25

Sojaöl		
Chicago (c/lb) März	27,98	28,00
Mai	27,05	26,98
Juli	26,30	26,25
Aug.	25,65	25,80
Sept.	25,40	25,30
Okt.	24,80	24,75
Dez.	24,25	24,25

Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal		
fob Werk	geschl.	29,00

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	geschl.	24,50
Choise white hog 4% fr. F.	geschl.	20,00

Talg New York (c/lb)		
top white	geschl.	20,50
fancy	20,25	20,00
bleichfähig	18,75	18,50
yellow max. 10% fr. F.	17,50	17,50

Schweine Chicago (c/lb)		
Febr.	50,70	51,35
April	46,95	47,55
Juni	52,10	52,92

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Febr.	70,25	71,07
März	69,10	70,65
Mai	69,75	71,10

Häute Chicago (c/lb)	19. 2.	18. 2.
Ochsen einh. schwere River Northern	geschl.	41,00
Kühe einh. schwere River Northern	geschl.	38,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
März	577,00	581,50
Mai	590,00	594,00
Juli	600,50	604,00
Aug.	605,00	607,00
Sept.	603,00	604,00
Nov.	607,00	608,50
Jan.	619,50	620,50

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
März	130,90	133,90
Mai	138,90	139,70
Juli	142,90	145,40
Aug.	145,80	148,30
Sept.	148,00	150,50
Okt.	151,20	153,50
Dez.	157,00	149,00

Leinsaat Winnip. (can. $/t)	19. 2.	18. 2.
März	355,00	358,50
Mai	363,50	366,10
Juli	369,70	370,80

Kokosöl New York (c/lb)	19. 2.	18. 2.
Westküste fob Werk	geschl.	37,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	20. 2.	19. 2.
jegl. Herk. cif	870,00	870,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	610,00	600,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	615,00	615,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	251,00	251,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	960,00	875,00

Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif		
Rotterdam	299,00	302,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	19. 2.	18. 2.
März	63,60	64,17
Mai	64,90	65,47
Juli	65,70	66,35
Okt.	65,80	66,45
Dez.	66,00	66,61
März	67,45	67,70

Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis		
loco RSS-1:	geschl.	unerh.

Wolle Lond. (Neus. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	19. 2.	18. 2.
März	510-515	510-515
Mai	524-527	523-525
Aug.	544-548	542-545
Umsatz:	18	12

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	19. 2.	18. 2.
März	53,60	53,80
Mai	53,60	53,60
Juli	53,50	53,50
Aug.	53,70	53,70
Umsatz:	0	0
Tendenz: stetig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	19. 2.	18. 2.
März	576,50–548,00	580,00–584,50
Mai	601,50–603,00	–
Juli	–	601,50–603,00
Umsatz:	1	3

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	19. 2.	18. 2.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded:	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	19. 2.	18. 2.
Febr.	12 128	12 130
März	12 207	12 216

Kautschuk London (p/kg)	19. 2.	18. 2.
Nr. 1 RSS loco	65,00–70,00	65,00–70,00
März	67,00–71,00	63,00–69,00
Apr.	68,00–72,00	64,00–70,00
Mai	69,00–73,00	65,00–71,00
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	19. 2.	18. 2.
März	geschl.	186,75–187,75
April	geschl.	194,25–195,25
Nr. 2 RSS März	–	–
Nr. 3 RSS März	–	–
Nr. 4 RSS Febr.	–	–
Tendenz: –		

Jute London (£/lgt)	19. 2.	18. 2.
BWC	–	–
BWD	–	–
BTC	–	–
BTD	–	–

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 Troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. = 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	20. 2.	18. 2.
Aluminium: Bas. London		
laufend. Monat	367,70–368,06	367,17–367,35
drittfolg. Monat	380,43–380,61	380,21–380,39
Blei: Basis London		
laufend. Monat	122,93–123,11	122,75–122,93
drittfolg. Monat	126,39–126,57	126,01–126,01
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1687,57–1689,39	1683,77–1685,66
drittfolg. Monat	1691,21–1694,84	1689,20–1691,01
Zink: Basis London		
laufend. Monat	304,05–304,78	292,58–293,30
drittfolg. Monat	290,60–290,78	285,52–285,70
Produz.-Preis	299,45	298,82
Feinzinn 99,9%	–	4158–4200

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	20. 2.	18. 2.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*)	476,99–480,09	479,06–482,14
Blei in Kabeln	130,75–131,75	130,50–131,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferhersteller.

Messingnotierungen

	20. 2.	18. 2.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	440–450	440–448
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	477–479	477
MS 63	477–483	479–484

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	19. 2.	18. 2.
ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	20. 2.	19. 2.
Leg. 225	405–415	405–415
Leg. 226	407–417	407–417
Leg. 231	440–447	440–447
Leg. 233	450–457	450–457

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	20. 2.	19. 2.
Platin (DM je g)	32,05	32,10
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkfpr.	32 880	32 590
Rücknahmepr.	32 130	31 840
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	33 040	32 950
Rücknahmepr.	32 230	32 130
verarbeitet	34 660	34 560
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	32 420	32 240
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	683,10	680,30
Rücknahmepr.	663,20	660,50
verarbeitet	713,10	710,20

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze)	20. 2.	19. 2.
London 10.30	302,85	302,90
15.00	302,90	302,60
Zürich mittags	302,80–303,30	302,70–303,20
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	98 400	98 100
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	570,60	569,95
3 Monate	588,40	588,80
6 Monate	605,55	605,40
12 Monate	638,50	639,75

Platin (£-Feinunze)	19. 2.	18. 2.
London fr. Markt	250,15	253,45
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	116,35	118,60

New Yorker Preise	19. 2.	18. 2.
Gold H & H Ankauf	302,50	304,00
Silber H & H Ankauf	619,00	626,50
Platin fr. Händlerpr.	272,00–275,00	275,00–284,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	geschl.	129,00–130,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Febr.	628,20	629,00
März	629,00	630,50
Mai	633,90	634,90
Juli	637,00	638,50
Sept.	647,50	648,00
Dez.	660,00	659,80
Jan.	675,50	677,00
Umsatz	24 000	21 000

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	19. 2.	18. 2.
Febr.	61,65	61,70
März	61,80	61,80
April	62,30	62,35
Mai	62,60	62,60
Juli	63,25	63,35
Sept.	63,75	63,85
Dez.	64,50	64,70
Umsatz	11 000	–

Londoner Metallbörse

	20. 2.	19. 2.
Aluminium (£/t) Kasse	1011,0–1012,0	1012,0–1013,0
3 Monate	1046,0–1046,5	1047,5–1048,5
Blei (£/t) Kasse	338,00–338,50	337,50–338,50
3 Monate	347,50–348,00	346,50–347,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1290,5–1291,5	1302,0–1303,0
3 Monate	1311,0–1311,5	1319,0–1319,5
abends Kasse	–	1284,0–1285,0
3 Monate	–	1307,5–1308,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1287,0–1289,0	1281,0–1283,0
3 Monate	1307,0–1309,0	1302,0–1305,0
Zink (£/t) Kasse	836,00–838,00	810,00–812,00
3 Monate	799,00–799,50	790,00–790,50
Zinn (£/t) Kasse	10 035–10 040	10 035–10 040
3 Monate	10 045–10 047	10 046–10 049
Quecksilber ($/Fl.)	–	205–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	72–72

Festverzinsliche etwas leichter

Der Rentenmarkt profitierte an der Mittwochbörse nicht von der Dollarsteigerung. Vielmehr überwog offensichtlich die Furcht, daß die Dollar-Hausse zu Zinserhöhungen führen wird. Jedenfalls blieb das Anlageinteresse begrenzt. Die Notierungen gaben überwiegend nach. Die Kurse für öffentliche Anleihen wurden bis um 0,35 Prozentpunkte zurückgenommen. DM-Auslandsanleihen wurden gestern kaum beachtet, auch hier die Kurse meist leichter. Stark war die Zurückhaltung am Markt für Pfandbriefe und Kommunalobligationen. Das Geschäft war entsprechend ruhig.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschreib.

Bundesbahn

Industrieanleihen

Sonderinstitute

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Wandelanleihen

Ausländische Aktien in DM

Interesse an Farben- und Bankaktien

In- und ausländische Anleger setzten ihre gezielten Käufe fort

DW. – Auch am Mittwoch haben die Käufer an den deutschen Aktienmärkten ihre Favoriten gewechselt. Bankaktien rückten in den Vordergrund. Daneben hielt das Anlageinteresse für die Farbennachfolger unvermindert an. Für Interessenten aus dem Dollar-Raum werden deutsche Aktien aufgrund des steigenden Dollarkurses immer billiger und sie nutzen diese Chance. Es spricht für die Gesundheit des Marktes, daß der Berufshandel keine überhöhten Bestände hält, sondern in den gängigen Teilmärkten immer wieder so gut wie glatt ist.

Am Farbenmarkt reichten die Tagesgewinne bis etwa zwei DM, wobei Bayer, wie schon vorübergehend am Vortag, wieder die 200-DM-Marke überschritten. Autowerte gaben leicht nach – offensichtlich vor allem durch Gewinnmitnahmen nach den ungewöhnlich großen Kurssteigerungen vom Vortag. Warenhäuser, die gegen Börsenschluß am Dienstag entdeckt worden waren, konnten ihren gemäßigten Aufwärtstrend fortsetzen. Nach Bereinigung durch Tauschoperationen verzeichneten Siemens wieder Kursgewinne bis etwa vier DM. Stahlwerte uneinheitlich, Klöckner schwächer, Thyssen gut behauptet. Im Maschinenbaubereich fielen GHH-Stämme mit plus 4,50 auf. Mehr oder weniger behauptet lagen Stromversorgungspapiere.

Frankfurt: Adt erhöhten um 3,20 DM, Braun Vz. um 20 DM und Chemieverwaltung um 9 DM auf 349 DM. Die Blauen Quellen verminderten umd 10 DM und Alcana um 9 DM. Grünzweig & Hartmann gaben um 4 DM auf 110,50 DM nach.

Düsseldorf: Bilfinger erhöhten um 3 DM und Dyckerhoff um 12 DM. Hageda stockten um 2,50 DM und Kochs Adler um 17 DM auf. Bei den Versicherungen erhöhten Aachen Münchn. Vers. um 10 DM und Allinaz Leben um 50 DM.

Hamburg: Beiersdorf zogen um weitere 5 DM auf 460 DM an. HEW konnten sich um 1 DM erholen. NWK-Vz. waren mit 169,20 DM nur knapp gehalten. *Haller Meurer* machten einen Sprung um 9 DM auf 175 DM. Holsten Brauerei gaben um 2,90 DM nach.

Berlin: Kempinski verzeichneten einen Gewinn in Höhe von 18 DM, DeTeWe und Rheinmetall von je 8 DM. Lehmann lagen um 4 DM, Berliner Kindl um 1,30 DM und Herlitz Vz. um 1 DM fester. Deutsche *Hypobank Berlin* gaben um 5 DM und Berthold 3,50 DM nach.

München: Aigner verloren 5 DM, Audi AG 15 DM und Brau AG Nürnberg und Electro 2000 je 2 DM. Aufstocken konnten Agrob Vz. um 4,50 DM und Großkraft Franbken um 2 DM. Patrizier verbesserten sich um 1 DM und Süd Chemie um 5 DM.

Stuttgart: Porsche erhöhten um 26 DM. Schwäbische Zellstoff waren mit plus 9 DM auf 270 DM gefragt. SEL waren um 3 DM und *DLW* um 5 *DM* befestigt. Stuttgarter Bäckermühlen minus 13 DM auf 255 DM Taxe Brief. Krawag verloren 8 DM.

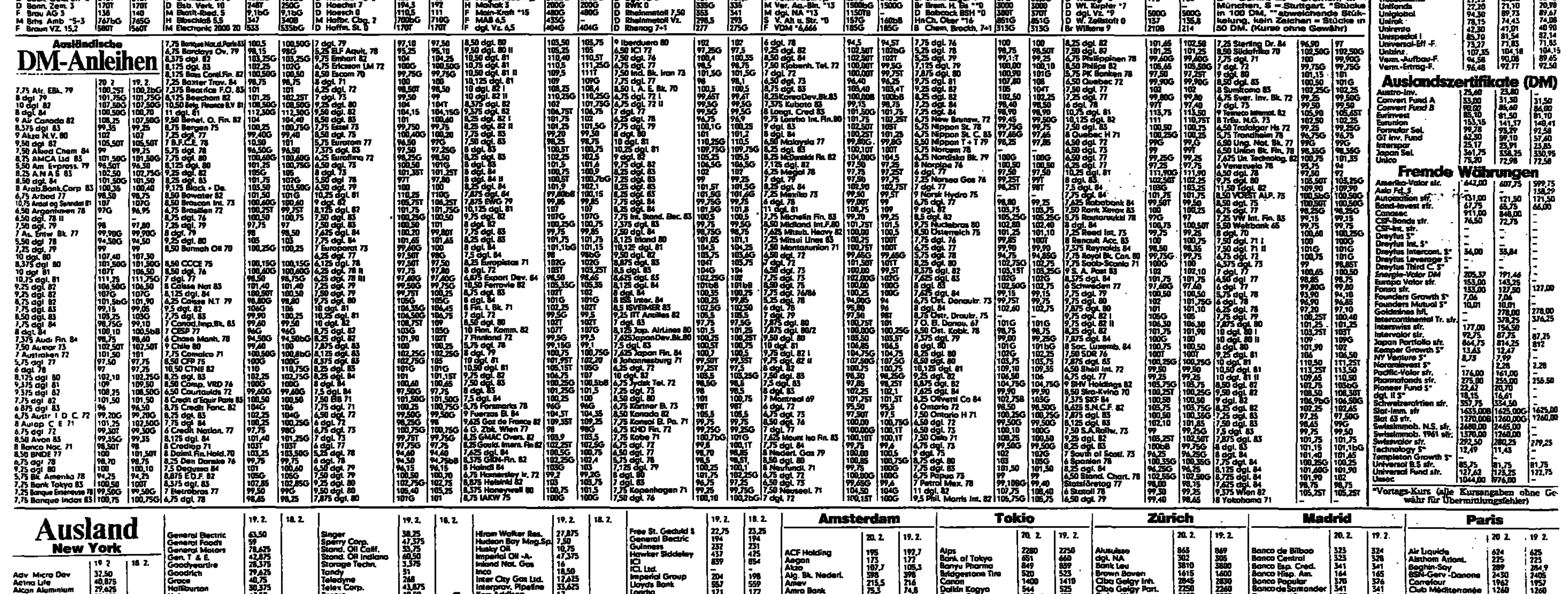
Nachbörse: uneinheitlich

WELT-Aktienindex: 172,2 (171,4)
WELT-Umsatzindex: 3360 (3240)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

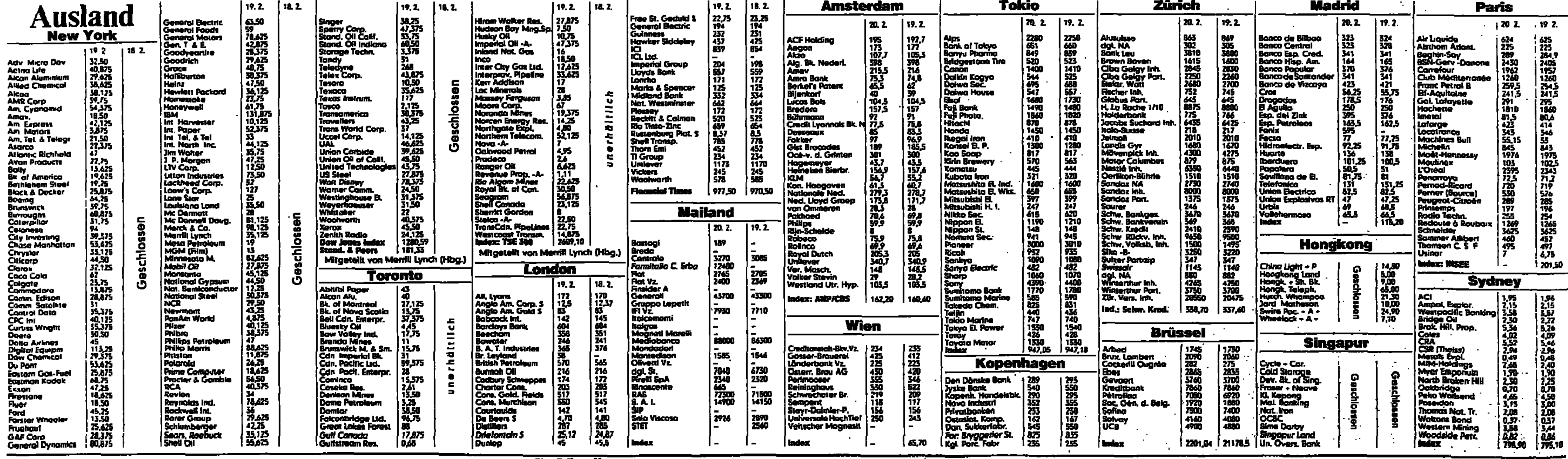
Inlandszertifikate

Inland



Ausland

New York



Optionshandel

Frankfurt: 20. 02. 85

1934 Optionen = 100 300 (53 400) Aktien,
davon 445 Verkaufsoptionen = 23 050 Aktien

Kaufoptionen: AEG 4-95/19,5, 4-100/14,3, 4-110/8,9, 4-120/2, 7-10/10,1, 7-120/4,4, 10-120/7,4, **BASF** 4-159,65/35, 4-169,65/25, 4-170/25, 4-180/16, 4-189,65/6,6, 4-190/7-6, 4-199,65/2,7, 4-200/2,4, 7-169,65/27, **Bayer** 4-160/40,8, 4-170/31, 4-180/11, 4-190/12, 4-200/5,5, 4-210/3,6, 7-180/28, **BBC** 7-210/8, **BMW** 7-380/31, 7-400/13, 7-410/8,5, 7-430/5,4, **Commerzbk.** 4-180/1,6, 4-190/0,80, 7-180/6, **Conti** 4-110/14,1, 4-120/8,5, 7-110/19,4, **Daimler** 4-580/79, 4-680/8, 7-70/10, **Dt. Babcock St.** 7-170/12, 10-180/10,8, 10-1270/16, **Dt. Babcock Vz.** 4-170/3,5, 7-170/7,1, **Deutsche Bk.** 4-350/59, 4-390/21, 4-400/15, 4-410/9,6, **Degussa** 7-360/20, **Dresdner Bk.** 4-180/16, 4-190/7,9, 4-200/3,4, 7-190/18, **Hoechst** 4-170/24,5, 4-180/16,5, 4-190/6,5, 4-200/2,6, 7-180/20, **Hoesch** 4-100/110, 4-110/4,1, 4-120/1,5, 7-100/14,4, 7-110/7,4, 7-130/3,5, 10-120/5, **Karstadt** 10-220/15, **Klöckner** 4-65/13, 4-70/10, 4-75/5,9, 4-80/3,2, 4-85/1,6, 7-75/8,5, **Lufthansa St.** 7-200/6, **Lufthansa Vz.** 4-170/15, **Mannesmann** 4-140/19, 4-150/10, 4-160/3,6, 7-150/16, **Preussag** 10-250/24, **RWE St.** 4-160/4,5, 4-170/2,2, 7-160/8, **RWE Vz.** 7-160/8,4, 10-170/5, **Schering** 4-470/15, **Siemens** 4-420/129, 4-430/99,25, 4-460/89, 4-470/79,5, 4-480/70, 4-490/60, 4-500/51, 4-510/42, 4-530/23, 4-560/8,4, 4-570/6,9, 7-470/87, **Thyssen** 4-80/23,5, 4-85/18,6, 4-90/15,1, 4-95/9,1, 4-100/8, 7-80/25,95, **Varta** 10-190/7, **Veba** 4-170/4, 7-180/3,7, 10-180/6,8, 10-190/3, **VW** 4-190/10,1, 4-210/2, 7-200/12, **Alcan** 7-100/9, 7-110/4,6, **Chrysler** 4-95/16, 4-100/12, **Elf** 10-80/5, **IBM** 7-450/25,2, **Norsk Hydro** 4-35/5, 4-40/1,9, 7-40/3,4, 10-40/6, **Philips** 4-55/1,9, 10-50/7,4, 10-55/4,2, **Sony** 7-55/3,6, **Sperry** 10-150/14, **Verkaufsoptionen:** AEG 4-100/1, 4-110/1,9, 4-120/7,1, 7-110/4,1, 7-120/9, 10-100/1,7, 10-110/5, **BASF** 4-160/1, 7-190/4, 10-180/2,1, **Bayer** 4-190/1, 4-200/3,2, **BMW** 4-340/1,1, 4-350/2,9, 4-360/5,5, 4-370/8, 7-380/22,8, **Bay. Vereinsbk.** 4-320/3,2, **Commerzbk.** 4-170/2,8, 7-170/6,6, 10-160/2,5, **Conti** 4-120/2,4, 7-120/3,4, 10-110/1,6, 10-130/5,2, **Deutsche Bk.** 4-380/2,7, 4-390/8, 7-400/10, 10-390/9,6, 10-400/15, **Degussa** 4-340/1,5, **Dresdner Bk.** 4-190/1,6, 7-190/3,9, 10-180/3, 10-190/6,8, **GHH St.** 7-160/3, **Harpener** 7-310/2,2, **Hoechst** 4-190/1,15, 7-190/4, 10-190/6,5, **Hoesch** 7-100/1,2, 7-110/3, **Karstadt** 4-210/4,6, 7-220/12, **Kaufhof** 4-220/8, **Lufthansa St.** 7-180/3,8, **Linde** 4-420/10, 7-400/4,6, **Mannesmann** 4-150/0,80, 7-150/2, 10-150/3,5, **Kali + Salz** 7-260/3, **Siemens** 4-500/1, 4-540/9,4, 7-500/2, **Thyssen** 4-95/1, 7-100/3,45, 10-95/3,4, 10-100/5,4, **Veba** 10-170/3,9, **VW** 4-190/2,5-2,4, 4-200/8,8, *Chrysler* 4-110/4, 7-100/4, 7-110/8,8, 10-95/3,1, 10-100/5,8, **IBM** 7-420/10, 10-410/10,7, **Litton** 4-230/2,7, **Norsk Hydro** 10-40/3,7, **Philips** 10-50/2,3, **Royal Dutch** 7-170/1,5, 10-170/6,8.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 20. 2. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	8½– 8¾	5⅝–5⅞	5½–5¾
3 Monate	8⅞– 9⅛	5⅞–6⅛	5⅝–5⅞
6 Monate	9⅛– 9⅜	6¼–6½	5¾–6
12 Monate	10⅛–10⅜	6⅜–6⅝	5¾–6

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 20. Februar folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1590,00	1995,00
10 US-Dollar (Indian)**)	1275,00	1540,80
5 US-Dollar (Liberty)	580,00	718,20
1 £ Sovereign alt	231,25	286,42
1 £ Sovereign Elizabeth II.	229,75	284,71
20 belgische Franken	178,50	231,99
10 Rubel Tscherwonez	240,00	300,96
2 südafrikanische Rand	226,75	280,15
Krüger Rand, neu	1023,25	1206,40
Maple Leaf	1023,25	1206,40
Platin Noble Man	932,00	1102,38
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	243,00	305,52
20 schweiz Franken „Vreneli"	181,25	235,12
20 franz. Franken „Napoléon"	178,25	231,70
100 österr. Kronen (Neuprägung)	946,00	1142,28
20 österr. Kronen (Neuprägung)	188,25	237,40
10 österr. Kronen (Neuprägung)	98,25	129,10
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	440,25	536,06
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	103,75	141,07

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

20. 02. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Frankfurt. Devisen Brief	Wechs. Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs4)	Ankauf	Verkauf
New York3)	3,3192	3,3272	3,2985	3,27	3,36
London1)	3,623	3,637	3,561	3,55	3,70
Dublin1)	3,107	3,121	3,053	3,54	3,69
Montreal3)	2,4533	2,4613	2,4346	2,40	2,50
Amsterd.	88,210	88,430	88,135	87,50	89,50
Zürich	117,960	118,160	117,885	116,50	119,25
Brüssel	4,965	4,985	4,919	4,88	5,08
Paris	32,615	32,775	32,315	31,75	33,50
Kopenh.	27,905	28,025	27,695	27,10	28,85
Oslo	34,930	35,050	34,43	34,00	35,75
Stockh.**)	35,440	35,600	34,79	34,50	36,25
Mailand2) **)	1,615	1,625	1,587	1,57	1,69
Wien	14,218	14,258	14,204	14,14	14,36
Madrid**)	1,809	1,819	1,784	1,76	1,88
Lissabon**)	1,822	1,842	1,727	1,43	2,25
Tokio	1,2745	1,2775	–	1,23	1,29
Helsinki	48,125	48,325	47,41	47,25	49,00
Buen. Air.	–	–	–	–	4,00
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,433	2,487	–	1,80	2,60
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,2575	2,2765	–	2,23	2,33
Johannesbg.*)	1,6615	1,6805	–	1,50	1,75

Alles in Hundert; 1) 1 Pfund; 2) 1000 Lire; 3) 1 Dollar; 4) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Auf hohem Niveau gestaltete sich am 20. 2. der Handel wesentlich ruhiger als an den Karnevalstagen. Zur Beruhigung trug die Liquiditätsanreicherung der FED gestern im New Yorker Markt bei. Die amtliche Dollar-Notierung kletterte auf 3,3232, dabei trat die Bundesbank mit einem Verkauf von 17,9 Millionen Dollar auf. Weitere Aktivitäten waren nicht zu erkennen. Der Höchstkurs des Tages lag bei 3,3270. Fest notierte der japanische Yen mit einem Anstieg von 0,5 Prozent auf 1,2760 und das englische Pfund mit einem Gewinn von 4,4 Promille auf 3,630. Zur Schwäche neigte der kanadische Dollar und der Escudo mit Verlusten von 3,1 bzw. 4,3 Promille. Dollar in: Amsterdam 3,7625; Brüssel 66,79; Paris 10,1625; Mailand 2062,50; Wien 2333,50; Zürich 2,8148; Ir. Pfund/DM 3,114; Pfund/Dollar 1,0923; Pfund/DM 3,630.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 20. Februar: In D-Mark 2,23638 (Parität 2,24184); in Dollar 0,670353 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 20. 2. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Bei ruhigem Geschäft gab es am 20. Februar keine bemerkenswerte neue Entwicklungen.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,80/0,70	2,48/2,38	5,00/4,80
Pfund/Dollar	0,47/0,44	1,21/1,17	1,72/1,65
Pfund/DM	3,01/ 1,61	7,34/ 5,94	11,73/10,33
FF/DM	21/5	48/23	86/70

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 20. 2.: Tagesgeld 5,50 Prozent; Monatsgeld 5,50–5,60 Prozent; Dreimonatsgeld 5,95–6,10 Prozent.

Privatdiskontsätze am 20. 2.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. **Diskontsatz** der Bundesbank am 20. 2.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. März 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/3: Ausgabe 1985/3 (Typ A) 5,00 (5,00)–7,00 (5,97)–7,50 (6,45)–8,00 (6,80)–8,25 (7,05)–8,50 (7,25). Ausgabe 1985/4 (Typ B) 5,00 (5,00)–7,00 (6,00)–7,50 (6,49) – 8,00 (6,87) – 8,25 (7,14) – 8,50 (7,37) – 8,50 (7,53) **Finanzierungsschätze des Bundes** (Renditen in Prozent): 1 Jahr 6,04, 2 Jahre 6,84; **Bundesobligationen** (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,75, Kurs 99,50, Rendite 7,37.



WIR HABEN ALLES GETAN, DAMIT SIE NUR NOCH ZWISCHEN ZWEI COMPUTERN ENTSCHEIDEN MÜSSEN.
Der neue vollkompatible BULL MICRAL 30.
Der Mehrplatz-Mikrocomputer BULL MICRAL 90.
satz von mehreren Arbeitsplätzen ebenso selbstverständlich meint wie die Kompatibilität mit allen MS-DOS-Anwendungen. Dazu gibt es eine Vielzahl von speziell entwickelten Branchenlösungen und Erweiterungsmöglichkeiten für den Einsatz als Btx-Terminal. Es ist eigentlich egal, welche Leistungen Sie insgeheim erwarten. Die MICRALs von BULL sind konsequent darauf vorbereitet. So daß Sie letztlich nur noch wählen müßten, ob Sie lieber mit dem oben links oder dem oben rechts beginnen wollen. Wenn Sie aber trotzdem noch ein paar Fragen haben sollten, dann rufen Sie uns einfach an: 0 22 03/305-319; oder schreiben Sie uns: Honeywell BULL AG, Theodor-Heuss-Straße 60–66, 5000 Köln 90.
Bull
COMPUTER

Mein geliebter, stets fürsorglicher und vorbildlicher Mann, unser verehrter Vater, Schwiegervater und Opi

Karl Heinz Preuss

* 10. September 1916 † 13. Februar 1985

erlag nach langer, tapfer ertragener Krankheit seinem Leiden.

Emmi Preuss geb. Ernst
Wolfgang Preuss und
Frau Renate geb. Vogler
Natascha

Bindfeldweg 14, 2000 Hamburg 61

Die Trauerfeier hat im engsten Familienkreis stattgefunden. Anstatt zugedachter Blumenspenden bitten wir um eine Spende zugunsten der Tumor-Forschung „UKE – Hamburg", Commerzbank, BLZ 200 400 00, Kto.-Nr. 3 862 851 / 02.

In tiefer Trauer nehmen wir Abschied von unserem verehrten Firmeninhaber und Seniorchef, Herrn

Karl Heinz Preuss

Bis zuletzt gehörte sein Denken und Handeln den Nöten und Sorgen der Mitarbeiter und dem Wohl des Unternehmens.

Wir werden ihn nicht vergessen und in seinem Sinne sein Lebenswerk fortführen.

Wir danken ihm.

Geschäftsleitung
und Mitarbeiter

Foldt & Preuss
Hamburg

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch oder fernschriftlich durchgegeben werden.

Telefon:
Hamburg (0 40) 3 47 – 43 80, – 39 42 oder – 42 30
Berlin (0 30) 25 91–29 31
Kettwig (0 20 54) 1 01–5 18 u. 5 24

Telex:
Hamburg 2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

Wir trauern um

Dr. oec. h. c.

Rolf Paul Georg Staelin

Mitglied des Vorstands der Daimler-Benz Aktiengesellschaft
von 1948 bis 1977
Träger des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland
Ehrensenator der Technischen Hochschule Darmstadt und der Universität Tübingen

Sein berufliches Wirken gehörte von Jugend an dem Automobil und unserem Unternehmen. Mit großem persönlichem Einsatz und fundierten Kenntnissen hatte der Verstorbene entscheidenden Anteil am Wiederaufbau des Unternehmens und am Ausbau unserer Verkaufsorganisation. Mit Aufgeschlossenheit und Einfühlungsvermögen schuf er sich und unserem Haus Vertrauen und Ansehen. Wir haben ihm viel zu verdanken.

Seiner von Humanität geprägten Persönlichkeit und seinem erfolgreichen Wirken werden wir ein ehrendes Andenken bewahren.

Aufsichtsrat, Vorstand und Gesamtbetriebsrat der
Daimler-Benz Aktiengesellschaft

Stuttgart-Untertürkheim, den 19. Februar 1985

Trauerfeier und Beisetzung finden am Freitag, dem 22. Februar 1985, um 14.00 Uhr auf dem Ostfilder Friedhof in Stuttgart-Sillenbuch statt.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden † Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Maria Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheffler (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klare Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Telefon (0 69) 77 90 11 – 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Telefon (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Förderung ohne Leistung?

„Leserbriefe: Die Rolle der Frauen"; WELT vom 12. Februar

Sehr geehrte Damen und Herren,

in ihrem Leserbrief wirft Frau Renate Schmidt unserer Regierung u. a. „BAFöG-Kahlschlag" vor, nachdem ihr Kollege Gilges, MdB (SPD), laut dpa zuvor schon von BAFöG-Geschädigten gesprochen hatte.

Warum setzen sich diese beiden Abgeordneten (und andere!) für die Verteilung von Steuergeldern an Studenten ein, ohne zu fordern, daß diese ihre Förderungswürdigkeit laufend durch Fleißprüfungen nachweisen und die Verpflichtung übernehmen, die Steuergelder zurückzuzahlen, sobald sie dazu in der Lage sind; d. h., sobald sie höhere Einkommen haben als der Durchschnitt unserer arbeitenden Bevölkerung?

Ich meine (und damit stehe ich mit Sicherheit nicht allein), daß die jungen Damen und Herren nur dann die Berechtigung haben, ihr Studium durch Steuergroschen (die auch von „kleinen Leuten" aufgebracht werden) zu finanzieren, wenn sie sich später auch mit dem Einkommen „kleiner Leute" zufriedengeben. Die Förderung durch extrem günstige Darlehen ist doch wohl das Äußerste, was ein verantwortungsbewußter Sozialist verlangen kann! Ich habe nach dem Kriege als mittelloser „Heimkehrer" Chemie studiert. Und das besonders teure Studium (Laborgeräte und Chemikalien mußten vom Studierenden bezahlt werden) wurde durch Leistungen meiner Frau und durch eigene Leistungen finanziert. Den damals möglichen Gebührenerlaß habe ich durch Fleißprüfungen erworben. Letztere waren gründlich und pädagogisch außerordentlich wertvoll, denn der „Leistungsdruck" (der mich nie gestört hat) wirkte sich außerordentlich fördernd auf das Gedächtnis aus. Die Prüfungen mußten mindestens mit der Note „Gut" bei den Professoren abgelegt werden, die auf die Kolleggebühren der Prüflinge zu verzichten hatten. Außerdem erhielt man in jedem Semester die Bestätigung über fundiertes Wissen und konnte später frei von Sorgen zu den Hauptexamen antreten.

Übrigens: Ein durch Qualitätsexamen bestätigtes fundiertes Wissen ist für einen guten Arbeitsplatz die beste Voraussetzung!

Mit freundlichen Grüßen,
Dr. F. W. Ossenbrink,
Erbach 3

Wandlung

Leserbrief: „Der einzige Weg"; WELT vom 24. Januar

In seinem Brief an die WELT vom 24. Januar hat Herr Krämer-Badoni voller Mißtrauen auf eine falsche Kompromißbereitschaft konservativer Katholiken reagiert, die seiner Meinung nach in der Mitteilung der WELT vom 18. Januar zum Ausdruck kam; in ihr war von der Freude die Rede, die die jüngsten Äußerungen und Stellungnahmen von Kardinal Ratzinger in jenen Kreisen hervorgerufen hatten, und zwar besonders in bezug auf das Lehrschreiben von Kardinal Ratzinger zur „Befreiungstheologie" und ebenso in bezug auf sein inzwischen geradezu berühmt gewordenes Interview, das er über seine Sicht der Lage der Kirche der italienischen Zeitschrift „Jesus" gab.

In der WELT selbst ist in dem großartigen Aufsatz von Professor Ernst Topitzsch, Graz, „Kommt der Bischof bald in Blue jeans zum Hochamt?" (26. Januar) ein entscheidendes Zitat aus jenem Interview zu lesen: „Es ist wahr: Die Ergebnisse des Konzils scheinen in grausamem Gegensatz zu stehen zu den Erwartungen aller, angefangen bei denen Johannes' XXIII. und dann Pauls VI.; man erwartete neue katholische Einheit, man begegnete statt dessen einem Dissens, der, um die Worte des Montini-Papstes zu gebrauchen, ‚von der Selbstkritik zur Selbstzerstörung fortzuschreiten schien'. Man erwartete eine neue Begeisterung, und statt dessen verfielen viele in Mutlosigkeit und Überdruß. Man erwartete einen Sprung nach vorn, statt dessen befinden wir uns vor einem fortschreitenden Verfallsprozeß, der sich in großem Maße gerade unter Berufung auf das Konzil entwickelt und somit dazu beigetragen hat, das Konzil für viele unglaubhaft zu machen."

Dieses Zitat beweist, daß die führenden Männer der Kirche einen Wandel in der Beurteilung des letzten Konzils und seiner Folgen erfahren haben, daß sie beginnen, die ernsten und gefahrvollen Entwicklungen, die es eingeleitet hat, zu erkennen, daß sie sich nicht mehr scheuen, die wahre Lage der Kirche zu sehen und realistisch darzustellen.

Da jede Therapie auf der klaren Erkenntnis der Symptome einer Krankheit und einer ebenso klaren Diagnose, d. h. der Erkenntnis ihrer Ursachen beruht, rufen in Kreisen konservativer Katholiken diese mutigen Äußerungen des Kardinals, eines der höchsten Angehörigen der römischen Kurie, jene Freude hervor, die in der Hoffnung besteht, die Kirche werde die Gefahren der Willkür im liturgischen Bereich, des Glaubenszerfalls, des falschen Ökumenismus, der die Wahrheitsfrage ausklammert, ja des christlich-heidnischen Synkretismus erkennen und schließlich überwinden, die heute nicht mehr zu leugnen sind.

Darin eine falsche Kompromißbereitschaft zu sehen, ist ein Irrtum. Gerade weil sich die Haltung dieser konservativen Katholiken – ihrer Überzeugung nach von der Wahrheit wegen – nicht ändern kann, sind sie über die Feststellung glücklich, daß man in diesen Fragen in der Kirche den Beginn einer Wandlung erkennen kann, die offenbar auf Erfahrung beruht.

M. Kuppe,
Hechingen

*

Hiermit beenden wir die Diskussion. Die Redaktion.

Umstrittene Reform

„Die gute Missetat"; WELT vom 14. Februar

Bravo! Vollgültig sind diese Ausführungen!

Und darüber hinaus: Da verspricht die Regierung Mutterschaftsgeld, Erziehungsgeld und ich weiß nicht was noch mehr. Alles soll aus Bundesmitteln (Steuern) finanziert werden. Garantien werden abgegeben!

Das hat sie aber auch einmal gegenüber der gesetzlichen Rentenversicherung getan. Die Garantie wurde aber schnell zu einer Seifenblase. Heute sind die „garantierten" Bundeszuschüsse zur gesetzlichen Rentenversicherung von 31,9 Prozent im Jahre 1957 auf 15 Prozent im Jahre 1984 (bezogen auf die gesamten Rentenausgaben) gekürzt worden. Das ist auch die ausschlaggebende Tatsache, warum es der gesetzlichen Rentenversicherung finanziell so schlecht geht. Nur davon sprechen die Verantwortlichen nicht.

Wehe den jungen Leuten, die sich in Sachen Erziehungsgeld auf die Zusage des Staates verlassen. Die Enttäuschung könnte groß sein!

Mit freundlichen Grüßen
J. Bunzel,
Haan 1

*

Sehr geehrter Herr Hertz-Eichenrode,

es dürfte sich doch schon herumgesprochen haben, welche großen seelischen Verkrüppelungen dadurch entstehen, daß ein Kind im ersten Lebensjahr keine feste Bezugsperson (Vater/Mutter) hat. Fragen Sie doch einmal die Psychagogin und Autorin Christa Meves, die gewiß nicht im linken Geruch steht.

Das Erziehungsgeld samt flankierender Maßnahmen von Familienminister Heiner Geißler ist daher eine gute Sache im Sinne der Schadensverhütung, auch in finanzieller Hinsicht! Denn wenn „das Kind in den Brunnen gefallen ist", wird es mit Sicherheit viel teurer.

Und wenn es schon um Schlagworte geht: Mir sind die von Ihnen angesprochenen „Herz-Jesu-Sozialisten" lieber als die herzlosen „Sozial-Darwinisten", die das Gesetz des Dschungels auf die menschliche Gesellschaft übertragen.

Mit freundlichen Grüßen,
W. Troeder,
Mossautal

*

Sehr geehrte Damen und Herren,

Familienminister Geißler bezeichnete diese Gesetzesvorlage als revolutionären Durchbruch.

Fürwahr, er ist es. Allein die Richtung dieser Revolution stimmt wieder einmal nicht. Ähnlich wie beim Schwerbehindertengesetz wird es denjenigen, die es betrifft, zu einer unüberwindbaren Hürde werden, anstatt zur hilfreichen Treppe.

Unternehmer sind nun einmal gehalten, kalkulatorische Unberechenbarkeiten so niedrig wie möglich zu halten bzw. gänzlich auszuschließen. Junge Bewerber, zu deren Hilfe diese Regelung gedacht ist, werden also zu einer „Risikogruppe". Risiko gilt es jedoch auszuschalten; die Arbeitsplatzgarantie wird somit zur Arbeitslosengarantie.

In den Etagen der Personalleitung werden schon jetzt Stimmen laut, bei Einstellungen sich „bewährter" Altkräfte zu bedienen, jener Gruppe also, die Kinderlosigkeit nahezu garantieren. Die staatliche Fürsorge kommt somit auf versteckten Weg einer Zielgruppe entgegen, der sie nicht zugedacht ist.

Mit freundlichen Grüßen
A. Bernhardt,
Berlin 31

Wort des Tages

„Weise ist der Mensch, der nicht den Dingen nachtrauert, die er nicht besitzt, sondern sich der Dinge erfreut, die er hat."

Epiktet; röm. Philosoph (50–138)

FUSSBALL / Länderspiel gegen Portugal – Heftige Diskussion um die EM '88

● Aufatmen bei der deutschen Fußball-Nationalmannschaft vor dem WM-Qualifikationsspiel gegen Portugal am Sonntag: Kapitän Karl-Heinz Rummenigge, der unter einer fiebrigen Erkältung litt, konnte gestern wieder trainieren.

● Auch in Portugal bleibt Team-Chef Franz Beckenbauer bei seiner Aussage: „Felix Magath ist mein Spielmacher." Kann der intelligente Hamburger endlich einmal in der Nationalmannschaft die Klasse zeigen, die bei ihm im Verein üblich ist?

● Der Verzicht auf Berlin bei der Europameisterschaft 1988 sorgt weiter für heftige Kritik am Deutschen Fußball-Bund und seinem Präsidenten Hermann Neuberger. Gestern meldete sich auch die Bundesregierung zu Wort.

Felix Magath – intelligenter Regisseur im Verein auf der Suche nach seiner Rolle im Nationalteam

ULRICH DOST, Alvor

Es sah wirklich sehr schön aus, als Felix Magath mit seinem linken Fuß gefühlvoll einen herrlichen Paß spielte. Männer, die so mit dem Ball umgehen können, werden Techniker genannt. Der Ball kommt so genau und weich, daß der Mitspieler ihn ohne große Probleme annehmen kann. Das Pech des Felix Magath war es nur, daß der Kollege, den er anspielte, nicht zu seiner Mannschaft gehörte. „So ein Mist", sagte er.

Gewiß, das war eine Szene aus einem Trainingsspielchen, das die deutsche Fußball-Nationalmannschaft in einem Trainingslager an der Algarve-Küste in Portugal absolvierte. Dennoch zeigte sie Symbolisches: Felix Magath, einer der intelligentesten deutschen Fußballspieler, und die Nationalmannschaft, das sind zwei *Dinge, die wieder (immer noch?)* nicht so recht zusammenpassen.

Bei seinem Verein, beim Hamburger SV, spielt Magath im Mittelfeld die Rolle so perfekt, daß sie Bewunderung abverlangt. Mit ihm wurde der HSV dreimal Deutscher Meister, gewann den Europapokal der Pokalsieger und den der Landesmeister. Magath sagt: „Keine Frage, ich bin erfolgsverwöhnt." Doch die Art, wie er das sagt, drückt doch Bescheidenheit aus: Er sagt es, weil es eben stimmt, ohne Vorbehalt.

Damit paßt er so gar nicht in das landläufige Klischee von Fußballprofis, die ihre Ellenbogen gebrauchen, um sich durchzusetzen, um mehr scheinen zu wollen, als sie tatsächlich sind. Sich in den Vordergrund schieben, Blendwerk betreiben, das ist und war nie seine Sache. Felix Magath will um seiner selbst willen geachtet und geliebt werden.

In Hamburg hatte er mit Kuno Klötzer, Branko Zebec und jetzt mit Ernst Happel väterliche Trainertypen, die ihn schätzten und immer noch schätzen. Sie haben ihm schlechte Spiele verziehen und ihn immer wieder aufgerichtet.

Wie muß er, der begnadete Fußballspieler, der so gerne alles für seinen Trainer tut, sich vorgekommen sein, als ihn der damalige Bundestrainer Jupp Derwall bei der Weltmeisterschaft 1982 in Spanien auf die Reservebank setzte. „Ich war enttäuscht, nicht wütend", erinnert er sich heute. In die Ecke wurde er gestellt, und er blieb dort brav stehen. Während Paul Breitner, sein damaliger Konkurrent um die Position, mit jeder Flasche Rotwein, die er abends trank, von Spiel zu Spiel schlechter wurde, hat Felix Magath still vor sich hingelitten. So lange, bis er seinen Abschied von der Nationalmannschaft nahm. Heute sagte er: „Das hätte ich viel früher tun sollen." Er schob schließlich seine Familie, um die er sich mehr kümmern wollte, als Alibi vor. Torwart Toni Schumacher aber schimpfte: „Er hat uns im Stich gelassen." Letztlich tat er das wohl. So lange, bis Beckenbauer kam.

Gleich im ersten Spiel unter dem neuen Teamchef im September 1984 gegen Argentinien gab Magath nach zweijähriger Pause sein Comeback. In Beckenbauer sah er die Figur, an die er sich halten konnte. Zwei Jahre haben sie beim HSV zusammen gespielt, und Beckenbauer, ebenfalls Intelligenzfußballer und Techniker, war beeindruckt. Also sagte er zu ihm: „Du sollst mein Spielmacher in der Nationalmannschaft sein." Doch es muß eigentlich nicht wundern, daß heute viele Kritiker behaupten, auch unter Beckenbauer spiele Magath nicht anders als unter Derwall. Das muß sie beide irritieren. Magath sagt heute: „Mit zwei von meinen drei Länderspielen war ich zufrieden, nur gegen die Schweden in Köln, das war eine Katastrophe." Doch genau dieses Spiel hat die Problematik der Liaison Magath/Beckenbauer deutlich gemacht. Der neue Teamchef kann schon alleine vom Alter und seiner Mentalität her nicht der väterliche Freund sein, der unendliche Geduld mitbringt. Magath wurde sogar ausgewechselt, und noch in der Kabine kam ihm der Gedanke: „Das war wohl mein letztes Länderspiel." Doch Beckenbauer hat ihn aufgerichtet und weiter auf ihn gesetzt. Aber so, wie es Geschäftsleute miteinander tun: Einmal kann man ein Auge zudrücken, aber ein zweites Mal gibt es nicht. Das tat Felix Magath gut.

Für Paul Breitner war damals die Sache schon sonnenklar. Im „Spiegel" konnte Magath nachlesen, was Breitner über ihn dachte: „Ich erwarte von Beckenbauer, daß er seine falsche Entscheidung, Magath in die Nationalmannschaft zurückzuholen, revidiert. Magath ist der ewige Mitläufer, zum Spielmacher taugt er nicht." Eigentlich ein Witz, denn auch Breitner müßte aufgefallen sein, wie nahezu perfekt Magath diese Rolle im Verein beherrschte, weil er dort keine Widerstände durchbrechen mußte.

31 Jahre ist der Hamburger alt, am Sonntag im WM-Qualifikationsspiel gegen Portugal bestreitet er sein 32. Länderspiel. Die Ellenbogen wird er auch weiterhin nicht gebrauchen, entweder wird er als Chef des Teams von den Kollegen akzeptiert oder eben nicht. Aber eines will er auf jeden Fall: durchhalten: „Auch nach schwächeren Spielen werfe ich jetzt nicht gleich das Handtuch. Es sei denn, Beckenbauer will mich nicht mehr."

Vielleicht gelingt es ihm am Sonntag einmal, nicht so zu sein wie in den meisten Länderspielen zuvor: zwar engagiert, aber zu hektisch und ohne den Anspruch, der Lenker und Denker zu sein.

„Europatitel für Funktionärseitelkeit"

DW. Bonn

Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) sollte die Ausrichtung der Europameisterschaft 1988 zurückgeben; Berlin müsse in die Titelkämpfe als Austragungsort einbezogen werden; der DFB müsse überlegen, ob Hermann Neuberger als Präsident des größten und bedeutendsten deutschen Sport-Fachverbandes noch tragbar sei. In diesen Aussagen gipfelte gestern die heftige Kritik an der Entscheidung des DFB, aus politischen Gründen auf Berlin zu verzichten, nur um die Europameisterschaft in die Bundesrepublik zu bekommen.

„Die Bundesregierung geht davon aus, daß der DFB mit seinem Vorschlag, Berlin in die EM einzubeziehen, im Hinblick auf die noch ausstehende Entscheidung des Exekutiv-Komitees am 15. März in Lissabon festhält. Was für die WM 1974 galt, müßte nach Auffassung des Bundesinnenministers auch für die EM 1988 Gültigkeit haben. Berlin muß nach Auffassung von Zimmermann mit einbezogen werden." Das erklärte Ministerialdirektor Wighard Härdtl, Abteilungsleiter Innenpolitik im Innenministerium, in einem Interview mit dem Norddeutschen Rundfunk.

Am 15. März wird der europäische Fußball-Verband über die Empfehlung seines Organisationskomitees entscheiden. DFB-Präsident Neuberger blieb gestern bei seiner Haltung. Den meisten der Kritiker fehle die „Einsicht in die speziellen Gegebenheiten, die in der Zusammensetzung des Organisationskomitees für die EM zu sehen waren". Der DFB habe nur die Wahl gehabt, auf Berlin zu bestehen und damit auf die EM zu verzichten.

Genau diesen Verzicht forderte in *Brüssel der Europa-Abgeordnete* Elmar Bock (CDU): „Der Kauf von Ostblockstimmen durch den Verzicht auf Spiele in Berlin, um die britische Schutzmacht auszustechen, verdient den Europatitel für ehrgeizige Funktionärseitelkeit."

Hermann Heinemann, Vorsitzender des Sportbeirates beim SPD-Vorstand, forderte indirekt die Abwahl von Hermann Neuberger. Mit der Hinnahme oder gar Mitwirkung an der Entscheidung gegen Berlin und das Ruhrgebiet (auch Bochum und Dortmund sind nicht berücksichtigt) habe Neuberger, so Heinemann, „bewiesen, daß er unpolitisch handelt, was dem Vorsitzenden einer so großen Sportorganisation nicht passieren darf. Die Wahlgremien des DFB müssen überlegen, wie lange ein solcher Präsident für sie noch tragbar ist."

In Berlin sagte Hans Apel, SPD-Spitzenkandidat für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus: „Ich habe seit jeher wenig Vertrauen in das Verhandlungsgeschick und politische Fingerspitzengefühl von Hermann Neuberger. Deshalb frage ich mich auch, ob ihm der Stellenwert des Austragungsortes Berlin bewußt war. Mein Vorschlag: Neu verhandeln. Das Ziel ist klar: Berlin muß Austragungsort des EM-Endspiels werden." Berlins Innensenator Heinrich Lummer: „Es ist unverständlich, daß bei dieser sportpolitischen Entscheidung dem Ostblock die dominierende Rolle überlassen wird."

NACHRICHTEN

Douglas verläßt Düsseldorf

Düsseldorf (sid) – Desmond Douglas, britischer Tischtennis-Spieler der Weltklasse, wird zum Saison-Ende den PSV Borussia Düsseldorf verlassen und nach England zurückkehren. Der 29jährige spielte seit 1977 für den Bundesliga-Klub, mit dem er fünfmal deutscher Mannschafts-Meister wurde.

Schwaier besiegt Vilas

Palm Springs (dpa) – Der Münchner Hansjörg Schwaier besiegte in der ersten Runde des mit 375 000 Dollar dotierten Tennis-Turniers von Palm Springs den Argentinier Guillermo Vilas mit 6:7, 6:4, 6:4.

Olympia 1992 in London?

London (dpa) – Die britische Hauptstadt London ist an der Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele 1992 interessiert. Nach Berichten der Zeitung „Times" würde die britische Regierung eine Bewerbung des Nationalen Olympischen Komitees von Großbritannien unterstützen.

Tour de France mit Moser

Rom (sid) – Radsport-Profi Francesco Moser aus Italien wird in diesem Jahr an der Tour des France teilnehmen. Ursprünglich hatte der Sieger des Giro d'Italia 1984 nicht bei der mit etwa 4000 Kilometern längsten Etappen-Rundfahrt starten wollen.

Boxer unter Verdacht

München (sid) – Der holländische Box-Manager Henk Ruhling hat in Harlem (Niederlande) gegen den ehemaligen Halbschwergewichts-Weltmeister nach der Version der World Athletic Association (WAA), Jerry Reddick aus Kanada, Anzeige wegen offensichtlichen Betrugs erstattet. Reddick hatte sich am 11. Februar in der zweiten Runde des Titelkampfes gegen Europameister Alex Blanchard (Niederlande) nach einer Attacke seines Gegners auszählen lassen.

HANDBALL

B-Weltmeisterschaft in Norwegen, Männer, 1. Spieltag, Gruppe A: CSSR – Italien 26:15, Norwegen – Spanien 16:17. – Gruppe B: UdSSR – Finnland 30:19, Frankreich – Kongo 34:16. – Gruppe C: Bulgarien – Kuweit 21:11, „DDR" – Niederlande 25:11. – Gruppe D: Ungarn – USA 19:13, Polen – Israel 30:16.

FUSSBALL

Junioren-Turnier (U 16) in Portugal: Portugal – Belgien 1:1, Deutschland – Schweden 0:3. – Abschlußtabelle: 1. Schweden 6:2 Tore/5:1 Punkte, 2. Belgien 3:3/3:3, 3. Deutschland 2:4/3:3, 4. Portugal 2:4/1:5.

TENNIS

Turnier in Oakland, Damen-Einzel, erste Runde: Kohde (Deutschland) – Sands (USA) 6:1, 6:2, Potter (USA) – Bunge (Deutschland) 7:5, 7:6. – Herren, erste Runde: Schwaier (Deutschland) – Vilas (Argentinien) 6:7, 6:4, 6:4. – Zweite Runde: Holmes (USA) – Westphal (Deutschland) 6:2, 6:2.

GEWINNQUOTEN

Lotto: 1: 619 378,70, 2: 42 423,20, 3: 3484,80, 4: 70,30, 5: 6,50. – **Toto, Elferwette:** 1: 6509,20, 2: 237,40, 3: 23,10. – **6 aus 45:** 1: 446 120,00, 2: 5014,10, 3: 577,50, 4: 20,10, 5: 2,90. – **Rennquintett:** Rennen A: 1: 56,50, 2: 32,20. – Rennen B: 1: 98,10, 2: 54,90. – Kombinations-Gewinn: unbesetzt, Jackpot: 328 703,40. (ohne Gewähr).

SCHACH

Karpow will weiterspielen

dpa/AP, Moskau

Der sowjetische Schach-Weltmeister Anatoli Karpow hat den Präsidenten des Internationalen Schach-Verbandes (FIDE), Florencio Campomanes, in einem Brief aufgefordert, das Weltmeisterschafts-Turnier am Freitag oder Montag fortzusetzen.

Campomanes hatte den Titelkampf Karpows gegen den Herausforderer Garri Kasparow nach fünfmonatiger Dauer annulliert. Begründung: Alle Beteiligten seien psychisch und physisch erschöpft. Zu diesem Zeitpunkt führte Karpow nach der 48. Partie mit 5:3, war aber, so die Vermutungen der Beobachter in Moskau, als einziger erschöpft und sollte deshalb geschützt werden.

„Ich möchte unbedingt weiterspielen", sagte Karpow in einem Interview mit dem deutschen Schach-Großmeister Helmut Pfleger. Kasparow habe nach der Abbruchentscheidung so laut getönt. Jetzt müsse er wirklich zeigen, ob er weiterspielen wolle. Karpow: „Ich selbst bin jederzeit bereit."

Garri Kasparow sagte in einem Telefoninterview mit der Nachrichtenagentur AP, Karpow hätte schon während des Kampfes erklären sollen, daß er weiterspielen wolle. Und: „Karpow weiß sehr wohl, daß Herr Campomanes seine Entscheidung nie ändern wird. Er versucht nur, seinen Ruf zu retten." Schon direkt nach dem Abbruch der WM am letzten Freitag hatte Kasparow auf einer Pressekonferenz von einem wohlinszenierten Schauspiel gesprochen.

Karpow sagte auch, der sowjetische Schachverband habe den FIDE-Präsidenten lediglich um eine Unterbrechung wegen Ermüdung der Spieler und der anderen Beteiligten gebeten. Niemand habe einen Abbruch beantragt. Dieser Abbruch und die Neuansetzung des Finales für den Herbst seien regelwidrig.

STAND ● PUNKT

Derwall vor dem Scheitern

Schadenfreude sei die reinste Freude, heißt es im Volksmund. Und weil Fußball hierzulande sehr viel mit Volk zu tun hat, werden gestern auch viele beim Lesen der Meldung aus der Türkei eine spöttische Rechthaberei-Feier begangen haben. Von dieser Art zum Beispiel: „Ich habe es ja gleich gesagt, der Derwall ist keiner, der kommt noch nicht einmal mit den Türken zurecht." So kann jeder trefflich ablenken von den eigenen Miseren. Die Klubs und ihre Trainer zum Beispiel davon, daß sich eigentlich nichts Wesentliches geändert hat, seitdem sich Derwall von der deutschen Nationalmannschaft trennte.

Hohn und Häme sind also unangebracht angesichts der Tatsache, daß Derwall von seinem Klubpräsidenten in Istanbul als „träger Deutscher" ohne Konzept diffamiert wurde. Aber eine Bemerkung muß gestattet sein: Die Selbsteinschätzung Derwalls hat nicht gelitten. Wenn er als Bundestrainer gefragt wurde, warum ein Spiel verloren wurde, nahm er sich selbst stets aus dem Feuer mit der Bemerkung: „Da steckst du eben nicht drin." Jetzt sagte er, wenigstens eine Anpassung an Ort und Gesellschaft seines Wirkens: „Ich bin doch nicht Allah." Er glaubt nicht, daß der Präsident gesagt hat, was geschrieben steht, hat Vertrauen zum Arbeitgeber, und im übrigen: „Ich fühle mich wohl hier."

Nein, er ist nicht Allah und auch nicht dessen Prophet. Und es wäre auch ungerecht, Mohammed als Erklärer des Derwallschen Verhaltens heranzuziehen: „Das Zeichen eines Heuchlers ist ein dreifaches: Wenn er spricht, sagt er nicht die Wahrheit; wenn er verspricht, hält er nicht; wenn er vertraut, fürchtet er." Nein, das geht zu weit. Derwall bleibt nur Derwall. Und er wird wohl wieder scheitern.

DW.

FORMEL 1

Monaco doch wieder dabei?

sid, Paris

Mit großer Mehrheit haben die Mitglieder des Internationalen Automobilsport-Verbandes (FIA) in Paris empfohlen, den Großen Preis von Monaco in der Formel 1 wie vorgesehen am 19. Mai in Monte Carlo auszutragen. Der veranstaltende Automobilclub von Monaco (ACM) – schon in der letzten Woche vor einem ordentlichen Gericht der FIA unterlegen – müßte dazu jedoch alle an ihn gestellten Forderungen anerkennen.

Der ACM konnte zwar den drohenden Ausschluß aus der FIA verhindern und den Grand Prix wie auch die Rallye Monte Carlo mit einiger Sicherheit auf Dauer retten, erlitt jedoch vor allem eine wirtschaftliche Niederlage: Die Fernsehrechte, bisher vom ACM an den amerikanischen Sender ABC verkauft, werden jetzt der FIA übertragen.

Der offiziellen FIA-Sitzung war bereits ein Tauziehen hinter den Kulissen vorausgegangen. Die meisten Teams, Fahrer und Sponsoren hatten sich bereits seit längerem für das Rennen ausgesprochen. Vor allem die Geldgeber nutzen das spektakuläre Ereignis gern zur Selbstdarstellung in der Jet-set-Metropole.

„Eine Saison ohne Monaco wäre für mich kaum vorstellbar gewesen", sagte der Waiblinger Manfred Winkelhock, der gerade von erfolgreich verlaufenen Testfahrten mit seinem neuen Team RAM-Hart aus Rio de Janeiro zurückgekommen war. „Schließlich geht es hier um das Rennen mit der größten Tradition."

„Wir haben einen Friedensvertrag erreicht, jetzt sollten wir uns auf den Sport konzentrieren", meinte ACM-Präsident Michel Boeri. Bis zum 2. März muß die Übereinkunft von den Monegassen unterzeichnet werden, um den Großen Preis von Monaco endgültig zu sichern.

Personalien

GEBURTSTAGE

Der Mitbegründer des Fachbereichs Ernährungswissenschaften an der Universität Gießen, Professor **Dr. Hans-Dietrich Cremer**, feierte in Gießen seinen 75. Geburtstag. Durch seine aktive Mitarbeit in der Welternährungsorganisation und anderen internationalen Gesellschaften hat Professor Cremer entscheidend zum weltweiten Ansehen des Fachbereichs beigetragen und die Ernährungswissenschaft im Hinblick auf die Probleme in der Dritten Welt zu einem besonders wichtigen Instrument der Entwicklungspolitik gemacht.

*

Sein 70. Lebensjahr vollendet am 27. Februar einer der prominentesten Berliner Schauspieler: **Erich Schellow**. Der Staatsschauspieler steht an diesem Abend in **Thomas Bernhards** „Der Schein trügt" in der Inszenierung von **Boy Gobert** auf der Bühne. Schellow gehört seit 35 Jahren dem Ensemble des Berliner Staatstheater an und verkörperte über 70 Rollen – den Hamlet, Karl Moor, König Philipp, den Mephisto oder Menschenfeind. Zur Zeit übt er die Rolle des Questenberg im Wallenstein I und die des Oberst Wrangel im zweiten Teil des Dramas ein.

AUSWÄRTIGES AMT

Neil Peter van Heerden, seit 1981 Südafrikas Botschafter in Bonn, geht nach Pretoria zurück. Im Außenministerium seines Landes wird der Diplomat Leiter der Afrika-Abteilung. Van Heerden, ein Diplomat mit großem Renommee, soll in absehbarer Zeit Staatssekretär werden, heißt es in Bonn.

AUSZEICHNUNG

Die frühere Leiterin des Goethe-Instituts in Stockholm, Frau Dr. **Karin Hillebrandt**, erhielt das Komturkreuz des Königlich-Schwedischen Nordsternordens. Berlins Kultursenator **Volker Hassemer** gratulierte der Ordensträgerin, die jetzt in Berlin lebt, zu ihrer erfolgreichen Mitarbeit an den deutsch-schwedischen Beziehungen und bei der Entwicklung kultureller Kontakte zwischen Berlin und Schweden.

VERANSTALTUNG

Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** ist als ausgesprochener Lichtspiel-Fan bekannt: Gestern frönte er bei der Berlinale an der Spree seiner Leidenschaft und sah sich den deutschen Festspielbeitrag „Der Tod des weißen Pferdes" von Regisseur **Christian Zwiewer** an. Am Abend gab von Weizsäcker auf Schloß Bellevue, seinem Berliner Amtssitz, einen Empfang für 400 Gäste der internationalen Festspiele.

KIRCHE

Sein 60jähriges Priesterjubiläum feierte der Dompropst an der St.-Jakobus-Kathedrale in Görlitz, Dr. **Erich Putzik**. Der gebürtige Oberschlesier wurde 1958 Domherr des nach Görlitz übergesiedelten ehemaligen Breslauer Domkapitels. Seit 1970 versieht Prälat Putzik auch das Amt eines Kurators der Borromäerinnen, deren Provinzialat sich in der Neiße-Stadt befindet.

*

Eine ungewöhnliche Weihe fand in der Ostberliner St.-Hedwigs-Kathedrale statt: **Joachim Kardinal Meisner** segnete den querschnittgelähmten und beiderseits beinamputierten **Uwe Wulsche** aus Nauen im Ost-Havelland als Diakon ein. Meisners Diözese Berlin umfaßt beide Hälften der geteilten Stadt und große Teile Mitteldeutschlands. Wulsche ist seit seinem 24. Lebensjahr an den Rollstuhl gefesselt. Trotz dieser schweren Behinderung gab er seinen Wunsch, Priester zu werden, nicht auf. Der Sohn eines Ostberliner Staatsangestellten und überzeugten Kommunisten soll am 29. Juni in St. Hedwig zum Priester geweiht werden.

Bronno Plaat, erster Produktionsleiter Fernsehen bei Radio Bremen, ist im Alter von 57 Jahren verstorben. Er war der gute Geist vieler Carrell-Shows und vieler großer populärer Fernsehsendungen. Er war bekannt dafür, auch das Unmögliche zu machen, auch für die ausgefallensten Wünsche von Redakteuren und Regisseuren noch Lösungen zu finden. Vor 27 Jahren hatte Plaat bei Radio Bremen als Regieassistent im Hörfunk angefangen, 1960 war er dann als Aufnahmeleiter zum Fernsehen gekommen, vier Jahre später war er Produktionsleiter.

Legitime Nachfolgerin der Giehse: Die Schauspielerin und Regisseurin R. Drexel

Gefühl in Zeiten der Gefühlskälte

Wenn heute abend im ersten Teil der Sendung „Heimat" das runde Gesicht der Ruth Drexel mit dem energischen Kinn und den stahlblauen (wenn's sein muß auch stahlharten) Augen auf dem Bildschirm erscheint, kann man als Zuschauer sicher sein: Der Mensch, den sie darstellt, ist einem vertraut, ist spontan zu verstehen. Ruth Drexel ist eine sehr deutlich konturierte Schauspielerin, wie es sie im heutigen Bühnenleben nur noch selten gibt. Unbeeindruckt von Theatermoden baut sie, ob darstellend oder Regie führend, auf ihre simpel klingende, aber gar nicht so einfach umzusetzende Faustregel: „Man muß die Geschichte erzählen, das ist alles."

Geschichten aus der Heimat – ARD, 21.15 Uhr

Zur Geschichte gehören für sie unverkünstelte Menschen – die gleichen, die auch vor dem Bildschirm sitzen. Virtuosität darf bei ihr niemals *zum Selbstzweck werden. Sogar die* große Perücken-Wechsel-Nummer des Nestroyschen Titus Feuerfuchs hat, von ihr (mit ihrem Mann Hans Brenner) in Szene gesetzt, immer das realistisch Gehetzte von einem, der ums Überleben kämpft. Und wenn sie im „Talisman" selber die Gärtnerfrau und erste Station für den Aufsteiger spielt, dann ist klar, daß unterm neckischen Zöpfchenkranz ein harter Schädel steckt.

Was immer die Drexel unternimmt, entschwebt nicht in höhere Sphären und behält den Bezug zur Realität. Das heißt auch: Sie mißtraut dem Happy-End. Von Franz Xaver Kroetz bis Garcia Lorca, von Wolfgang Deichsel über die Fleißer bis zu Bert Brecht steht sie sozusagen im wirklichen Bühnenleben. Sie gehört zu den *rar gewordenen Theatermenschen,* die mit einem messerscharfen Verstand an ihre Aufgabe herangehen und dennoch allergisch sind gegen intellektuelles Getue. „Die Fixierung


Die Schauspielerin Ruth Drexel
FOTO: DIE WELT

auf eine intellektuelle Position ist im Theater unhaltbar", befindet sie und ist sich darüber im klaren: Es gehört Mut dazu, das auch auszusprechen. Vom Schauspieler verlangt sie weniger den großen Ausbruch als die kleine Geste. Also Präzisionsarbeit. Schließlich hat sie ihr Handwerk von der Pike auf gelernt, hat – von der Falckenbergschule kommend – erst einmal an den Münchner Kammer*spielen die alte Garde der Mimen live* erlebt. In dieser Theatertradition ist sie heute eine legitime Nachfolgerin etwa von Therese Giehse.

Als Ruth Drexel vor drei Jahren am Münchner Residenztheater die Mutter Courage spielte, erfüllte sie damit einen Wunsch der Giehse. War schon die Giehse eine menschlichere Courage als die streng verhärmte Helene *Weigel, so gelang der Drexel endlich* der Ausbruch aus der von den Brecht-Erben fixierten Rolle. Die Drexel zeigte, wie die Gewöhnung ans Geschäftsdenken so stark sein kann, daß die Courage nicht mehr davon loskommt, auch wenn sie dessen Sinnlosigkeit einsieht. Sie lebte vor, wie im Ausnahmezustand sogenannte Normalität noch eine Zeitlang aufrechterhalten werden kann. Ihre Courage hatte nichts mehr von einer Vorweisfigur für Sentenzen.

Sie spielte die aktive Frau, ließ die Hüften schwingen, hatte zündend verliebte Blicke für den Koch – aber wenn sie am Ende völlig zerlumpt und mit tonloser Stimme ihren Marketenderwagen hinausschleift, sieht jeder: Die macht sich keine Illusionen mehr. Entgegen Brecht, aber nicht *weniger überzeugend, hatte sie dem* Lehrstück das Tragische abgewonnen. Zu dem von Brecht gewollten Mitdenken trat erfolgreich das Mitfühlen.

Gefühl in Zeiten der Gefühlskälte ist ihre Antwort als Schauspielerin und Regisseurin. Nicht verwunderlich, daß der Dialekt ihre eigentliche Sprache ist. „Dialekt ist spontan", sagt sie, „zur Lüge wenig geeignet, *macht Unechtes leichter durchschaubar."* Bisweilen wird ihr das als Härte ausgelegt, aber es ist ihre Stärke.

UTE FISCHBACH

KRITIK

Ohnsorg-Theater an der blauen Adria

Zu Anfang der Geschichte mochte man noch wohlwollend schmunzeln: Sonne gab's in Überfülle, das *Meer korrumpierte Auge und Ohr* mit Kräuselwelle und sanftem Rauschen, auch die Darsteller, Sliwowitz hin, Sliwowitz her, übten frohgemut fernseheigenen Humor.

Aber es hielt nicht lange an, das Schmunzeln angesichts der prachtvollen Bilder. War es die allzu dünne und dummerhafte Geschichte des Autors Gerald Gam? Oder war es die *ständige Besorgnis des Regisseurs* Hermann Leitner, dadurch vom eigenen Niveau zu rutschen? Wer will es entscheiden: **Der Sonne entgegen.** *(ARD)*

Nimmt man den Schluß, auf den man gewartet hatte (einfach aus Neugier), so *fällt es einem schwer, das* anfängliche Wohlwollen überhaupt zu begreifen. Denn was geschah? Deutsche Mannsbilder fahren an die Adria, weil sie es daheim nicht mehr aushalten. Wer jedoch dachte, es ginge um Aussteiger, der irrte. Sie stie*gen nicht aus, sie machten nur einen* Zwischenaufenthalt, solange die Deutsche Mark reichte. Dazwischen lernten sie von den einfachen Menschen, wie z. B. dem einfachen Menschen Josef Meinrad, viel Philosophie für alle Tage. Das hält natürlich der beste Film nicht aus.

So endete das Ganze, ohne eigentlich geendet zu haben. Zum Schluß jedenfalls erwies sich die Story als ein ans Mittelmeer verlagertes Ohnsorg-Theater: von Küste zu Küste. Nur: Ohnsorg ist besser.

VALENTIN POLCUCH

ARD



ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Das Gespinst
Fernsehspiel von Karl Heinz Willschrei
11.50 Umschau
12.10 ZDF Magazin
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Die unbegrenzten Möglichkeiten
Deutsche in Amerikas Show-Szene
16.55 Links und rechts vom Äquator
Geschichten und Reportagen aus aller Welt
Mit Ulrich Wickert
Ein Bericht über einen zwölfjährigen Amerikaner, der ein Obdach*losenasyl gründete; ein Besuch in* einem japanischen Haus und ein Beitrag über eine afrikanische Schule, in der die Kinder ohne Bänke lernen müssen.
17.25 Starmaus
Eine geheime Forschungsreise (2)
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
Anschl. Der 7. Sinn
20.18 Schlag auf Schlag
Mit Dr. Herber Czaja, Präsident *des Verbandes der Vertriebenen* und Bundestagsabgeordneter der CDU
21.15 Geschichten aus der Heimat
In Gottes Namen
Der Käpt'n
Das Inserat
Lourdes-Wasser
Die Bauernfänger
22.30 Tagesthemen
23.00 Schwarz Rot Gold
Alles in Butter
Wirtschaftskrimi von Dieter Meichsner
Mit Uwe Friedrichsen, Siegfried Kernen, Edgar Bessen u. a.
Regie: Dieter Wedel
Um eine Butterschmelze vor dem Konkurs zu bewahren, „bedient" sich Lohse jun. der EG-Wirtschaftsgesetze.
0.40 Tagesschau

ZDF

16.00 heute
16.04 Elternsache: Grundschule
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Die Höhlenkinder
8. Folge: Das Haus
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Tom und Jerry
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Ein himmlisches Vergnügen
Prost Helmut!
Der Talisman
19.00 heute
19.30 Der eiserne Weg
2. Teil: Mit Johannes zur Eisenbahn
Veit, der nun bei der Eisenbahn Arbeit gefunden hat, gefährdet seine neue Stelle durch eine Lun*genentzündung. Während die* Händlerin Kathi den erkrankten Arbeiter gesundpflegt, gelingt es Veits Arbeitskollegen, seine Krankheit vor dem Schachtmeister zu verheimlichen ...
20.30 Tegtmeier
Gangster oder schwarze Schafe
Mit Jürgen von Manger
Als „Vertrauensrentner" empfiehlt Adolf Tegtmeier betuchten Wohnungsbesitzern, für die Urlaubszeit einen Aufpasser zu engagieren. Bei dieser Tätigkeit eröffnen *sich Tegtmeier amüsante Einblicke* in die Psychologie von Einbrechern und deren Opfern ...
21.00 Aus Forschung und Technik
Umwelt – und kein Ende?
21.45 heute-journal
22.05 Ende nach der Wende?
Über die Lage der FDP berichtet Trutz Beckert
22.50 Wer den Schaden hat ...
Zweiter und letzter Teil des Fernsehfilms
0.20 heute


Siegfried Kernen und Uwe Friedrichsen in Schwarz Rot Gold (ARD, 23.00)
FOTO: TELEBUNK

III.

WEST

18.00 Telekolleg II
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Über den Todespaß
Amerikanischer Spielfilm (1954)
Mit James Stewart u. a.
Regie: Anthony Mann
21.50 Landesspiegel
Widerstehen und durchhalten
Der lange Weg des Walter Fabian
Heribert Blondiau dokumentiert den Weg des 82jährigen Gewerkschafters
22.20 Kulturszene
23.05 Kino 85
23.50 Tips für Leser
Anschl. Letzte Nachrichten

NORD

18.30 Formel Eins
19.15 Im Reich des Froschkönigs
20.00 Tagesschau
20.15 French Can Can
Franz.-ital. Spielfilm (1955)
Mit Jean Gabin, Maria Felix u. a.
Regie: Jean Renoir
21.50 Kultur aktuell
22.40 Gustav Mahler: Sinfonie Nr. 2
Concertgebouw Orchestra und der Große Radio-Chor von NOS Hilversum
0.10 Nachrichten

HESSEN

18.30 Auskunft: Arbeit und Beruf
19.05 Autoreport
19.20 Klauen wir gleich die ganze Bank
Amerikanischer Spielfilm (1973)
Mit George C. Scott u. a.
20.45 Kulturkalender
21.20 Bild der Woche
21.30 Drei aktuell
21.45 Notizen vom Nachbarn
22.30 Malu
Letzte Folge: Bis es blutet

SÜDWEST

18.00 Die Sendung mit der Maus
18.30 Telekolleg II
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Das Ultimatum
Amerikanischer Spielfilm (1976)
Mit Burt Lancaster u. a.
Regie: Robert Aldrich
21.25 Sport unter der Lupe
Nur für Baden-Württemberg:
22.10 Der Dorffunktionär
22.55 Nachrichten
Nur für Rheinland-Pfalz:
22.10 Die Küche ist die Seele der Hausfrau
22.55 Landesspiegel
Nur für das Saarland:
22.10 TV-Club Saar 3

BAYERN

18.15 Wegweiser Beruf – Spezial
18.45 Rundschau
19.00 Damals Tagesgespräch
Die Schlinge
Fernsehfilm von Helmut Krapp
20.15 Der junge Goethe
20.45 „Ich habe meine Bibel gelesen"
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Phantom der Oper
Amerikanischer Spielfilm (1943)
23.20 Rundschau
23.25 Actualités

SAT 1

13.30 Solid Gold
(amerikanische Hitparade)
14.00 Die Waltons
Die neue Sägemühle
15.00 Quips
Ein Magazin für alle, die gern etwas tun und wissen wollen
15.30 Musicbox
Videoclips der Pop- und Rockmusik, Pop-Infos, Interviews mit Stargästen, Gags und Überraschungen
16.30 Perrine
Am Ziel einer langen Reise
17.00 Simon Templar
S. T. und der große Fuchs
18.00 Fauna iberica
Die Geschichte vom Steinbock (Teil 1)
Der Film beginnt mit sensationellen Aufnahmen aus den Bergen Spaniens. Ein Adler reißt ein Mufflon-Junges, trägt das riesige Tier in die Luft und verliert es über einer Schlucht. Aber auch andere Kämpfe halten den Zuschauer in Atem.
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Salz und Pfeffer
Englischer Spielfilm (1967)
Mit Samy Davis jr., Peter Lawford, Michael Bates u. a.
Regie: Richard Donner
20.30 High Chaparral
Der Whiskykrieg
Eine Lehrerin, enttäuscht darüber, daß ihr Verlobter trinkt, wird zur *kämpferischen Antialkoholikerin.*
21.30 APF blick:
Aktuell,
Rundblick,
Sport und Wetter
22.15 Die Nacht der tausend Augen
Englischer Spielfilm (1972)
Mit Elizabeth Taylor u. a.
Regie: Brian G. Hutton
0.00 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Bilder aus Deutschland
Braune Docken – blauer Qualm
300 Jahre Bremer Tabakmarkt
Reportage von Inka Eckermann
19.00 heute
19.30 Derrick
Ein Koffer aus Salzburg
von Herbert Reinecker
20.30 Pausenprügel
Aggressionen in der Schule
aus der Reihe „Kinder Kinder"
Von Ulli Rothaus
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Rundschau
Politik und Wirtschaft – aus Schweizer Sicht
22.30 Michelangelo
Vollendung im Fragment
Ein Versuch von Claus Hermans
Nur ganz wenige Bildhauerarbeiten Michelangelos – etwa die „Pietà" in Rom oder der „David" in Florenz – wurden bis ins letzte Detail vollendet.
23.00 3SAT-Nachrichten

Kein Haus für Kunst!

PHG – Schon seltsam. Vor mehr als zwei Jahrzehnten hat der Berliner Bezirk Wilmersdorf in Grunewaldnähe eine ruinöse, vom Abriß bedrohte Villa einem Künstler vermietet, der in der „DDR" wegen „Staatsverleumdung" inhaftiert gewesen war und nun in Berlin leben wollte. Er machte sich das Haus allmählich wohnbar. Der Garten wurde, das konnte jeder sehen, ein Feld der Kreativität, denn der Künstler – es ist der Bildhauer Rainer Kriester – hat es nicht zu Unrecht weltweit zu Ansehen gebracht.

Jetzt plötzlich liegt Kündigung in der Luft, und von möglicher „Umwidmung" ist die Rede. Dagegen mag rechtlich nichts einzuwenden sein. Nur sind die Vorstellungen der Politiker, was denn dort zum Ruhme ihres Bezirks passieren könnte, offenbar noch so im Ungefähr, daß sie sich in tiefes Schweigen hüllen. Ein „Plakat-Museum" könnte das sein – angesichts der Sammlungen der Kunstbibliothek Preußischer Kulturbesitz ein tollkühner Gedanke. Vielleicht auch ein „Kulturhaus" oder eine „kulturelle Stätte". Nichts Genaues weiß man nicht.

Das Haus liegt in einer Gegend, die der Berliner als jottwede (ganz weit draußen) bezeichnet, fernab vom kulturellen Schuß. Ärgerlich, daß hier ein Künstler an die Luft gesetzt werden könnte, bevor überhaupt vernünftige Pläne auf dem Tisch sind.

Aber wird jemand Arges vermuten, weil es ausgerechnet Wilmersdorf war, das im näheren Bereich seiner „Kommunalen Galerie" am Fehrbelliner Platz in punkto Skulptur einen äußerst fragwürdigen Geschmack zutage gelegt hat, indem es dort gleich ganze Familien von plastischem Nippes für alle Zeit auf den Sockel hievte?

Bochum: Heiner Müllers „Shakespearekommentar"

Menschen sind das nicht

Der Tochter des Feldherrn Titus Andronicus hat man die Hände abgehackt und die Zunge abgeschnitten. Der Vater, konfrontiert mit solchem Greuel, weiß nichts Besseres zu tun, als mit herausgehängter Zunge die Stammellaute seines geschändeten Kindes nachzuahmen. So treibt man in Bochum mit dem Entsetzen Spott, so hirnlos, fühllos, ziellos tobt sich Regiezynismus aus. Und die Uraufführung von Heiner Müllers Version des frühen Shakespeare-Dramas „Titus Andronicus" wird in der Inszenierung von Manfred Karge/Matthias Langhoff an den Bochumer Kammerspielen zum Kasperletheater mit 13 bluttriefenden Leichen.

Natürlich gibt es schon bei Shakespeare ungezählte Leichen. Der Feldherr Titus Andronicus, siegreich vom Feldzug gegen die Goten nach Rom heimgekehrt, verzichtet aus Gründen der Staatsräson auf den angebotenen Kaiserthron und löst damit eine der blutigsten Tragödien der Weltliteratur aus. Der Kaiser und seine gotische Gemahlin starten einen Vernichtungsfeldzug gegen die Familie des mächtigen, aber zaudernden Feldherrn. Die Tochter wird geschändet, zwei Söhne köpft man, ein dritter wird verbannt. Der Feldherr rächt sich: Er schickt die Söhne der Gotin den Eltern zum Leichenschmaus.

Das ist nicht gerade ein Theaterstück für zarte Gemüter. Aber bei Shakespeare – es ist gewiß nicht sein bestes Werk, und die Autorenschaft war auch lange umstritten – hat „Titus" nichts Zynisches an sich. Der Autor lacht nicht über seine Opfer. Eine grausame Folgerichtigkeit beherrscht die Tragödie. Macht und Sexus verwirren die Geister. Und wer sich, wie der Titelheld, dem nicht rasch entschlossen entgegenstellt, der wird zum Förderer (wenn nicht zur Ursache) des Verderbens.

Nicht so bei Heiner Müller, nicht so in Karge/Langhoffs Inszenierung. Das kennt man inzwischen von Müller: Die Weltgeschichte findet er zum Kotzen. Für ihn ist sie eine einzige Kloake aus Morden, Kriegen, Bestialitäten und Unterleibsverrenkungen. Am Ende jeder Hoffnung steht ein neuer Mord. „Ein neuer Sieg verwüstet Rom", so beginnt schon Müllers „Shakespearekommentar" (wie er sein Stück nennt). Und es endet mit dem „Ausblick": „Bis pfeifend überm letzten Happy-End die Fälle Welt sich schließt das Firmament."

Dazwischen feiert der Zynismus wahre Orgien. Aus dem Publikum kommt eine abgehackte Hand geflogen. Kommentar: „Der Neger dankt für Hilfe aus dem Haus. Zuschauerhände braucht man zum Applaus." Die Goten-Kaiserin verzehrt im vollen Bewußtsein des Greuels ihre Söhne. Kommentar: „Hab' ich euch wieder, meine lieben Jungen." Und zwischen all dem Gemetzel ist noch Zeit, dem Bochumer Hausherrn Claus Peymann, der demnächst ans Wiener Burgtheater wechselt, eins auszuwischen: „Wien, Wien, nur du allein."

Wer geglaubt hatte, dieser Text ließe sich nicht ein bißchen rüder auf die Bühne bringen, sah sich getäuscht. Karge/Langhoff schafften das mühelos. Sie inszenierten das als Straßen- und Schaubuden-Theater. Mit allergröbsten Effekten, die die verbliebene Tragik nun vollends ins Lächerliche ziehen. Es trieft das Blut in Bochum. Köpfe, Hände, Zungen fliegen durch die Luft. Echte Hunde nagen an echten Knochen und vertilgen Eingeweide, die einem Opfer aus dem aufgeschlitzten Bauch quellen. Und damit man die Leichen von der Bühne kriegt, hat man ein Loch im Bühnenboden gelassen (fast kein Bühnenbild: Vincent Callara), über dem man sich auch noch in erotischer Akrobatik übt.

Entsprechend die Figuren: Titus (Hilmar Thate) sieht aus wie ein zu klein geratener türkischer Gastarbeiter am Sonntag. Die Gotin Tamora (Miriam Goldschmidt) gleicht einem weiblichen Vampir, der sich dauernd genußvoll den blutverschmierten Mund ableckt. Titus-Tochter Lavinia (Henriette Cejpek) latscht wie ein Bauerntrampel in Wollsocken ins Verderben. Kaiser Saturnin (Gottfried Lackmann) gibt sich als ein seniler Sadist. Die mörderischen Söhne Quintus (Stefan Kurt) und Martius (Hans-Dieter Knebel) kommen daher wie Zwillingspunker aus dem Wedding. Will sagen: Menschen sind das nicht. Triebtäter in historischer Dimension.

Man muß ja gewiß nicht an den Sinn der Geschichte glauben. Man kann auch die Frage verneinen, ob es mit der Menschheit ein gutes Ende nimmt. Aber was in Bochum geschieht, ist ein ebenso banales wie mieses Auskotzen, ein platter, billiger Zynismus ohne jedes geistige Format. Müller/Karge/Langhoff langweilen das Publikum mit dem Versuch, ihre innere Heimatlosigkeit zum Kinderschrecken mit dem schwarzen Mann (Manfred Karge) hochzustilisieren. Für wen? Höchstens zur eigenen Gaudi!

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

Freiburg: Stockhausens „Atmen gibt das Leben"

Der geheimnisvolle Bote

„Du bist, was Du singst – Du wirst, was Du hörst", schrieb Karlheinz Stockhausen in einem Essay im März 1972. „Die Stimme ... ermöglicht das ganze Kontinuum von den extremsten konsonantischen Geräuschen bis zum reinsten vokalischen Ton und ist auch den modernsten Apparaturen der Klangfarbengestaltung weit überlegen."

Stockhausens Essay war Antwort auf eine Umfrage über Chorgesang und Chorwesen, und vielleicht war es der Wunsch des Komponisten, die Grundsätze des Essays in Ton und Klang musikalisch zu gestalten, als er zwei Jahre später einen ersten Entwurf zu einer „Chor-Oper" komponierte, deren erster Satz lautet: „Atmen gibt das Leben, doch erst das Singen gibt die Gestalt." Der erste Teil der Komposition, für Chor und Tonband, wurde im Mai 1975 uraufgeführt, und ein zweiter Teil folgte zwei Jahre später.

Dem zeitgenössischen Trend gemäß, jeweils Teile einer geplanten und noch unfertigen Komposition uraufführen zu lassen, denen eine weitere Wiedergabe des „work in progress" folgt, wurde nun in dem dramaturgisch rührigen Freiburger Theater die Uraufführung der vervollständigten Chor-Oper mit Live-Orchester geboten. Eberhard Kloke dirigierte den Chor des Norddeutschen Rundfunks (Einstudierung Werner Hagen) mit zahlreichen Solisten, es spielte das Freiburger Philharmonische Orchester, und die szenische Gestalt und Ausstattung lagen in den Händen von Didier von Orlowsky und Gert Wiener.

„Atmen gibt das Leben" nutzt tatsächlich „das ganze Kontinuum von den extremsten konsonantischen Geräuschen bis zum reinsten vokalischen Ton". Das den Hörer fesselnde Werk führt sozusagen eine Art Schöpfungsakt vor Augen – und vor Ohren –, was auch durch symbolisch agierende Adam- und Eva-Figuren angedeutet ist. Von Atemlauten und Versuchen, diesen vokale Gestalt zu geben, entwickeln sich gesangliche Linien und Chorsätze wirklicher melodischer und klanglicher Schönheit, wobei auch die bei Stockhausen immer wiederkehrenden Neigungen zum Mystizismus hineinspielen: hier nach „Haiku"-Versen, nach dem Meister Eckehart und Sokrates und nach dem Evangelium nach Thomas – Christus erscheint als „geheimnisvoller Bote ...", um der verzweifelten Menschheit Nachricht zu vermitteln. Das den Vokalstimmen beigegebene Orchester, zuerst sparsam eingesetzt, koloriert im Verlaufe akkordisch-klangvoll das melodische Geschehen.

Die eindringliche Wiedergabe des interessanten Werkes wurde – an zwei aufeinanderfolgenden Abenden – bei ausverkauftem Haus mit viel Beifall aufgenommen.

PETER GRADENWITZ

Zwischenbilanz der Berlinale: Eine dreiste Zumutung aus Deutschland und eine grandiose Sally Field

So schlimm war's unter Kaiser Wilhelm

Ein Mann und eine Frau – so zeigt das Emblem der diesjährigen Berlinale – schweben über einer Treppe aus Zelluloid dem Olymp der Kinokunst entgegen. Ihre Köpfe stecken schon in den Wolken. Nur ihre Beine mit den dicken bunten Wollstrümpfen, die bei dem frostigen Berliner Winterwetter tatsächlich eine pure Notwendigkeit sind, kann man noch sehen. Der Filmfan im Zoopalast, fest auf dem Boden der Festival-Realität verankert, hat freilich weniger Grund zur Euphorie als diese beiden. Erst recht hat er keinen Anlaß, in den Wolken zu schweben, denn die erste Hälfte des Festivals war eine große Ernüchterung, die zu den schlimmsten Befürchtungen Anlaß gibt.

Gleich am Anfang eine dreiste Zumutung für den Kinofreund: der Beitrag der Bundesrepublik, „Morenga", den „DDR"-Regisseur Egon Günther gedreht hat. Es geht um den Hottentotten-Aufstand im Jahre 1904 im Kolonialgebiet Deutsch-Südwest unter Häuptling Morenga. Die literarische Vorlage lieferte der DKP-Autor Uwe Timm. So überrascht es nicht, daß hier die deutsche Herrschaft als wahres Horrorgemälde hingestellt wird. Ein Häuflein Desperados sitzt im gottverlassenen Garnisonsort Warmbad, flucht, säuft und wartet auf Nachschub oder auf den Tod.



Eine Scarlett O'Hara der dreißiger Jahre: Sally Field als Edna in dem amerikanischen Berlinalebeitrag von Robert Benton „Ein Platz im Herzen" FOTO: TRI-STAR PICTURES

Die Figuren im Vordergrund sind allerschlimmstes Klischee. Da ist der fiese General Graf Kageneck, da ist andererseits ein junger Idealist, der sich freiwillig gemeldet hat, am Ende aber enttäuscht desertiert – wie es nach Klein Mäxchen eben zu Kaisers Zeiten so zuging. Es gibt wilde Reitereien und blutige Gemetzel und ein bißchen deutsche Seele mit Chopin-Musik. Doch die Helden und ihre Schicksale bleiben völlig blaß, der Film spannungslos und bieder.

Das Opus ist übrigens ein Zusammenschnitt einer für die ARD erstellten Fernsehserie und somit in mehrfacher Hinsicht typisch: typisch für die historische Ignoranz und Skrupellosigkeit der verantwortlichen Fernsehmacher, typisch aber auch für die verantwortlichen Festivaliers in Berlin, die so etwas allen Ernstes als offiziellen deutschen Beitrag zur Berlinale anzubieten wagen.

Eine Erholung war dagegen der englische Beitrag „Wetherby", das Regiedebüt des jungen Filmemachers David Hare. In Wetherby, einem Städtchen in Yorkshire, gibt eine Lehrerin mittleren Alters ein Abendessen für ihre Freunde. Ein junger Unbekannter mischt sich unter die Gäste, kehrt am nächsten Morgen noch einmal zurück und erschießt sich vor den Augen der Lehrerin. Warum ausgerechnet hier?

Mit kriminalistischem Gespür und einer oft recht komplizierten Rückblendetechnik, die dreißig Jahre Revue passieren läßt, geht der Film dieser Frage nach und verknüpft das Schicksal der Gäste von der abendlichen Tafelrunde. Dabei kommt heraus, was sie aller aufgesetzten Fröhlichkeit zum Trotz wirklich sind: einsame Menschen, die ihre Gefühle scheu voreinander verbergen. Ein handwerklich sauberer Film mit viel Dialog und wenig Handlung, der seine Attraktion aus der Hauptfigur bezieht: Vanessa Redgrave als alternde Lehrerin, eine leidenschaftliche Frau hinter kühler Fassade.

Auch der Schweizer Film „Nach der Finsternis" ist ein Debüt. Dominique Othenin-Girard und Sergio Guerraz, beide um die dreißig, liefern einen Beitrag zum Thema Psychiatrie. John Hurt, seit einiger Zeit gewissermaßen der „Leidensmann" des europäischen Kinos, ist hier ein Anthropologe, der seinen schizophrenen Bruder aus der Anstalt holt und fortan allein für ihn sorgt. Nach und nach jedoch greift die Krankheit auf ihn selber über, während der Bruder zusehends gesundet.

Ein interessantes Thema, doch der Film schleppt sich nur mühsam über die Runden und ist nicht frei von Lächerlichkeit. Nachdem John Hurt und sein Partner zwei Stunden lang durch triste Zimmerfluchten gekrochen und gerannt waren, kam sich der Zuschauer selber ein bißchen schizophren vor.

Mehr Interesse konnte der Türke Zeki Ökten für den Streifen „Der Ringkämpfer" verbuchen. Ein thrakisches Dörfchen zwischen Tradition und moderner Zeit. Westliche Einflüsse verändern alte Sitten und Bräuche, beispielsweise den traditionellen Ringkampf, ehemals Massenvergnügen, im Zeitalter des Fußballs aber nur noch nostalgischer Dorfspaß. Dennoch versucht ein junger Mann gerade auf diesem Terrain sein Glück.

Armut und Arbeitslosigkeit treiben ihn, der aus einer alten Ringkämpferfamilie stammt. Tatsächlich wird er Lakalmatador. Doch seine Hoffnung, in Kirkpinar, der Hochburg des Ringkampfsports, zu reüssieren, scheitert, wie die von tausend anderen jungen Leuten auch. Ein redlicher Film, der leider ein bißchen zu viel auf die Attraktivität ölglänzender Männerkörper setzt.

Der japanische Kinoroutinier Sadao Nakajima und der Russe Tolomusch Okejew tauchen in ihren einander recht ähnlichen Filmen tief in die Vergangenheit und die Volkslegenden ein. Von einem sagenumwobenen Nomadenstamm berichtet Nakajima in „Die Seburi-Erzählung", während Okejews Ballade „Der Nachkomme des Schneeleoparden" Leben und Untergang eines kirgisischen Volkshelden und Jägers zum Thema hat. Beide Filme gleiten in bloßen Folklorekitsch ab, sind darüber hinaus episch viel zu breit angelegt und vermochten nicht im geringsten zu fesseln. Der Zoopalast leerte sich rapide.

Angesichts von so viel Mittelmaß stieg der von der Berliner Mundpropaganda zunächst überheblich als „kommerzielles Rührstück" abgetane US-Beitrag „Ein Platz im Herzen" von Robert Benton („Kramer gegen Kramer") erheblich im Kurs. Mag sein, daß da ein wenig zu sehr auf die Tränendrüse gedrückt wurde. Aber der Streifen hatte, bei aller Tränenseligkeit, Drive, und er hatte vor allem etwas, was allen anderen Filmen des Wettbewerbs bislang fehlte: einen hohen Unterhaltungswert.

In diesem für sieben Oscars nominierten Werk verarbeitet Benton Erinnerungen an seine Kindheit in einem südtexanischen Städtchen, Erinnerungen vor allem an seine Urgroßmutter, die das Modell für die Filmheldin Edna abgab. Sally Field ist diese grandiose junge Frau, die um 1930, nach dem Tod ihres Mannes, plötzlich zum ersten Mal ganz auf sich selbst gestellt ist und ihre zwei Kinder und die Farm durch die schwierigen Jahre der wirtschaftlichen Depression schleusen muß.

Benton kommt ohne die in solchen Filmen übliche Liebesgeschichte aus: Edna bindet sich nicht an einen neuen Mann. Sie teilt die Liebe, die sie geben kann, an eine Reihe von Menschen auf, die solche Zuwendung bitter nötig haben: den jungen, blinden Untermieter in ihrem Haus, ihren schwarzen Vorarbeiter, ihre Schwester, die zwei kleinen Kinder. Und sie kämpft für das Stückchen Land, das ihr gehört.

Sally Field, eine zweite Scarlett O'Hara, *mittlerweile fast vierzig*, hat sich mit dieser Rolle in Hollywood für einen Oscar und in Berlin zumindest für einen Darstellerpreis qualifiziert.

DORIS BLUM

Saarbrücken: Älteste italienische und deutsche Oper

Waldgedicht mit Gemüt

Möglicherweise war die „Euridice" des Jacopo Peri, die im Jahre 1600 in Florenz zum ersten Mal aufgeführt wurde und die älteste noch erhaltene Oper sein dürfte, doch nur ein Nebenwerk. Denn wahrscheinlich verdankt sie ihre historische Stellung dem Umstand, daß der Komponist seine „Euridice" in Druck geben ließ, was er im Falle der zwei Jahre früher, ebenfalls nach einer Dichtung von Ottavio Rinuccini entstandenen „Dafne" so wenig tat wie Heinrich Schütz, der 1627 in Torgau eine eigene Version des Peri-Stückes vorstellte. Und so wird, hält man sich nur an das, was überliefert ist, die „Dafne" südlich wie nördlich der Alpen aus der ersten Position verdrängt. Im deutschsprachigen Raum gebührt sie dem „Geistlichen Waldgedicht oder Seelewig" des Sigmund Theophil Staden. Zu dem 1654 in Wolfenbüttel zuerst gespielten musikalischen Gesprächsspiel steuerte Georg Philipp Harsdörffer, der Erfinder des Nürnberger Trichters, den Text bei.

Saarbrücken hat sich also zur Abwechslung einmal zu den Ursprüngen des musikalischen Dramas zurückbegeben und beide Stücke, die „Euridice" des Peri und Stadens „Seelewig", konfrontiert. Der Vergleich fiel keineswegs eindeutig zugunsten von Peri aus. Jedenfalls: Am Anfang stand die Routine, hier wie dort. Der Florentiner Peri versteht sich vor allem auf den Umgang mit dem kompositorischen Rüstzeug der voraufgegangenen Intermedien.

Dem „stile recitativo" folgt er ziemlich kompromißlos; der Basso continuo dominiert, die Monodie gerät in gefährliche Nähe zur Monotonie, und es kündigt sich – so in der Szene Dafnes (Sofia Bart) oder dem Lamento des Orfeo (mit viel vokalem und gestischem Aufwand: Rudolf Schasching) – der dramatisch-pathetische Stil Caccinis bzw. Monteverdis an.

Die Musik des Sigmund Theophil Staden kennt so gar nichts vom Raffinement der Italiener. Sie klingt betulich und kreuzbrav, aber beginnt sozusagen noch einmal von vorn und verläßt dabei nie die Bannmeile des Volkstümlichen. Die artigen Melodien und Tanzweisen verfangen immer wieder. In den besten Augenblicken glaubt man einem vordatierten Singspiel zuzuhören. Natürlich ist Stadens Musik rechtschaffen, gutgläubig, hat Gemüt, aber sie imitiert nie, obwohl der Untertitel „Italienische Art" dies nahelegt. Es dürfte sich eher um einen Werbeslogan handeln, der indes auch in der Musikwissenschaft seine Wirkung tat.

Die dreimal drei Instrumentalisten, von Kazimierz Piwokowski stilkundig geleitet, blieben dem originalen Klang auf der Spur. Der Regisseur hat es da schwerer. In der „Euridice" meidet Veit W. Jerger die mythologische Show und gelangt mit einfachen Mitteln zu plausiblen Wirkungen, was gewiß nicht leicht ist, da Rinuccini das einzig dramatische Moment der Orpheussage verschenkt und den Liebenden ohne das strenge Gebot des Nichtumschauendürfens den Rückmarsch antreten läßt. Der milde Sinn der Harsdörfferschen Idylle nimmt auch als barockes Happening keine Konturen an.

Instruktiv waren die historischen Exkurse auf jeden Fall, auch wenn *man sich fragen muß, ob nicht auch* Musikhochschulen so etwas hinkriegen könnten.

HEINZ LUDWIG



Schuf das Libretto zur ältesten deutschen Oper: G. P. Harsdörffer FOTO: DIE WELT

New York: Die Installationen des J. Borofsky

Bis zur Nummer 2927515

Riesige menschliche Figuren, wie zackige Schattenrisse geformt, schwingen Hämmer auf und ab. Andere stehen still im Raum und bewegen nur murmelnd die Kinnlade. Eine überlebensgroße Ballerina mit Clownskopf dreht zierlich den Fuß, während Licht-Spiralen und fliegende Männer an der Decke entlangsausen. Zeichnungen, Kritzeleien, Gedichte und notierte Träume füllen dicht die Wände, der Boden ist ebenfalls mit Zetteln und hektografierten Blättern bedeckt. Aus allen Ecken ertönen Geräusche: Stöhnen, Vogelgesang, ein Zahnarztbohrer, ein Nebelhorn, Rülpsen, ein Kirchenchor.

Dies ist das Universum des amerikanischen Künstlers Jonathan Borofsky, dem das New Yorker Whitney Museum of American Art eine Ausstellung eingeräumt hat. Die Riesen-Installation im 4. Stock des Museums ist ein einzigartiger Blick in Kopf und Seele eines Künstlers, wohl die anschaulichste Einsicht in den kreativen Prozeß, die sich denken läßt. Präsentiert doch die Mehrzahl aller Künstler viel lieber dem Betrachter das Endprodukt ihres Schaffens als den Weg, der sie dorthin gebracht hat.

Borofsky dagegen steht unter dem Zwang, sich zu enthüllen. Das wurde schon 1975 bei seiner ersten Ausstellung in der New Yorker Paula Cooper Gallery offenbar, wo er – statt eine repräsentative Auswahl seiner Arbeiten zu treffen – einfach den gesamten Inhalt seines Studios in die Galerie transferierte. Dieses Arrangement, sagte Borofsky, zeige, „daß alles gut ist ... Ich beschränkte meine Ausstellung nicht auf die zehn besten Sachen ... Darum ging es nicht, sondern darum, alles unterzubringen, was mich beschäftigt hatte". Borofsky ist dabei keineswegs prätentiös. Zwar „schien die Ausstellung manchen Leuten das Gefühl zu geben, daß sie in meiner Seele seien, aber es ist auch, wie wenn man in einen Supermarkt kommt (ein Traum, den ich gerade vorher hatte), wo überall soviel Zeug ist, Farben, Kartons mit Eßwaren und Preise, Nummern und Dinge, die von der Decke hängen".

Borofsky beim Wort zu nehmen und die Installationen lediglich als ein Sammelsurium von Kuriositäten zu sehen wäre völlig verfehlt. Denn was seinen zunächst chaotisch wirkenden Installationen Zusammenhalt gibt, ist der Künstler selbst, der immer wieder ordnend eingreift, Chronologien schafft – wie in dem fast mannshohen Turm von Zetteln und Notizbüchern, die er jahrelang mit Nummern bedeckte (bis 2 927 515 ist er gekommen, und anderswo – oft statt einer Signatur – setzt er das Zahlen-Spiel fort). Meine Arbeit, so scheint Borofsky zu sagen, mag aus zahlreichen Elementen bestehen – aus symbolischen Objekten, aus Kindheitserinnerungen, aus Phantasien, Ängsten, Träumen –, zusammen jedoch ergeben sie ein Ganzes. Die verschiedenen Teile seiner Installation verweisen denn auch aufeinander. Als wolle er dies unterstreichen, hat Borofsky an der Decke ein Netzwerk von Fäden gespannt – beim genaueren Hinsehen hängen alle Konstruktionen an ihnen, untereinander verbunden und untrennbar eins.

Daß es Borofsky um mehr als obsessive Selbstdarstellung geht, wird aus der Thematik deutlich. Er ist ein kritisch und bewußt Lebender, den die politischen Ost-West-Spannungen (sein Mauer-Bild in Berlin), das immense Verteidigungs-Budget der beiden Supermächte (der Pingpongtisch mit der „USA"- und der „UdSSR"-Seite), die Krise zwischen Frauen und Männern (im Bild „Male Aggression Now Playing Everywhere") intensiv beschäftigen. Daß er seine Ängste und Zweifel und auch seine humorvollen Kommentare so oft in höchst exzentrische Gewänder kleidet – oft tragen seine Figuren Hasenohren, sind wie Emmentaler durchlöchert oder sind nichts als schablonenhafte Schattenrisse –, macht seinen Kommentar nur noch universeller.

Nach einer schwachen Ausstellung im letzten Jahr, wo es schien, als habe Borofsky seine poetische Stimme verloren, ist der Künstler in diesem Jahr mit fliegenden Fahnen wieder da: mit seinen Projektionen von Zeichnungen, mit kinetischen, statischen und konzeptuellen Skulpturen, mit Gemälden, mit Licht und mit Sound nimmt Borofsky den Besucher in einer Art von „Gesamtkunstwerk" völlig gefangen. (Bis 10. März; Katalog 18,95, Leinen 40 Dollar.)

VERA GRAAF

JOURNAL

„DDR" plant Museum des 20. Jahrhunderts

dpa, Berlin

Die Ost-Berliner Akademie der Künste plant in den 90er Jahren die Gründung eines „Neuen Museums der Künste des 20. Jahrhunderts". Wie die „DDR"-Nachrichtenagentur ADN meldete, ist bereits im März die Gründung einer „Nationalen Forschungs- und Gedenkstätte der DDR für deutsche Kunst und Literatur des 20. Jahrhunderts" geplant. Ihre Aufgabe werde es sein, mit Ausstellungen, Publikationen und der Errichtung von Gedenkstätten den „Zusammenhang gegenwärtiger Kunstproduktionen mit Erbe und Tradition" zu vermitteln.

Ohnsorg-Theater-Chef will zurücktreten

ow, Hamburg

Wieder scheidet ein Hamburger Theaterleiter vorzeitig aus: Konrad Hansen, seit 1980 Direktor des Ohnsorg-Theaters, möchte zum Ende der Spielzeit 85/86 aus seinem bis 1989 geltenden Vertrag aussteigen. Als Grund gibt Hansen an, daß die Verwaltungsarbeit ihn nicht mehr zum Inszenieren und zum Schreiben kommen lasse. Auch wurde sein Versuch, anspruchsvollere, literarische Stücke ins niederdeutsche Repertoire aufzunehmen, von einem Teil des Publikums nicht honoriert. Als potentielle Nachfolger sind zwei Namen im Gespräch: Walter Ruppel, gegenwärtig Dramaturg am Thalia-Theater, und Henry-E. Simon, ehemaliger Regisseur des Ernst-Deutsch-Theaters.

Sinai: Heerstraße der pharaonischen Armeen

dpa, Kairo

Teile einer Heerstraße, die von pharaonischen Armeen, aber auch von Persern und Römern und von den Truppen Napoleons benutzt wurde, sind im Norden der ägyptischen Sinai-Halbinsel entdeckt worden. Ein Team des ägyptischen Archäologischen Instituts stieß auf die Fundamente von Festungen und Lagerhäusern, die an der Straße errichtet worden waren. Der Nordsinai war seit pharaonischer Zeit die Hauptausfallroute für ägyptische Armeen nach Asien, wurde aber auch von Angreifern auf ihrem Weg ins Niltal benutzt.

Peking präsentiert französische Filme

AFP, Peking

Rund 70 französische Filme aus den Jahren 1931 bis 1984 werden von Ende März an in drei Kinos der chinesischen Hauptstadt laufen. Nach Peking geht das Festival bis Ende Juni auf Tournee, u. a. nach Schanghai und Kanton. Es ist dies die dritte Filmschau nach dem gerade beendeten italienischen und dem im vergangenen August gelaufenen britischen Filmfestival, bei dem das chinesische Publikum erstmals ausländische Filme in großem Umfang zu sehen bekommt.

Kolloquium über Dialekt-Lexikographie

wm. Marburg/L.

Theoretische dund praktische Probleme der modernen Mundartwörterbuchschreibung und der Stellenwert der Dialektlexikographie innerhalb der allgemeinen Lexikographie werden in dieser Woche im Forschungsinstitut für deutsche Sprache, „Deutscher Sprachatlas", der Universität Marburg behandelt. Rund 30 Wissenschaftler aus acht europäischen Ländern nehmen an dem Kolloquium teil. In den Diskussionen soll auch der Erfahrungsaustausch zwischen den deutschsprachigen Mundwörterbuch-Unternehmen vertieft und an die in den 60er Jahren abgebrochenen, ständigen Kontakte zwischen Wörterbuchkanzleien in Ost und West wieder angeknüpft werden.

Zimmermann-Oratorium als Ballett

Reg. Augsburg

Bei seiner Uraufführung in Berlin und beim Katholikentag in München hat das Oratorium „Pax Questuosa" von Udo Zimmermann viel Beifall gefunden. Jetzt ist „Der klagende Friede" an den Städtischen Bühnen Augsburg als Ballett zu sehen. Dimas Casinha choreographiert das Werk und stellt es Rachmaninoffs Préludes (op. 23 und 32) gegenüber. Die szenische Uraufführung findet am 24. Februar in der Augsburger Komödie statt. Der „DDR"-Komponist hat sein Erscheinen zugesagt.

Kostenloser Katalog von Berlin-Büchern

DW. Berlin

Einen Katalog mit 1071 Titeln der wichtigsten Berlin-Bücher, die zur Zeit lieferbar sind, bietet die Berliner Buchhandlung Elwert und Meurer an: „Berlin. Eine Bibliographie". Der 158 Seiten starke Katalog ist nach Themen gegliedert und enthält ein Verfasser- und Titelregister. Er kann über die Buchhandlung kostenlos bezogen werden: Hauptstr. 101, 1000 Berlin 62, Tel. 030/78 40 01.

Udo Proksch oder Die Affäre eines Hofzuckerbäckers

KURT POLLAK, Wien

Über dem Portal der „k. k. Hofzuckerbäckerei" Demel auf dem Wiener Kohlmarkt flattert eine Trauerfahne im eisigen Februarwind. Nicht zu Ehren eines *Verstorbenen, sondern „originellerweise"* für den seit einigen Tagen hinter schwedischen Gardinen sitzenden Chef des Süßwaren-Tempels, Udo Proksch alias Serge Kirchhofer.

Der Ex-Gatte der Burgschauspielerin Erika Pluhar und Intimus sozialistischer Spitzenpolitiker wurde am vergangenen Freitag auf Antrag eines Untersuchungsrichters vor der Demel-Eingangspforte unter dem Verdacht verhaftet, vor acht Jahren einen Versicherungsbetrug inszeniert zu haben, dem nicht nur sechs Matrosen zum Opfer gefallen sein sollen, sondern auch das Schiff „Luconia". Der Frachter mit wertvoller Fracht, nämlich einer Uranerz-Aufbereitungsanlage für einen fernöstlichen Auftraggeber, versank plötzlich in der Nähe der Malediven.

Nach dem Untergang des Schiffes beantragte Udo Proksch, der die Transaktion für eine Schweizer Firma durchgeführt hatte, bei der Wiener „Bundesländerversicherung" die fällige Versicherungssumme von rund 43 Millionen Mark. Das Versicherungsunternehmen jedoch leitete eine Untersuchung ein, die den Verdacht aufkommen ließ, daß die „Luconia" möglicherweise per Fernzündung in die Luft gejagt wurde, weil sich an Bord gar keine sündteure Uranerz-Aufbereitungsanlage, sondern nur eine wertlose Schrottladung befunden hätte.

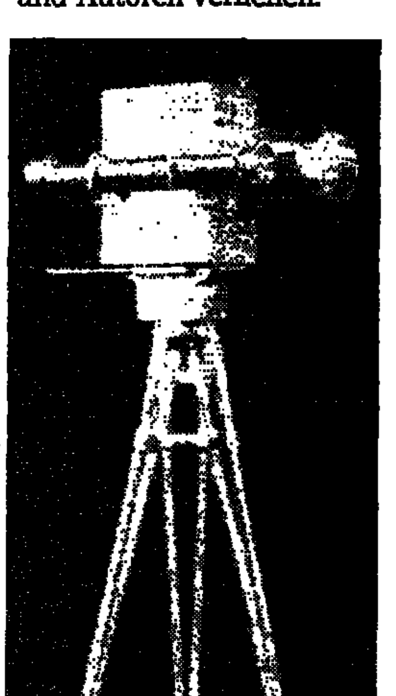
Die Verhaftung Prokschs und seines Freundes und Geschäftspartners Peter Daimler (51) wegen Flucht- und Verabredungsgefahr setzte eine Lawine in Bewegung, die den vorwiegend sozialistischen Freundeskreis von Proksch in Gefahr bringen könnte, wenn es zur Anklage kommen sollte. Denn die k. k. Hofzuckerbäckerei Demel ist keineswegs nur nostalgischer Treffpunkt altösterreichischer Traditionalisten, sondern zeitgemäßer republikanischer Treff der sozialistischen Crème, des „Club 45".

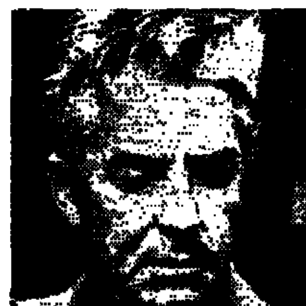
Österreichs Außenminister Leopold Gratz, der schon als Bürgermeister *von Wien Proksch offiziell zu* seinen Freunden zählte, zweifelt aber nicht an dessen sauberer Weste: In einem Interview mit der Wiener Tageszeitung „Kurier" erklärte der Außenminister: „Ich kenne Proksch persönlich sehr gut. Wenn man schon von Versicherungsbetrug spricht, *dann muß man auch Mord meinen.* Und ich sage: Bevor der (Proksch) einem Menschen ein Haar krümmt, tut er sich selber was an."

Gratz ist bereit, für Proksch als Kronzeuge aufzutreten; Proksch habe ihn 1977 nach Chioggia in Italien eingeladen, um ihm die in einem Schuppen aufbewahrte Uranerz-Aufbereitungsanlage zu zeigen, die nach Hongkong verschifft werden sollte. Gratz: „Es war eine Menge von Maschinen – ich bin aber kein Techniker..."

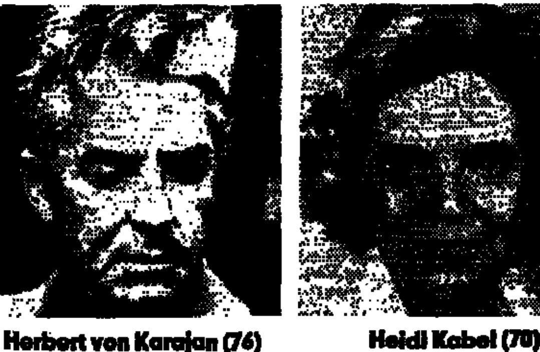
Heute wird vom zuständigen Gericht entschieden, ob Proksch in Untersuchungshaft bleiben muß und ob Anklage gegen ihn erhoben wird.

Die „Goldene Kamera", ein von der „Hörzu" seit 1965 verliehener Preis für hervorragende Leistungen der Fernseh-Unterhaltung, wird am Samstag zehn bekannten und beliebten Stars und Autoren verliehen.





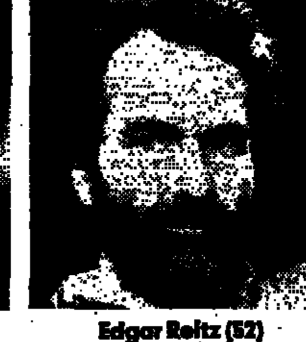
Herbert von Karajan (76)



Heidi Kabel (78)



Ephraim Kishon (60)



Edgar Reitz (52)



Barbara Bel Geddes (62)

Zum 20. Mal vergeben: die „Goldene Kamera"

Wenn am kommenden Samstag in festlichem Rahmen des Berliner Internationalen Congress Centrums zehn beliebte Stars des deutschen Fernsehens mit der „Goldenen Kamera" geehrt werden, dann ist diesmal auch das Fernsehen ab 20.15 Uhr live dabei: Die Auszeichnung wird zum zwanzigsten Mal vergeben.

Und das sind die diesjährigen Preisträger, die traditionell nach dem *Votum der „Hörzu"-Leser ermittelt* werden: Herbert von Karajan verdient Anerkennung für seine Leistungen als Dirigent, Produzent und Talentförderer; die Volksschauspielerin Heidi Kabel ist die „Seele" des beliebten Ohnsorg-Theaters. Für den „Blaumilchkanal" und viele andere heitere Fernsehstücke wird Ephraim Kishon als Autor geehrt; auch der Regisseur der elfteiligen Fernsehserie „Heimat", *Edgar Reitz*, erhält die Auszeichnung.

Barbara Bel Geddes ist seit Jahren die liebenswürdige „Miss Ellie" in der Fernsehserie „Dallas". Die Herzen der Zuschauer eroberte Peter Weck, der sich in das Abenteuer stürzte, *„gleich eine ganze Familie* zu heiraten". Siegfried und Roy präsentierten dem Publikum eine einzigartige Illusions-Show mit wilden Tieren. Als *flinker Quizmaster* erhielt Hans Rosenthal Zuschauersympathien. Peter von Zahn zeichnet sich seit Jahren als Allround-Talent und Autor vieler interessanter Berichte aus.

Erstmals wird jetzt der „Goldene Satellit" verliehen. Preisträger ist der Amerikaner Harold A. Rosen (58), unter dessen Regie der erste geostationäre Nachrichten-Satellit „Early Bird" entwickelt wurde. gh.

Peter Weck (54)

Siegfried (44) und ...

... Roy (39)

Hans Rosenthal (59)



Peter von Zahn (72)

Fragen nach der Ursache

War „illegaler" Sendemast schuld am Flugzeugunglück?

ROLF GÖRTZ, Madrid

In Madrid versuchen Experten die Ursache der schweren Flugzeugkatastrophe zu klären, die am Dienstag in den baskischen Bergen 148 Todesopfer gefordert hat. Noch während im dichten Nebel und bei niedrigen Temperaturen Soldaten der spanischen Armee und der Guardia Civil in schwarzen Plastiktüten Teile zerrissener Menschenkörper vom Bergeshang oder aus den Ästen zersplitterter Bäume sammeln, konzentriert sich die Untersuchung auf zwei *schwerwiegende Fragen:*

Warum flog die am Berg Oiz zerschellte Iberia-Maschine so niedrig, wenn ihr Pilot die Strecke Madrid–Bilbao schon seit Jahren bei guten und schlechten Wetterbedingungen fliegt? Die Mindestflughöhe beträgt über dem 1026 Meter hohen Berg 1320 Meter. *Zeigte der Höhenmesser* falsch, war er nicht richtig eingestellt, als sich die Maschine dem am Berg stationierten Funkfeuer näherte, das bei Annäherung an den Flughafen Sondica überflogen werden muß?

Die zweite Frage griff der Direktor des Nationalen Fernsehens in Madrid, Calvino, auf. Er klagte das baskische Regionalfernsehen an, seinen Sendemast auf dem Berg Oiz „illegal" errichtet zu haben. Der Mast ragt um 75 Meter über die Bergkuppe hinaus, die jede Maschine bei Westwindlage als Orientierungsmarke überfliegen muß. Diesen Mast mit seinen schweren Reflektoren traf die Boeing 727 in halber Höhe. Das Flugzeug wurde herumgerissen und prallte mit voller Wucht auf die Südseite des Berges.

Augenzeugen berichten, daß zur Unfallzeit die Bergkuppe, nicht aber der Fuß des Berges von einer dichten Nebelwolke umgeben war und daß *die Warnlampen auf dem Fernseh*mast nicht brannten. Das baskische Fernsehen ETB wehrt sich gegen die Vorwürfe und erklärt, die Warnlampen seien intakt gewesen. Im übrigen sei der Mast auf den Navigationskarten der Luftfahrt eingezeichnet – was Calvino aber abstreitet.

Der Direktor der Iberia-Luftgesellschaft, Carlos Espinosa, schließt einen Sabotageakt, der die niedrige Flughöhe erklären könnte, aus. Explosionsgeräusche, die Anwohner vor dem Aufschlag der Maschine gehört haben wollen, erklärten sich vielmehr aus dem Zusammenstoß mit dem Fernsehmast und der Berührung der Bäume, die in einer breiten Schneise abgeschlagen wurden. Er gab zu, daß am Vortage auf dem Flughafen von Bilbao Bombenalarm gegeben worden sei. Wegen Aktivitäten baskischer Terror-Kommandos der ETA nehme man derartige Warnungen auch sehr ernst. Aber mit solchen Alarmen müssen alle Luftverkehrsgesellschaften heute leben.

Mit Unterstützung von sieben Hubschraubern – einen stellte die Staffel des Königs zur Verfügung – wurde gestern die Suche nach den verstümmelten Leichen der Passagiere fortgesetzt.

Taiwan-Jumbo nach Sturzflug notgelandet

SAD/DW. San Francisco

Nach einem durch Turbulenzen verursachten Extrem-Sturzflug ist eine Boeing 747 der taiwanesischen China Airlines am Dienstag mit 268 Menschen an Bord auf dem Flughafen von San Francisco notgelandet. Der Jumbo, der ursprünglich Kurs auf Los Angeles hielt, war der US-Luftfahrtbehörde FAA zufolge 800 Kilometer westlich der kalifornischen Küste bei einer Flughöhe von 12 496 Meter in weniger als zwei Mi*nuten auf 2743 Meter abgesackt.*

Flughafensprecher Ronald Wilson erklärte: „Während dieses Sturzflugs wurden alle nichtangeschnallten Personen gegen die Decke und die rechte Seite des Flugzeugs geschleudert. Der Pilot versuchte das Flugzeug abzubremsen, indem er das Fahrwerk ausfuhr. *Dabei riß* der Luftwiderstand die Fahrwerkstüren weg, schleuderte sie gegen die linken und rechten horizontalen Stabilisatoren am Flugzeugheck und beschädigte sie." Obwohl dabei bis zu drei Meter lange Stücke weggerissen wurden, konnte Flugkapitän Mei Ho den Jumbo in 3000 Meter Höhe abfangen und notlanden. Ein Pilot unter den Passagieren schätzte, daß er „teilweise mit 5 G" (der fünffachen Schwerkraft) gegen den Sitz gepreßt wurde.

Die Zahl der Verletzten wurde mit 55 angegeben. Bis auf einen Passagier konnten inzwischen alle nach ambulanter Behandlung wieder aus den Krankenhäusern entlassen werden.

Schlag gegen die Mafia

Blitzaktion der Polizei in der Lombardei / 177 Haftbefehle

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Der Kampf gegen das organisierte Verbrechertum in allen seinen gesellschaftlichen Verflechtungen wird in Italien immer deutlicher zu einem bestimmenden Element für die Selbstbehauptung des demokratischen Staates. Das spiegelt sich nicht zuletzt in der Informationsgebung der Massenmedien mit ihrem außergewöhnlich hohen Anteil an Gericht- und Polizeiberichten wider. In deren Mittelpunkt stehen im Augenblick eine große gegen die norditalienischen Mafia-Filialen gerichtete Verhaftungsaktion in Mailand und der Lombardei sowie der neapolitanische Mammutprozeß gegen die Camorra, in dem gestern der radikale Europarlamentarier und Ex-TV-Showmaster Enzo Tortora seinen ersten Auftritt als Angeklagter hatte.

Im *Rahmen der Anti-Mafia-Blitzak*tionen in der Lombardei wurden 177 Haftbefehle erlassen. 37 davon wurden vollstreckt, 46 mutmaßliche Mafiosi sind flüchtig, den anderen 94 Angeklagten wurde der Haftbefehl im Gefängnis zugestellt. Prominentester Verhafteter ist Graf Giorgio Borletti, vermögender Sproß einer der berühmtesten Industriellenfamilien des Landes, der in Kenia drei Spielkasinos besitzt und auch das Kasino von San Remo pachten wollte. Ihm wird „Zugehörigkeit zu einer verbrecherischen Vereinigung mafioser Art" vorgeworfen.

Die Verhaftungsaktion wurde ausgelöst durch die Aussagen des „reumütigen" Mafia-Bosses Angelo Epaminonda. Sie war schon vor einigen Tagen im Mailänder „Journale Nuovo" durch dessen Gerichtsreporter Paolo Longanesi angekündigt worden, der sich dadurch eine Anklage wegen „Begünstigung der Mafia", ein 30tägiges „Berufsverbot" (das jetzt aufgehoben worden ist) und zwei Tage Untersuchungshaft einhandelte.

Durch Epaminondas Aussagen wurden den Ermittlungsbehören Umrisse und viele Einzelheiten eines Organisationsschemas der „kriminellen Gegenmacht" in der Lombardei deutlich. Sie erhellten die Hintergründe von 56 Morden, von Kokainhandel, „Recycling" schmutziger Mafiagelder über Spielbanken und Verfilzungen nicht nur mit unverdächtigen Vertretern des Bürgertums, sondern offenbar auch mit Repräsentanten der Justiz. So wurde auch gegen zwei hohe Justizbeamte ein Ermittlungsverfahren eingeleitet.

Es handelt sich bei dieser Aktion bereits um die vierte Verhaftungswelle gegen das organisierte Verbrechertum in Italien. Im Dezember war es der Polizei gelungen, nicht nur „einfache" Kriminelle zu verhaften, die im Verdacht stehen, für die Mafia gearbeitet zu haben. Handschellen schlossen sich damals auch um die Handgelenke hoher Richter und Carabinieri-Offiziere. Ihren durchschlagenden Erfolg verdankten die Behörden damals dem Geständnis eines Mafia-Killers.

WETTER: Winterlich

Wetterlage: Das Hoch mit Schwerpunkt über Süddeutschland ist weiter wetterbestimmend. Der Norden und Nordosten werden von dem kleinen Tief über der südlichen Ostsee mit feuchter Luft beeinflußt.



Vorhersage für Donnerstag:
Im Norden und Nordosten stark bewölkt oder neblig-trüb, gelegentlich leichter Schneefall, sonst sonnig und trocken. Höchsttemperaturen zwischen plus 2 Grad im Norden und minus 4 Grad in Bayern. Tiefsttemperaturen im Norden um minus 5 Grad, sonst minus 10 bis minus 16 Grad. Im Küstengebiet mäßiger West- bis Nordwestwind, sonst schwachwindig.

Weitere Aussichten:
Gebietsweise neblig-trüb, sonst wenig Änderung.

Temperaturen am Mittwoch, 13 Uhr:

Berlin	-3°	Kairo	21°
Bonn	-3°	Kopenh.	-4°
Dresden	-6°	Las Palmas	18°
Essen	-3°	London	4°
Frankfurt	-6°	Madrid	7°
Hamburg	-2°	Mailand	2°
List/Sylt	-1°	Mallorca	11°
München	-8°	Moskau	-10°
Stuttgart	-5°	Nizza	10°
Algier	13°	Oslo	-7°
Amsterdam	0°	Paris	-2°
Athen	3°	Prag	-5°
Barcelona	8°	Rom	6°
Brüssel	-1°	Stockholm	-14°
Budapest	-6°	Tel Aviv	18°
Bukarest	-7°	Tunis	13°
Helsinki	-12°	Wien	-5°
Istanbul	-5°	Zürich	-4°

Sonnenaufgang* am Freitag: 7.22 Uhr, Untergang: 17.50 Uhr; **Mondaufgang:** 8.41 Uhr, Untergang: 20.45 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Mit alten Fotos den Blindgängern auf der Spur

Leihgabe des Londoner Staatsarchivs: 2,5 Millionen Luftaufnahmen von Deutschland aus dem Zweiten Weltkrieg

GISELA SCHÜTTE, Hamburg

Die Dokumente britischer Piloten über ihre Bomber-Einsätze in Deutschland sollen jetzt den Kampfmittelräumdiensten bei der Arbeit helfen: Heute schließen Vertreter des Londoner Staatsarchivs, der Universität Keele (Staffordshire) und des Hamburger Senats einen Vertrag für die Übergabe von 2,5 Millionen Luftbildern aus dem Zweiten Weltkrieg. Die 30 Tonnen schwere Bilder-Sammlung lagert im Archiv der Universität Keele. Die Fotos waren als Nachweis für die Wirkung der Bombenteppiche „geschossen" worden, mit denen die Alliierten die deutschen Städte belegten.

Für fünf Jahre werden die Briten diese Unterlagen ausleihen – Bilder aller Bundesländer und Berlins, die schrittweise im Laufe dieses Jahres nach Deutschland transportiert und an die jeweiligen Orte verteilt werden sollen. Für den dokumentarischen Hilfsdienst, dessen ausdrückliches Vertragsziel die Unterstützung der Kampfmittelräumdienste ist, zahlt Hamburg die symbolische Summe von zehn Pfund Sterling.

Die vollständige Sammlung der Luftaufnahmen entstand zwischen 1939 und 1945. Sie wurde nach dem Zweiten Weltkrieg in der geographischen Abteilung der Universität Keele untergebracht. Frühere Versuche des Auswärtigen Amtes in Bonn, die Luftbilder zur Auswertung nach Deuschland zu holen, blieben nach Auskunft der Hamburger Baubehörde ohne Ergebnis. Daß nun die Hamburger Bemühungen über Kontakte zu den britischen Streitkräften zum Erfolg führten, muß man wohl der hanseatisch-britischen „Wahlverwandtschaft" zuschreiben.

Den Nutzen der Luftbilder konnten unterdesssen die Hamburger seit den siebziger Jahren für ihren Kampfmittelräumtrupp nachweisen. Bereits 1978 ließen die Engländer den Hamburgern rund 2000 der Luftbilder zukommen, im Jahr darauf stellten die Vereinigten Staaten weiteres Material zur Verfügung. Allein in den vergangenen fünf Jahren konnten so 29 Bomben gefunden und entschärft werden, die sonst nur als Zufallsfunde zum Beispiel bei Bauarbeiten aus dem Erdreich geholt werden.

Vor allem im weichen Untergrund des Marschlandes versanken viele Blindgänger. Erst im vergangenen Jahr gruben die Kampfmittel-Spezialisten der Baubehörde im Bezirk Harburg (südlich der Elbe) eine Bombe aus, die acht Meter tief im Boden lag. Ein Luftbild hatte auf die Spur des gefährlichen Fundes geführt.

Grundsätzlich waren schon die bisher zur Verfügung gestellten Fotos eine Hilfe für das Hamburger Flächensanierungsprogramm, das inzwischen etwa 2000 „verdächtige Flächen" umfaßt. Mit den Luftbildern werden aber nicht nur Blindgänger geortet, auch die Gelände mit ehemaligen Industriebetrieben oder Flächen, die in den Nachkriegsjahren aufgeschüttet wurden, können auf diese Weise rekonstruiert werden.

Britische Luftbilder brachten zum *Beispiel zusätzliche Erkenntnisse* über die gefährliche Giftmülldeponie Georgswerder. Nachweislich sind in den weichen Untergrund des Deponiegeländes, wo früher Ton abgebaut wurde, auch Blindgänger eingeschlagen.

Zum Vertragsabschluß werden morgen unter anderem der Vizekanzler der Universität Keele, Donald Thompson, und der Leiter der Luftgeschichtlichen Abteilung im Londoner Verteidigungsministerium, Henry Probert, erwartet.

Die Baubehörde plant zum Abschluß der Verhandlungen eine Demonstration über die Auswertung der Fotografien: Mit einem speziellen Luftbildbetrachter werden gleichzeitig zwei sich überlappende Bilder angesehen. So entsteht ein Eindruck von Dreidimensionalität, der Geländevertiefung gut sichtbar macht. Die verdächtigen Stellen werden in Karten eingetragen.

Rund 15 000 Bomben wurden in Hamburg seit dem Zweiten Weltkrieg gefunden. Dabei fielen in den Bombennächten allein 105 000 Spreng*bomben auf die Stadt. Gut 6000* wurden noch in den Kriegsjahren, 4500 danach entschärft. Jede zehnte Bombe, rechnen Experten, ist ein Blindgänger. Doch in den weichen Marschgebieten waren es vielleicht noch mehr. Die Luftbilder, hofft der Räumtrupp, werden es zeigen...

Beratungsstelle für hochbegabte Kinder

dpa, Hamburg

In Hamburg hat die erste Beratungsstelle für hochbegabte Kinder und Jugendliche in der Bundesrepublik gestern offiziell ihre Arbeit aufgenommen. Dieser vom Bundesbildungsministerium für mit 120 000 Mark jährlich geförderte und auf drei Jahre angelegte Modellversuch soll Kindern helfen, die mit sich selbst und der Schule nicht zurecht kommen, weil sie nicht genügend gefor*dert werden, sagte der Leiter* der Beratungsstelle, Professor Wilhelm Wieczerkowski. In der seit einigen Wochen arbeitenden Einrichtung sind bisher rund 500 Anfragen aus Hamburg und dem gesamten Bundesgebiet eingegangen. Sie kommen häufig von Lehrern, die die Hochbegabung eines Schülers erkannt haben, aber auch von Eltern, die eine Entscheidungshilfe brauchen. Träger der Beratungsstelle ist die „Deutsche Gesellschaft für das hochbegabte Kind e.V." in Hamburg, die sich seit 1978 für hochbegabte Kinder einsetzt.

Urteile im Donisl-Prozeß

AP, München

Im zweiten Prozeß um den Donisl-Skandal sind gestern der 54jährige Geschäftsführer Engelbert Mayrhofer und die 46jährige Buffetdame Margot Gärtner zu Freiheitsstrafen von zweieinhalb Jahren beziehungsweise 16 Monaten verurteilt worden. Die Wirtschaftskammer des Münchner Landgerichts fand beide Angeklagte der Veruntreuung für schuldig, Mayrhofer auch der Beihilfe zur Steuerhinterziehung und der Hehlerei. Das Gericht ging im Fall der Veruntreuung von einer Schadenssumme von mindestens 200 000 Mark durch den Verkauf von Speisen ohne Kassenbon im „Donisl" aus. Die beiden Angeklagten hätten davon mindestens 55 600 Mark in die eigene Tasche gewirtschaftet.

Mehr Strom abgenommen

rtr, Bonn

Die Kälte im Januar hat für die höchste Zuwachsrate im Stromverbrauch seit sechs Jahren gesorgt. Die Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) berichtete gestern, daß im vergangenen Monat 3,1 Milliarden Kilowattstunden (oder 9,9 Prozent) mehr Strom als im Januar 1984 verbraucht worden seien.

Gasexplosion

AP, Kronach

Nach einer Gasexplosion ist gestern morgen in Küps bei Kronach in Oberfranken ein Wohnhaus eingestürzt. Die bayerische Landespolizei berichtete, daß sich der einzige Bewohner der eingestürzten Doppelhaushälfte, ein 73jähriger Rentner, unverletzt ins Freie retten konnte.

Drei Kinder verbrannt

rtr, Mönchengladbach

Bei einem Reihenhaus-Brand in Mönchengladbach-Rheindahlen sind gestern drei kleine Kinder ums Leben gekommen. Nach Darstellung der Po*lizei brach das Feuer aus noch* ungeklärten Gründen zwischen neun und zehn Uhr aus. Die Eltern waren beim Arzt.

Aus Spiel wurde Ernst

AFP, Budapest

Aus Spiel wurde *bitterer* Ernst für den ungarischen Schauspieler Laszlo Galffi, der in einem Budapester Theater Shakespeares „Richard II." verkörperte. In der Szene, in der Richard II. „getötet" werden sollte, wurde aus unerfindlichen Gründen ein scharf geschliffenes Messer verwendet. *Galffi schwebt in Lebensgefahr.*

„Jahr des Büffels"

dpa, Peking

Für mehr als eine Milliarde Chinesen in aller Welt hat gestern das „Jahr des Büffels" begonnen. Im alten chinesischen Mondkalender, der nur noch symbolische Bedeutung hat, löst der Büffel als Tierkreiszeichen die Ratte ab. Die chinesische Astrologie sagt für das „Jahr des Büffels" Krisen und harte Arbeit voraus. Das neue Mondjahr wurde vielen chinesischen Städten mit farbenprächtigem Feuerwerk und Familienfesten begrüßt.

ZU GUTER LETZT

„Wahrsagerin gab totem Huhn das letzte Wort" – Es stand in der Frankfurter Rundschau.